

SOZIAL

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franko 1,50 Mk.
Der Courrier ist in die Postzeitungliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950 und 11864.
Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Morgen vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 50.

Berlin, den 10. Dezember 1911.

15. Jahrg.

Die Handelsarbeiter und ihre Stellung zur Reichstagswahl.

Der Handel Deutschlands ist in einer gewaltigen Entwicklung begriffen. Im Laufe des letzten Jahrzehnts sind in allen Großstädten riesige Warenhäuser emporgewachsen und neben ihnen oder trotz ihnen zeigt uns die letzte Berufszählung auch eine grandiose Zunahme der Zwerge- und Mittelbetriebe. Vom Jahre 1882 bis 1907 stieg die Zahl der Handelsbetriebe, die bis zu 5 Personen beschäftigten, von 641 600 auf 1 299 900. In den Handelsgeschäften mit 6 bis 50 Angestellten stieg die Gesamtzahl dieser von 177 800 auf 580 500; desgleichen in den Großbetrieben mit mehr als 50 Beschäftigten von 18 886 auf 183 176 Personen. Während 1882 auf je 53,9 Einwohner ein im Handel Tätiger kam, entfiel im Jahre 1907 schon auf 29,9 Einwohner ein solcher. Die Handelsarbeiter sind also ein sehr wichtiger Faktor im wirtschaftlichen Leben der Nation geworden. Mit ihrer Zahl ist natürlich auch ihr Einfluß auf die Reichstagswahlen gestiegen und ihr Stimmzettel wird in gar manchen Wahlkreise ausschlaggebend für den Kandidaten sein.

Es ist deshalb angebracht, daß wir untersuchen, welche Parteien des Reichstages sich bisher der Interessen der Handelsarbeiter angenommen resp. diese ernstlich und mit Energie vertreten haben.

Eine der wesentlichsten Forderungen der Handelsarbeiter an die Gesetzgebung ist die, auf Einführung möglichst vollständiger Sonntagsruhe. Bis zum Jahre 1892 gab es in Deutschland keine Beschränkung der Sonntagsarbeit für Handelsbetriebe. In den Großstädten waren die Läden auch an Sonn- und Feiertagen bis in die späte Nacht hinein geöffnet und die Handelsarbeiter mußten ebenfalls zur Stelle sein. In den wenigen Orten, wo man in den 80er Jahren von Anfängen einer Handelsarbeiterbewegung reden konnte, drehte sich diese hauptsächlich um die Erlämpfung der Sonntagsruhe. Die Berliner Kollegenschaft war dabei besonders rege auf dem Plan.

Der Reichskanzler Bismarck war aber ein abgefragter Feind jeder gesetzlichen Regelung der Sonntagsruhe und so fielen so manche Versammlungen der Kollegen, die sich nur mit der Sonntagsruhe beschäftigten, den sozialistengefehligen Bestimmungen zum Opfer. Erst als Bismarck gegangen worden, stellte sich die Reichsregierung unter dem Handelsminister Delpfch freundlicher zur Regelung der Sonntagsarbeit, und so erhielten wir im Jahre 1892 das erste Gesetz über die Sonntagsruhe in Handelsbetrieben.

Aber wie sah dieses Gesetz aus? Es war voller Lücken und Hintertürchen für die Unternehmer und ließ noch immer eine Sonntagsarbeit in der Dauer von fünf Stunden zu. Den Ortsbehörden war die Befugnis zugesprochen, die Sonntagsarbeit unter Berücksichtigung der jeweiligen Verhältnisse durch Ortsstatut weiter einschränken zu können. So wurde der Kampf um die vollständige Sonntagsruhe in die Kommunen verlegt, mochten die Handelsarbeiter sehen,

wie sie mit den zumeist sozialpolitisch reaktionären Stadtverwaltungen fertig werden. Und so gab es zwanzig Jahre lang einen Guerillakrieg, in welchem die Handelsarbeiter so nach und nach der Sonntagsruhe zum weiteren Durchbruch verhalfen. In einigen Orten wurde die volle Sonntagsruhe dank der nimmer ruhenden Bewegung unserer Kollegenschaft zur Tatsache. Die Einwände gegen die volle Sonntagsruhe sind dadurch gründlich und praktisch widerlegt, aber Regierung und Reichstag hielten es bisher nicht für nötig, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Seit Jahren lagert schon ein neuer Sonntagsruhegesetzentwurf im Reichsamt des Innern, er sollte wiederholt im Reichstage eingebracht werden, es ist aber nicht geschehen, weil die bürgerlichen Parteien zur Beratung eines Gesetzes zum Schutze der Handelsarbeiter keine Zeit fanden oder vielleicht auch gar nicht finden wollten.

Wiederholt schon konnte die Tagespresse einige Brocken aus dem geplanten Gesetz veröffentlichen, und jedesmal, wenn eine solche Notiz erschien, erhoben die Unternehmer ein wahres Indiangeschrei in der Presse, und siehe da, die Regierung wich immer mutig zurück, der Entwurf blieb in den Tresors auf bessere Zeiten wartend liegen. So wird es bleiben, wenn nicht eine andere Zusammensetzung des Reichstages erfolgt und die blaueschwarze Reaktion am 12. Januar aufs Haupt geschlagen wird.

Fast ebenso wie mit der Sonntagsruhe ist es den Handelsarbeitern mit dem Ladenschluß und der Ruhezeit ergangen. Längjährige mühsame Agitation der Handelsarbeiter brachte es zustande, daß endlich im Jahre 1900 der Neunuhr-Ladenschluß Gesetz wurde. Natürlich ebenfalls mit vielen Ausnahmen und Hintertürchen, die zur Umgehung des Gesetzes geradezu aufforderten. Wieder überließ man den weiteren Ausbau des Ladenschlusses den örtlichen Polizeibehörden und der Neunuhr-Ladenschluß konnte nur dort Tatsache werden, wo mindestens zwei Drittel aller Ladeninhaber einsehen, daß der Neunuhr-Schluß auch in ihrem eigenen Interesse liegt.

Zu dieser ganzen Misere nahm ein allgemeiner Handelsarbeiter-Kongreß Stellung, der Ostern 1906 in Berlin tagte. Dasselbst waren durch 119 Delegierte aus 90 Orten 35 000 organisierte Handelsarbeiter vertreten. Dieser Kongreß faßte seine Beschlüsse in folgender Resolution zusammen:

„In Erwägung, daß die gegenwärtige Dauer der Arbeitszeit der Hilfsarbeiter im Handelsgewerbe eine die Gesundheit und das Familienleben schwer schädigende ist,

in weiterer Erwägung, daß durch die Unregelmäßigkeit und das lange Hinausschieben des Geschäfts- und Arbeitsschlusses, durch die übliche Sonntagsbeschäftigung, sowie durch den späten Postschalterschluss der Ausdehnung der Arbeitszeit wesentlicher Vorschub geleistet wird,

in fernerer Erwägung, daß die notorische Unfallhäufigkeit auch in den Kleinbetrieben des Handelsgewerbes, die mangelhaften und unhygienischen Arbeits- und Aufenthaltsräume wesentliche Nachteile für Gesundheit und Leben der beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen zur Folge haben, fordert der Kongreß:

1. Reichsgesetzliche Festlegung einer täglichen Maximalarbeitszeit von neun Stunden für alle Arbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahre und von 8 Stunden für jugendliche Personen bis zu 18 Jahren.
2. Unterbrechung dieser Arbeitszeit durch regelmäßige Pausen, von denen die Mittagspause in der Mindestdauer von zwei Stunden festzusetzen ist.
3. Einheitliche Durchführung des Achtuhr-Ladenschlusses, Geschäfts- und Arbeitsschlusses für alle Handelsbetriebe.
4. Generelle Einführung des 6 Uhr Postschalterschlusses für das ganze Deutsche Reich.
5. Vollständige Sonntagsruhe für alle kaufmännischen Betriebe.
6. Ausdehnung der Unfallversicherung auf das gesamte Handelsgewerbe.
7. Erlass von Vorschriften betreffend der hygienischen Beschaffenheit der Arbeits- und Aufenthaltsräume.
8. Verbot des Koff- und Logiszwanges beim Arbeitgeber.
9. Verbot der Verwendung jugendlicher Arbeiter unter 21 Jahren als Transportradfahrer.
10. Errichtung von Handelsinspektoren analog der Fabrikinspektion, unter Hinzuziehung von im Berufserfahrenen Arbeitern als Assistenten.
11. Ausdehnung des obligatorischen Fortbildungsunterrichtes auf die jugendlichen Handelshilfsarbeiter und Arbeiterinnen.“

Diese gewiß bescheidenen Forderungen wurden sowohl der Regierung als auch dem Reichstag übermittelt. Den gesetzgebenden Körperschaften ist es aber bis zum heutigen Tage nicht eingefallen, darauf in irgend einer Form zu reagieren. Es handelt sich ja auch nur um arme Teufel von Handelsproletariern und nicht um Kommerzienräte und königliche Kaufleute, deren Wünsche den Behörden Befehl sind.

Der Transportarbeiter-Notizkalender 1912 enthält die Vergleichsziffern der Reichstagswahlen 1903 und 1907 sowie der Nachwahlen. Wer sich also während des Wahlkampfes stets über die Chancen der verschiedenen Parteien orientieren will und muß, soll nicht versäumen, sich diesen Kalender unverzüglich anzuschaffen.

Während heute in den meisten Staaten Australiens, Englisch-Südafrika und Kanada, sowie in mehreren nordamerikanischen Staaten der Sechsstunden-Gesetz ist, die österreichische Regierung die 7-Uhr-Ladensperre Gesetz werden ließ, hat Deutschland glücklich in ein paar hundert Orten den Achtuhr-Ladenschluß. Das letztere allgemein Gesetz werden soll, davon ist noch gar keine Rede. Es wird dies auch so lange ein frommer Wunsch bleiben, als die schwarzblauen Arbeiterfeinde die Majorität haben.

Auch bei der Schaffung des 9-Uhr-Schlusgesetzes resp. der ununterbrochenen Ruhezeit haben die bürgerlichen Parteien im Reichstage mit zweierlei Maß gemessen. Den Handlungsgehilfen und Lehrlingen wurde eine einstündige Ruhezeit gewährt, den Hilfsarbeitern nur eine solche von zehn Stunden. Wiederholten Anfragen der sozialdemokratischen Fraktion auf Beseitigung dieses zweierlei Maßes gaben die bürgerlichen Parteien keine Folge.

Hoffen und Harren macht manchen zum Narren! Die Wichtigkeit dieses Sprichwortes haben die Handelsarbeiter an eigener Leibe erfahren müssen. Der Beirat für Arbeiterstatistik hat vor vielen Jahren auch einmal Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse im Handelsgewerbe veranstaltet. Diese schriftliche Enquete wurde dann 1905 noch durch Vernehmung von Kunstverständigen ergänzt. Festgestellt wurde dabei, daß die Arbeitsbedingungen der Handelsarbeiter durchaus keine glänzenden sind. Der Beirat hat dann noch einige Male über das Ergebnis der Erhebungen beraten und damit war die Sache erledigt. Einen Gesetzesvorschlag auf Verkürzung der Arbeitszeit für die Handelsarbeiter hat man im Beirat, dessen Majorität aus Regierungsvertretern und solchen der bürgerlichen Parteien besteht, erst gar nicht ausgearbeitet. So hat man die Handelsarbeiter mit Hoffnungen genarrt und gepöppelt. Wollen nun unsere Kollegen diese Mißhandlung ihrer Interessen seitens Regierung und bürgerlichen Parteien in aller Ergebenheit und Demut entgegennehmen? Wollen sie etwa ihren Feinden im Reichstage noch die Füße lüffen? Das mögen die Hunde tun. Die Handelsarbeiter haben auf solche Nichtachtung und Schikanen nur eine Antwort:

Wir geben unsere Stimmen am 12. Januar nur den sozialdemokratischen Kandidaten, weil nur die sozialdemokratische Arbeiterpartei die Interessen der Handelsarbeiter bisher vertreten hat und es auch in Zukunft tun wird. Am 12. Januar wollen wir alle den bürgerlichen Parteien mit dem Stimmgabel in der Hand das Heimzahlen, was sie an uns und unseren Familien verbrochen haben. Gründlichkeit ist dabei die Hauptsache.

Gaukonferenz des Gaues Bremen-Oldenburg.

Am Sonntag, den 22. November, fand im Gewerkschaftshaus in Bremen eine Konferenz der Vertreter der Verwaltungsjstellen im Gau 12 statt. Anwesend waren 33 Delegierte, 3 Gäste, der Gauvorstand und als Vertreter des Verbandsvorstandes die Kollegen Döring und Schumann. Kollege Tesch begrüßte die Erscheinenden namens der Ortsverwaltung Bremen sowie des Gauvorstandes. Die Tagesordnung lautete:

1. Bericht des Gauvorstandes.
2. Die Agitation in unserem Gau.
3. Unsere Lohnbewegungen.
4. Die Pläne der Scharfmacher.
5. Anträge und Verschiedenes.

Als Vorsitzende wurden die Kollegen Tesch und Dellerich, als Schriftführer die Kollegen Andersen und Kolschen gewählt.

Nach der Verlesung der Präsenzliste durch Kollegen Dellerich gab Kollege Tesch den Bericht des Gauvorstandes.

Vor dem Zusammenschluß im Juli 1910 zählte unser Gau 8000 Mitglieder, nach demselben, im dritten Quartal, 1911 11 982. Dieses Resultat ist ein zufriedenstellendes und sind es hauptsächlich die Hafenstädte, welche größere Mitgliederzunahme zu verzeichnen haben. Leider lassen auch einige Orte viel zu wünschen übrig, was jedoch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen ist. So z. B. Nordenham. Dort domiziliert die bekannte Widgard-Gesellschaft, welche jeden Kollegen, der irgend für die Organisation tätig ist, maßregelt, so daß es uns nicht möglich ist, das Vertrauensmännersystem, wie es in anderen Hafenstädten besteht, zu halten.

Ähnlich verfahren die Unternehmer an anderen Orten, und wo sie es allein nicht fertig bringen die Organisation zu schädigen, da sind es die christlichen Gewerkschaften, die ihnen hilfreich zur Seite stehen. So in Leer und Esbstedt, wo sie jede Lohnbewegung zu verhindern und mit Hilfe der Unternehmer unsere Mitglieder abspenstig zu machen, versuchen. Nachdem der Gauleiter die Organisationsverhältnisse an anderen Orten beleuchtet, ersucht er die Delegierten, dahin wirken zu wollen, trotz aller Schikanerungen seitens der Unternehmer, unermüdet an den Ausbau der Organisation tätig zu sein.

Auf die geschäftliche Tätigkeit eingehend, rügt Redner die mangelhafte Berichterstattung einzelner Orte, und ersucht die Funktionäre am Orte, bei Auffassung derselben Hand in Hand zu arbeiten. Auch mögen die Delegierten dahin wirken, daß der Führung der Massenbücher, der Mitgliederlisten sowie dem Ausfüllen der Abrechnungsformulare mehr Sorgfalt entgegengebracht wird. Redner kam dann auf den Verkauf der Baufondsmarken zu sprechen und wies an der Hand einer Aufstellung, die jedem Delegierten vorlag, nach, daß das Ergebnis im Gau durchaus nicht befriedigt, insbesondere sind es einzelne Orte, die ihren Verpflichtungen in dieser Beziehung sehr wenig nachkommen. Das trifft namentlich auf Bremen zu, wo im Verhältnis zur Mitgliederzahl noch nicht einmal die erste Rate bezahlt wurde, es betrug die abgeführte Summe 40 Pf. pro Mitglied. Auch andere Orte stehen im Verhältnis zur Mitgliederzahl mit der Beitragsleistung zum Baufond zurück.

Dagegen haben einige kleinere Orte, z. B. Eschhafen, Brate, Hüftringen, Nordenham ihre Pflicht voll und ganz erfüllt. Redner hofft, daß auch in dieser Beziehung Besserung eintritt, und die Kollegen nunmehr das Verfallene nachholen werden. Im Schluß seiner zweistündigen Ausführungen ersucht Redner die

Anwesenden, tatkräftig an dem Ausbau der Organisation mitzuarbeiten, damit der Gau 12, welcher an vierter Stelle steht, nicht nur seinen Platz behauptet, sondern es erreicht, den Gau 5 zu überflügeln.

Anträge sind eingelaufen: Nordenham ersucht, die Organisationsverhältnisse am Orte sicher zu stellen. Esden. Der Verbandsvorstand möge für die Agitation unter den Binnenschiffern auf dem Dortmund-Emskanal Beihilfe gewähren.

Curhaven: Der Gauvorstand möge bei der Haus- und Stallagitation der Ortsverwaltung behülflich sein.

Betreffend Zahlung der Beiträge zum Hausbaufond ist folgende Resolution eingegangen:

„Die heute tagende Konferenz des Gau 12 nimmt Kenntnis vom Stand der Dinge betreffs des Vertriebes der Hausbauarken in den einzelnen Ortsverwaltungen. Die Konferenz bedauert, daß nach dieser Richtung in verschiedenen Orten sehr wenig geleistet ist. Die Delegierten verpflichten sich, dafür wirken zu wollen, daß jedes Mitglied der Verpflichtung, 2 Mk. zum Baufond zu zahlen, bis spätestens zum nächstjährigen Verbandstage nachgekommen ist, damit der Gau 12 seiner Stärke entsprechend, der Resolution des Hamburger Verbandstages Rechnung getragen hat.“

Dellerich, Hüftringen.“

Der Vorsitzende, Kollege Dellerich, ersucht, die ersten drei Punkte der Tagesordnung zusammen zu behandeln und auf die vorliegenden Anträge Bezug nehmen zu wollen.

In der darauffolgenden Diskussion waren die meisten Redner der Auffassung, daß der Gauleiter mit Arbeiten überhäuft ist und erbitten in der Anstellung eines Beamten für Brate und Nordenham eine wesentliche Erleichterung für denselben, sie stimmten dem Antrage Nordenham zu.

Kollege Schumann erklärte, daß auch der Vorstand dem Antrage zustimmen werde und wird es Aufgabe der beiden Orte sein, diesbezüglich eine Verständigung mit dem Vorstand herbeizuführen.

Dellerich, Hüftringen begründet die Resolution betr. der Hausbauarken und ersucht, derselben zuzustimmen.

In der darauffolgenden Diskussion bedauert Redner Bremen, daß hier die Hafenarbeiter Gegner des Verbandshauses seien und das Ableben der Hausbauarken verweigern, während die Transportarbeiter und Seeleute dem Antrage zugestimmt haben. Die Hafenarbeiter wollen erst durch Verbandstagsbeschluß dazu gezwungen sein.

Weiter-Bremen erklärt, die Hafenarbeiter wollen freiwillig zahlen, bedauert aber, daß auf dem Verbandstage in Hamburg die Frage nicht angeschnitten wurde. Er ist dafür, daß dieser Frage erneut näher getreten wird.

Zur Frage des Verbandshauses erklärt Kollege Schumann, daß an einigen Orten die Hafenarbeiter einen Stolz darin erblicken, mit der Beitragsleistung zum Baufond an erster Stelle zu stehen. So haben auch die Hamburger Kollegen zu diesem Zwecke 20 000 Mk. dem Vorstande überwiesen. Weiter teilt Sch. mit, daß der nächste Verbandstag den Beschluß fassen wird, daß jedes Mitglied 2 Mk. zum Baufond zu zahlen hat, und hofft, daß sich die Situation in Bremen bis dahin geändert haben wird. Im übrigen wären die finanziellen Schwierigkeiten des Projektes behoben und wird unser Verbandsorgan demnach die Mitglieder von dem Stand der Dinge unterrichten. Nachdem einige Diskussionsredner noch auf die Agitation unter den Binnenschiffern Bezug nahmen, erfolgte Schluß der Diskussion.

In seinem Schlußworte führte Kollege Tesch die Schwierigkeit der Agitation unter den Binnenschiffern

Die klerikale Schundliteratur in Deutschland.

Pharisäer vom Scheitel bis zur Sohle sind unsere Schwarzen. Ein Aufsatz des Genossen Nische in den „Sozialistischen Monatsheften“, worin erwähnt wurde, daß in den sozialdemokratischen Bibliotheken die Klaffler durchwegs nicht die ihrer Bedeutung angemessene Platzzahl aufzuweisen hätten, hat ihnen jüngst wieder Anlaß gegeben zu heuchlerischem Geschrei über die angebliche Minderwertigkeit sozialdemokratischer Bildungsarbeit. Vor der Dreifaltigkeit der Gladbacher allen Respekt! Denn in Punkt Bildungsarbeit stinkt's im Lager der Frommen dermaßen, daß man sich ringsherum die Nase zupfäht. Unsere Zenträmmer halten sich freilich, wie man weiß, für die Vollkommenheit selbst. In pharisäischer Selbstgerechtigkeit sehen sie mittelbig oder höhnisch hinab auf die gesamte übrige Menschheit, die nicht nur stülpisch tief unter dem frommen Christenmenschen steht, sondern ihm auch in jeder anderen Beziehung nicht das Wasser zu reichen vermag. Nicht weniger als alles glänzt im klerikalen Lager in strahlendem Gold oder verflärendem Himmelblau. Die Sünder, die Minderwertigen, die stülpisch Unvollkommenen, die Unwissenden, die sind immer nur im Lager der anderen, der gottlosen Liberalen oder der scheußlichen Sozialdemokraten. Der waschechte Klerikale ist ein Unbund aller Tugenden und hat für sich alle Mängel dieser Welt gelöst. Die eitle Selbstzufriedenheit, die durch die Jahrzehnte hindurch sorgfältig genährt worden ist, mag wohl im Interesse der Welt geistiger Abschließung liegen, wie sie im klerikalen Lager betrieben wird — sie hat aber bereits Früchte gezeitigt, daß die einsichtigeren Klerikalen selbst das Grauen bekommen und immer dringender nach Besserung verlangen. Ja es ist so weit gekommen, daß bereits die sozialdemokratische Bildungsarbeit den Frommen aus dem eigenen Lager heraus als vorbildlich hingestellt wird. So veröffentlichte vor einiger Zeit die „Bücherwelt“, Organ der katholischen Vorwärtsvereine, einen Aufsatz über sozialdemokratische Bibliotheksarbeit, worin anerkannt wurde „mit welcher

gewaltiger Energie auf sozialdemokratischer Seite für die Bibliotheken gearbeitet wird“. Und die Redaktion dieser Zeitschrift machte dazu folgende Anmerkung:

„Die Ruhanwendung des Verfassers wollen wir noch etwas deutlicher ausdrücken und sagen: Würde die Sozialdemokratie über so viele gebildete, namentlich akademisch gebildete Anhänger verfügen, wie wir Katholiken sie im Meeres- und zum großen Teil unter den Laien besitzen, so ließe diese Partei solche Kräfte nicht brach liegen, sondern würde mit ihnen eine sozialdemokratische Volksbibliotheksbewegung schaffen, die das Staunen und die Bewunderung der ganzen Welt hervorriefe. Warum liegen auf katholischer Seite diese Kräfte zwar nicht ganz, aber doch größtenteils brach? Für die richtige Antwort auf diese Frage würde man uns moralisch steinigen.“

In ganz ähnlicher Weise streicht der katholische Pfarrer S. Falkenberg (Herchen an der Sieg) in seiner im vorigen Jahre bei Georgi in Bonn erschienenen Schrift: „Wir Katholiken und die deutsche Literatur“ die sozialdemokratische Bibliotheksarbeit gegen die des Klerikalismus heraus. Der Verfasser sagt: „Auch die Tätigkeit der Sozialdemokratie verdient hohe Anerkennung, vor allem deshalb, weil sie umsichtig und zielbewußt dort ansetzt, wo sich das meiste erreichen läßt: bei den Bildungsbedürftigen, zumal unter der Jugend; dann aber auch, weil die Bibliothekare, gewöhnlich einfache Arbeiter, die moderne Bibliothekstechnik sehr geschickt verwerten. Nur mit Beschämung kann man zum Beispiel das Schriftchen von Hennig: „Zehn Jahre Bibliotheksarbeit. Geschichte einer Arbeiterbibliothek“ (Leipzig 1908) lesen. Ob auch nur eine einzige der dreitausend katholischen Bibliotheken an das Geleistete entfernt reichen kann? Ich verneine das. Auch in anderer Beziehung können wir hier lernen. So liefert die Münchener Parteibuchhandlung Arbeiterbibliotheken nach freier Wahl gegen Teilzahlung (in den ersten sechs Wochen nach der Einrichtung) werden mehr als hunderttausend Bücher in Arbeiterbibliotheken gütlicheren zurzeit schon sechzehn (der Vorwärtsverein hat es glücklich auf ein halbes Duzend gebracht).“

Solche Urteile bedecken sich völlig mit dem hohen Lobe, das seinerzeit der Bresdener Oberbürgermeister Beutler dem sozialdemokratischen Kampfe gegen die Schundliteratur spendete, und einer ähnlich klingenden Anerkennung, die im Reichstag (1. April 1909) von dem literaturbewanderten fortschrittlichen Abgeordneten Siegfried Hecker ausging. Aber bleiben wir bei klerikalen Gewährsmännern. Gerade der Pfarrer Falkenberg, der vor Jahren, da er noch als Kaplan in Wehlen am Rhein amtierte, in einer literarischen Zeitschrift starke konfessionelle Befangenheit verriet, deckt in seinem vorhin erwähnten neuen Buche das Stund der klerikalen Literatur mit erschütternder Rücksichtslosigkeit auf. Die katholische schöne Literatur, so kritisiert Falkenberg, sei durchwegs zu religiös, ein großer Teil sei reine Kampfliteratur, die alles, aber auch alles verteidige und das Ungünstige unterschlage. Im Kaufmannsach, in Kunstgeschichte, Pflanzgeschichte, Kinderpsychologie, Erziehungsschriften und Erziehungsromanen, gequollen Fragen, Mädchenleben habe man fast nichts, und der Katholik wäre zu größlicher Unwissenheit verurteilt, wenn er „nur katholisch“ lesen dürfte. Bequemer sei es allerdings, seine eigenen Scheuklappen dem Publikum anzulegen. Troslos stehe es mit der Literatur für die studierende Jugend. Ebenso schlecht stehe es um die Bibliotheken. Das katholische Bibliothekswesen stehe vor einem kläglichen Fiasko; seit sechzig Jahren habe man immer nur gefragt, was für die ewige Seligkeit heilsam sei. Viel werde durch übertriebene Prüderie gefehlt; aus Ruhs sechsbändiger Kunstgeschichte seien zum Beispiel alle „Aubitäten“ unndigerweise verbannt. Viele Katholiken hielten, mißlieht durch ihre Seelsorger, Rebestromane für sündhaft. Ueber Pola schreibe man ganze Aufsätze voll vernichtender Urteile, ohne eine Zeile von ihm gelesen zu haben. Gegenüber der wunden Entwicklung der vom Staate unterstützten Bibliotheken seien die katholischen Bibliotheken verlorene Posten. Ihre Leistungen und ihre Qualität seien traurig. Fast nur die Traben und Frommen bedürfen sie. Bei den interkonfessionellen Besessenen herrsche eine Negligent und Achtlosigkeit, die aus

vor Augen und hofft, daß auch da Besserung eintreten wird. Er hofft, daß durch die heutige Aussprache das Zusammenarbeiten nach wie vor ein gutes bleiben wird und jeder Delegierte seine Pflicht voll und ganz erfüllen wird.

Kollege Dellerich gibt bekannt, daß der Antrag Gurbach und Nordenham zurückgezogen wurde. Der Antrag Guden wurde einstimmig angenommen. Die Resolution Determann-Müstringen wurde mit 20 gegen 11 Stimmen angenommen.

Zu Punkt 4 referierte Kollege Schumann. Er führte aus: Die Gewerkschaften haben die Pflicht, sich mit allen einschlägigen Fragen zu beschäftigen, da die Existenz der Gewerkschaften in Frage gestellt würde, wenn die Pläne der Scharfmacher zur Durchführung gelangen. Vor allem versuchen es diese, mit Hilfe der bürgerlichen Parteien, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu rauben. Mit Hilfe der von ihnen geschaffenen gelben Gewerkschaft, jede Aktion der Arbeiterchaft zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhindern. Auch kommen ihnen die christlichen Gewerkschaften, die völlig unter dem Einfluß des Zentrums und der Pfaffen stehen, zu Hilfe. Auch unternehmen die Scharfmacher den Versuch, das Reichstagswahlrecht zu verschlechtern, um sich ein Klassenparlament zu schaffen, das ihre Pläne verwirklichen soll. Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen ersucht Redner dahin zu wirken, daß durch die nächsten Reichstagswahlen alle Pläne der Scharfmacher zu Schanden werden. Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Nach einem anfeuernden Schlusswort des Kollegen Dellerich wird die Konferenz mit einem begeisterten angenommenen Hoch auf den Verband geschlossen.

Konferenz für den Gau Südbayern.

Auf Sonntag, den 12. November 1911 hatte der Verbandsvorstand eine Konferenz des Gau 6 (Südbayern) einberufen, welche in der Gesellschaftsbrauerei zu Augsburg tagte. Beschied war die Konferenz von 24 Delegierten, welche 18 Zahlstellen mit zusammen 7741 Mitglieder vertreteten. An der Tagung nahmen ferner teil die Mitglieder des Gauvorstandes, sowie die Kollegen Eichner und Eisenberger von der Ortsverwaltung München I; der Verbandsvorstand ließ sich durch den Kollegen Schumann-Berlin vertreten. Die Verhandlungen wurden vormittags 10 Uhr eröffnet, nachdem der Göppinger Arbeiter-Gesangverein den stimmungsvollen Männerchor „Empor zum Licht“ zum Vortrage gebracht hatte. Nach den üblichen Begrüßungsreden nahm der Gauleiter Kollege Werthmann das Wort und schilderte in zweistündigen Ausführungen die geleistete Organisationsarbeit im Gau Südbayern. Aus dem großzügigen Referat seien nur die wichtigsten Momente herausgezogen.

Einleitend wies der Referent darauf hin, daß bei der Uebernahme des Gau 6 im Jahre 1909 die Situation äußerst ungünstig war. Die drei inzwischen verflohenen Jahre brachten reiche Arbeit mit sich. Erfreulichweise kann gesagt werden, daß die Funktionäre ihren Verpflichtungen der Organisation gegenüber nachgekommen sind, was natürlich eine günstige Rückwirkung auf das Stärkeverhältnis unserer Organisation erzeugte. Ein Blick auf die Entwicklung des Verbandes zeigt uns, daß der Organisationsgedanke unter unseren Berufskollegen mächtige Fortschritte gemacht hat. Die Zahl der Verwaltungsstellen ist von 13 im Jahre 1908, von denen aber 6 auch schon im Sterben lagen, auf 18 im Jahre 1911 gestiegen. Die Mitgliederzahl ist von 4903 auf 7741 angewachsen, woraus sich eine Zunahme von 2838 Mitgliedern ergibt. Noch günstiger als die Mitgliederzahl haben

sich die Finanzen entwickelt. Den 198 885 im Jahre 1908 verkauften Beitragsmarken stehen 331 784 Wochenbeiträge gegenüber, die im Jahre 1910 an die Organisation abgeführt wurden. Das ist ein Mehr von 132 899 Wochenbeiträgen pro Jahr. In dem gleichen

An das Centrum.

Mit Gott „für Wahrheit, Freiheit und Recht“,
So steht es in großen Lettern,
So kündets der fromme Bunkecknecht
Als Grundsatz in seinen Blättern.

Mit Gott! dies Wort — es kann fürwahr
'nen frommen Schein erwecken,
Doch braucht es die schwarze Freuchleschar
Nur als Mittel zu ruchlosen Brocken.

Mit kämpfen für lautere Wahrheit nur
Und wollen nichts verhehlen,
Dabei ist das Lügen zur zweiten Natur
Geworden den Bentrumsseelen.

Sie lügen die Wahrheit täglich tot,
Es wird nicht erst lange erwogen,
Denn nicht aus Versehen oder aus Noth,
Nein aus Prinzip wird gelogen.

Freiheit! Du flammende, edle Gestalt
Sib acht, mit frecher Stirne,
Mit lückischer List, brutaler Gewalt
Entwürdigt man dich zur Dirne.

Das Wort, das euren Charakter verrät,
Sollt ihr aufs Banner euch schreiben,
Denn, so spricht die Bentrumsautorität:
„Der Knecht ist, soll Knecht auch bleiben.“

Ihr wollt kein freies Menschengeschlecht
Und habt nur die Knechtschaft zum Ziele,
Ihr treibt mit des Volkes heiligem Recht
Die frevelhaftesten Spiele.

Das Volk hat erkannt euer wahres Gesicht,
Es wird sein eigener Rächer,
Bereitet euch vor auf des Volkes Gericht,
Bitter, ihr elenden Schächer!

Maße wie die Macht der Organisation wuchs, gewann sie auch erhöhten Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Berufe. Innerhalb 2 1/2 Jahren, vom 1. Quartal 1909 bis zum 2. Quartal 1911 wurden insgesamt 139 Lohnbewegungen geführt, von welchen 109 ohne Streit erledigt wurden, während wir 18 mal die Hungerkette waren

und 12 mal abwehren mußten. An den Lohnbewegungen waren 7449 Personen beteiligt, die sich auf 1178 Betriebe verteilten. Die Lohnkämpfe waren in 88 Fällen mit vollem Erfolge ausgearbeitet worden, 45 brachten einen teilweisen Erfolg, während 6 verloren gingen. Das Resultat dieser Kämpfe ergibt allein für das Jahr 1910 gerechnet eine Verkürzung der Arbeitszeit um 426 608 Stunden pro Jahr für 1445 Beteiligte und 2269 Kollegen setzten eine jährliche Lohnerhöhung von 379 449 M. durch. Das sind Erfolge, mit denen sich die Organisation sehen lassen kann und die mit zwingender Beweisraft deren hohe Bedeutung für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft feststellen. Zum Schluß wandte sich der Redner noch dem gegnerischen Konkurrenzorganisationen zu, mit dem wir in Südbayern zu tun haben. Mit kurzen, aber zutreffenden Worten rügte er die Arbeiterverräterei und das die Arbeiterinteressen schädigende Treiben der christlichen Zentrumsgewerkschaft mit dem langen Namen und den kurzen Finanzen ins rechte Licht. Nur geistig sehr arme Kollegen können es sein, die den zwar ein Dubend Verufe umfassenden, aber nur 13 800 Mitglieder zählenden christlichen Transportarbeiter-Verband, dem Deutschen Transportarbeiter-Verbande mit seinen 190 000 Mitgliedern vorziehen. Seinen Vortrag beendete Kollege Werthmann mit einem anfeuernden Appell, an den Auf- und Ausbau der Organisation mit verdoppelter Energie zu arbeiten, damit unseren Kollegen die ihnen zukommenden Rechte erkämpft werden können.

An das Referat schloß sich eine lebhaft diskussion, an der sich die Kollegen Eichner, Eisenberger, Witter, Schwojer und Kleiberger-München, Inhofer, Mandl und Mooshardt-Augsburg, Freimshuler-Dab, Meichenhall, Stegmüller-Garmisch, Brüm-Lindau, Wanghaff-Ulm und Wobbs-Straubing beteiligten und die Situation in ihrem Wirkungsgebiete eingehend erörterten.

In der Nachmittags Sitzung wurden zunächst die vorliegenden Anträge erledigt. Die meisten derselben betrafen die Agitation und fanden durchwegs die Unterstützung der Gaukonferenz. Hervorgehoben sei nur, daß ein Antrag angenommen wurde, welcher besagt, daß der Gauvorstand der nächsten Verbandsgeneralversammlung eine Erhöhung des Gaubeitrages von 5 auf 10 M. zur Erivägung überweisen soll.

Dannmehr ergriff Kollege Schumann zu seinem Vortrage über: „Die moderne Arbeiterbewegung und ihre Gegner“ das Wort. In prägnanten Sätzen zeichnete er die Entwicklung der Arbeiterbewegung und die gegenwärtige wirtschafts-politische Situation. Auch in der Arbeiterbewegung hat man, um die Interessen der Arbeiter auf den verschiedensten Gebieten wahrnehmen zu können, dem Prinzip der Arbeitsteilung folgen müssen. So haben sich die Arbeiter zur Vertretung ihrer Interessen als Arbeitnehmer, Konsumenten und Staatsbürger für jede dieser drei Interessensphären eine eigene Organisation geschaffen. Sollen die Ziele der Arbeiterbewegung verwirklicht werden, so muß der lächerliche Ausbau dieser drei Organisationen unsere nächste und wichtigste Aufgabe sein. Die Bestrebungen der Scharfmacher, die gegenwärtig mit Hochdruck auf eine Verkürzung der Arbeiterrechte hinarbeiten, fanden in den Ausführungen des Kollegen Schumann zwar eine scharfe aber durchaus gerechte Kritik. Die eintündigen Darlegungen, welche aufmerksam von den Anwesenden verfolgt wurden, lösten stürmischen Beifall aus.

Von einer Diskussion über das Referat wurde Abstand genommen.

Nach einem Schlussworte des Gauleiters wurde um 5 Uhr abends die Konferenz geschlossen.

tiefste Beschämung. Alles mißte man von Nichtkatholiken lernen, selbst von den Sozialdemokraten. Der traurige Befund außerordentlicher Rückständigkeit sei um so beschämender, als das katholische Deutschland selbst die Schuld daran trage. Auf der einen Seite eifriges, ja begeistertes und verständnisvolles Arbeiten, allseitige Unterstützung, die besten Aussichten. Auf der anderen: Interesslosigkeit und Schlandrian, minderwertige Leistungen, keine Aussichten auf erhebliche Besserung.

Nach Falkenberg liegen die Wurzeln dieser Mängel in der allgemeinen Interesslosigkeit. Die Presse und die Geistlichkeit vernachlässigen das Gebiet der Literatur in unverantwortlicher Weise. Sogar die Erbauungsliteratur ist nach dem Urteil dieses katholischen Geistlichen in hohem Grade rückständig. Falkenberg zitiert einige Theologen. Hollweck sagt: „In der Unbeschämtheit der Literatur ist gut ein Drittel Schuld.“ Der bekannte Hettinger sagt: „Unsere Gebetbücherverliteratur der Gegenwart bietet den traurigsten Anblick.“ Der Bischof Kessler von Rottenburg urteilt: „Die sogenannte Erbauungsliteratur ist größtenteils ungenießbar leicht und sad geworden und weiblich fast bis zur Hysterie.“ Der Benediktiner Bismeyer sagt, daß namentlich bei den vollständigen Heiligenlegenden die katholische Literatur in trager geistiger Stagnation zurückgeblieben sei. Falkenberg selbst spricht von dem völligen Fehlen aller Wissenschaftlichkeit, der Ueberstimmung des Vorbehaltungs- und Autoritätsbegriffs, von einer kindischen Wunderfucht, und an anderer Stelle nochmals von der „schauerlichen Minderwertigkeit der populären Erbauungsliteratur.“ Und er jammert: „Wenn es so betrüblich aussieht auf unserem ureigensten und wichtigsten Gebiet, wo uns doch erstklassige Kräfte nicht fehlen und die kirchlichen Behörden das Wächteramt haben, dann ist wohl der Schluß erlaubt, daß es auf allen anderen Gebieten noch viel trauriger aussieht.“

Man sieht: die schwarzen Herrschaften haben allen Grund, vor der eigenen Tür zu lehren. In allergeringster Abschließungspolitik, prüde wie eine alte Jungfer, verschließt man dem katholischen Volksteil die

Schätze unserer Literatur, füttert ihn mit dem minderwertigen Zeug der eigenen kläglichen Geistesheben, mißhandelt ihn geistig bis zur völligen Versimpelung und betrügt ihn um kostbare Lebensgenüsse. Das ist die literale Erziehung: die Erziehung mit Schundliteratur und nach den Methoden der Kleinkinderbewahrschulen! Und es gibt genug Leute im schwarzen Lager, die von Bibliothekern für das Volk überhaupt nichts wissen wollen, sondern der Meinung sind, daß Gebetbuch und Rosenkranz und schlimmstenfalls die Zehn-Pfennig-Erbauungsliteratur die geistigen Ansprüche der niederen Schichten vollauf zu befriedigen vermöchten. Als im Jahre 1905 in Münster in Westfalen, allwo es bekanntlich recht finster ist, eine Volksbibliothek errichtet werden sollte, wendete sich gegen diese Absicht eine Zuschrift von „hochgeschätzter“, also offenbar geistlicher Seite im klerikalen Westfälischen Merkure. Die Handarbeiter, so hieß es darin, sollten zunächst mal ihre Fachzeitschriften lesen, Sonntags aber vor allem ihre religiösen Pflichten ausgiebig erfüllen und, wenn sie partout am Sonntag noch lesen wollten, zu einem periodisch erscheinenden (natürlich frommen) Unterhaltungsblatt oder zu einem Wandbauungsschrift greifen. Aber eine Bibliothek für das handarbeitende Volk zu gründen, sei fürwahr ein Unfug und ein Unfug. Der Mann hat ganz gewiß nur ausgesprochen, was Tausende feinesgleichen denken, aber aus Klugheitsrücksichten für sich im Busen bewahren. Die trostlosen Zustände, die uns Falkenberg schildert, sind nur möglich bei weitverbreiteter Gleichgültigkeit, wenn nicht direkter Abneigung der führenden klerikalen Kreise gegen eine ernste und systematisch betriebene Volksbildung.

Erinnern wir schließlich noch an den Index. Die neueste Ausgabe dieser „schwarzen Liste Roms“, die im Jahre 1900 erschien, umfaßt rund fünftausend Bücher, deren Lektüre den Katholiken verboten ist, obwohl sich darunter die epochemachendsten Schriften aller Nationen befinden, Werke, die ihren Verfassern unsterblichen Ruhm verschafft haben, weil durch sie die Menschheit auf neue Bahnen der Erkenntnis geführt

worden ist. Auch Dichter von klangvollen Namen, die von jedem Gebildeten gekannt und geschätzt werden, gehören zu den Geächteten. Geschichtsschreiber, Philosophen, Juristen, Nationalökonomien, sie alle sind der literarischen Verfluchung verfallen, sobald sie eine in Rom als unbequem empfundene Aufklärung in die Köpfe der gläubigen Katholiken zu bringen drohten. Wir geben eine bunte Reihenfolge der von den päpstlichen Oberzensoren unter Zustimmung des Papstes geächteten Autoren. Zu ihnen gehören:

Ovid, der römische Dichter; Baco von Verulam, der englische Dichter, Philosoph und Geschichtsforscher; Heranger, der gefeierte französische Nationaldichter; Büntschli, der berühmte Staatsrechtler und Rechtsphilosoph; Cartesius, der Philosoph und Philosoph; Cervantes, der weltberühmte Dichter des „Don Quixotte“; Popentius, der Astronom; Diderot, der Klassiker der ökonomischen Philosophie; Erasmus, der Humanist; Lafontaine, der Fabeldichter; Galilei, der Klassiker der Physik; Sinchius, der Kirchenrechtslehrer; Viktor Hugo, der Dichter; Heinrich Heine; Hobbes, Hume und John Locke, die englischen Philosophen und Nationalökonomien; Leibniz, der große Universalgelehrte; Macchiavelli, der Verfasser des „Buches vom Fürsten“; Milton, der tiefreligiöse Dichter des „Verlorenen Paradieses“; Moliere, der genialste aller Lustspielmacher; Montesquieu, der große Naturrechtsphilosoph; Büfendorf, einer der berühmtesten Staatsrechtslehrer des 17. Jahrhunderts; Leopold v. Ranke, einer der bedeutendsten Geschichtsforscher des 19. Jahrhunderts; Schell, der Würzburger Theologieprofessor; Spinoza, der große Philosoph der anhebenden Neuzeit; David Friedrich Strauß, der bahnbrechende Verfasser des „Lebens Jesu“; Voltaire, Frankreichs verdienstreichster Klassiker; Zola, der große tiefernste Sittenschilderer der modernen Zeit.

Wir meinen, wer soviel Dreck am Stecken hat wie unsere Frömmlinge, der hat alle Ursache, sich zu ducken und sich zu schämen, anstatt mit Glabacher Unverschämtheit über die Bildungsarbeit der Sozialdemokratie das große Mundwerk bis zu den Ohren aufzureißen.

Lohnbewegungen im Müllabfuhrgewerbe in Berlin, Charlottenburg und Nixdorf.

Unter den Kollegen Müllkutschern und Mitfahrern in Groß-Berlin haben im Oktober bzw. November einige Bewegungen stattgefunden, durch welche die Kollegen wesentliche Verbesserungen in ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielten. Den Meisten bei diesen Bewegungen eröffneten zunächst die Kollegen aus den Nixdorfer Abfuhrbetrieben. In diesem Orte sind ungefähr 25 Fuhrbetriebe, zumeist Kleinbetriebe mit 1 bis höchstens 8 Gespannen vorhanden, welche die Abfuhr des Hausmülls in Nixdorf und zum Teil auch noch, neben dem Großbetrieb, die Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer G. m. b. H. in Berlin betriebliegen. Diese kleinen Fuhrbetriebe beschäftigen ungefähr bis 85 Kutscher und Mitfahrer. In einigen Betrieben führt der Fuhrherr selbst und bedient sich seiner Verwandten, so daß für die Bewegung 23 Betriebe mit 72 Kollegen in Frage kommen. Die Löhne dieser Kollegen stellten sich bedeutend geringer, wie diejenigen bei der Wirtschaftsgenossenschaft. Während die Kutscher bei dieser Gesellschaft einen tariflichen Lohn von 39 und die Schaffner 36 Mk. pro Woche erhalten, zahlten die Nixdorfer Fuhrbetriebe den Kutschern einen Lohn von 29 Mk., im Höchstfalle 32 Mk. pro Woche. Die Schaffner wurden mit 26 Mk., im Höchstfalle mit 28 Mk. entlohnt. Dabei ist die Arbeitsleistung in diesen Betrieben verhältnismäßig schwerer und auch unsauberer als wie in dem genannten Großbetrieb. Die Schuld an diesen niedrigen Löhnen trugen aber zum Teil unsere Kollegen selbst, weil die Mehrzahl von ihnen sich um den Verband nicht kümmerte; erst im Frühjahr trat eine Besserung in dieser Beziehung ein, indem die Kollegen dem Verbandsbeiträt. Schon im August wünschten die Kollegen in die Bewegung einzutreten. Hierzu konnte sich die Verwaltung mit dem besten Willen nicht herbeilassen. Zunächst mußte das noch zum Teil junge Organisationsverhältnis besser besichtigt werden.

Im Oktober traten die Kollegen dann zusammen und beschloßen ihren Arbeitgebern ihre Forderungen zu unterbreiten. Gefordert wurde für Kutscher 34 Mk. und Schaffner 31 Mk. Wochenlohn. Für Zuschiffsarbeiter 6 Mk. pro Tag. Außerdem wurde verlangt, daß nur 2 Touren am Tage zu fahren sind. Dann sah der Tarif noch einige andere Bestimmungen mit bezug auf die Regelung der Arbeitsverhältnisse vor. Auf die eingereichten Forderungen antwortete nur ein Fuhrherr. Bei der Aussprache mit diesem Herrn ergab sich, daß die Fuhrherren in Nixdorf nicht recht wußten, auf welche Weise sie es anstellen sollten, um mit der Verbandsleitung in Verhandlungen eintreten zu können. Aus diesem Grunde nahm die Verbandsleitung Veranlassung, die Fuhrherren sofort selbst zu einer Verhandlung nach den Nixdorfer Bürgerkäfen einzuladen. Von den 23 in Frage kommenden Fuhrherren waren denn auch 21 erschienen. Die Verhandlung gestaltete sich schwierig, weil die Herren eine parlamentarische Ordnung nicht zu kennen schienen. Schließlich erklärten sie sich einstimmig bereit, ein Tarifverhältnis eingehen und einheitliche Löhne zahlen zu wollen. Ihr Zugeständnis in bezug auf die Löhne ging dahin, 30 Mk. für Schaffner und 33 Mk. für Kutscher, für Zuschiffsarbeiter 5,50 Mk. unter Abzug der Versicherungsbeiträge. Die übrigen Bestimmungen der Tarifvorlage wurden zum größten Teil anerkannt. Auch verpflichteten sich die Fuhrherren, den Tarif zu unterschreiben. Eine Versammlung der Kollegen beauftragte aber die Zugeständnisse mit Rücksicht auf die Lohnverhältnisse der Berliner Kollegen als zu gering und beschloß, am Montag die Arbeit überall dort einzustellen, wo die Unternehmer sich weigern sollten, den geforderten Lohn von 31 bzw. 34 Mk. pro Woche zu zahlen. Der Beschluß wurde prompt durchgeführt und hatte den Erfolg, daß bis zum Nachmittag des 25. Oktobers die Fuhrherren samt und sonders den Lohn bewilligten. Nachdem die Verbandsleitung den Tarif nunmehr nach den Zugeständnissen geändert und angefertigt hatte, wurden die Fuhrherren nochmals zwecks Unterzeichnung des Tarifs eingeladen. Es waren aber nur 14 Herren erschienen und diese gaben die Erklärung ab, daß die Fuhrherren den Tarif nicht unterzeichnen würden. Nur eine Fuhrwerksbesitzerin erklärte, sie würde ihr gegebenes Wort nicht brechen, sondern den Tarif unterzeichnen. Eine Versammlung der Kollegen, welche gleich am nächsten Tage Stellung zu dem Verhalten der Fuhrherren nahm, beschloß, daß die Arbeit wiederum in allen Betrieben einzustellen ist, nur nicht in dem Betriebe der Frau Otto, die unterschrieben hatte. Die Kollegen befürchteten, daß die Fuhrherren, wie schon geschehen, die bewilligten Löhne sonst nur auf kurze Zeit zahlen würden. Am Montag, den 30. Oktober, ruhte die Arbeit wieder. Diese Einmütigkeit der Kutscher hatten die Fuhrherren nicht erwartet. Einer nach dem anderen erschien in dem Streiklokal und gab dort seine Unterschrift. Bis Mittwoch, den 1. November hatten 20 Betriebe den Vertrag unterzeichnet. Es verblieben noch 2 Betriebe mit je einem Gespann, welche durch Verwandte des Unternehmers bedient wurden. Durch den abgeschlossenen Tarif erzielten die Kollegen in einigen Betrieben Lohnzulagen bis zu 5 Mk. pro Woche. Im Durchschnitt beträgt die Aufbesserung der Löhne 3,10 Mk. pro Woche. Aus dem Tarif heben wir hervor:

1. Der Mindestlohn beträgt:
 - a. für Kutscher 34 Mk. pro Woche,
 - b. für Mitfahrer 31 Mk. pro Woche,
 - c. für Zuschiffsarbeiter 5,50 Mk. pro Tag.
2. Feiertage, welche auf einen Wochentag fallen, dürfen den Kutschern und Mitfahrern vom Lohne nicht in Abzug gebracht werden.

3. Die Arbeitszeit für Kutscher beginnt 4 1/2 Uhr, für Mitfahrer 5 Uhr morgens.
4. Die täglichen Touren sind so einzuteilen, daß die Kutscher und Mitfahrer in der Regel nicht mehr wie zwei Touren täglich zu fahren und spätestens 7 Uhr abends Feierabend haben.
5. Falls die Kutscher nach der Erledigung ihrer zwei Tagestouren, in dringenden Fällen noch eine Fuhrre Schutt oder dergleichen fahren müssen, so erhalten dieselben hierfür eine besondere Vergütung mindestens 50 Pf.

B. Allgemeine Bestimmungen.

1. An Sonn- und Feiertagen dürfen die Kutscher nur von 7 Uhr früh bis 9 Uhr vormittags beschäftigt werden. Der Dienst erstreckt sich jedoch nur auf die Beforgung der Pferde, reinigen der Geschirre und der Stallungen. Zu anderen Arbeiten soll der Kutscher während dieser Zeit nicht verpflichtet sein.

In dem Betriebe von Karl Scheller, Berlin, Manteuffelstraße, wurden unsere Kollegen Ende Oktober ebenfalls wegen Aufbesserung ihrer Löhne vorstellig. In diesem Betriebe sind 25 Kollegen beschäftigt und sämtlich langjährige Mitglieder unseres Verbandes. Dieselben erzielten neben einigen anderen Verbesserungen im Arbeitsverhältnis eine Lohnzulage von je 3 Mk. pro Woche.

Einen sehr guten Erfolg zeitigte auch das Ergebnis der Bewegung unserer Kollegen bei der Charlottenburger Firma „Dreiflügel, Allgemeine Müllverwertungsgesellschaft“. Diese Gesellschaft besorgt die Müllabfuhr für die Stadt Charlottenburg und beschäftigt zur Zeit 95 Leute (Kutscher, Mitfahrer und Arbeiter). Vor einigen Monaten hatte unsere damalige Charlottenburger Ortsverwaltung eine Lohnbewegung in diesem Betriebe zu führen, welche beinahe an dem Widerstande des Direktoriums scheiterte. Das Organisationsverhältnis ließ denn auch bis vor nicht allzu langer Zeit sehr viel zu wünschen übrig. Nach und nach ist jedoch Besserung eingetreten, so daß wieder zur Zeit über vier Fünftel der Beschäftigten unserem Verbandsangehören. Die Leitung der Firma hat inzwischen ebenfalls ein anderes Direktorium übernommen, welches den Wünschen ihrer Arbeiter mehr Verständnis und Wohlwollen entgegenzubringen geneigt ist.

In dem Betriebe besteht ein ständiger Arbeiterausschuß, der die Wünsche und Beschwerden der Angestellten in regelmäßigen Sitzungen mit der Direktion vertritt.

Der Arbeiterausschuß hatte nunmehr von den Kutschern und Mitfahrern usw. im Oktober den Auftrag bekommen, in seiner nächsten Sitzung mit der Direktion, welche Anfang November stattfand, einen Antrag auf Lohnzulage zu vertreten, den die Kollegen in Anbetracht der Feuerungsverhältnisse gestellt hatten.

Der Betriebsdirektor wünschte, daß zu dieser Sitzung ein Vertreter unseres Verbandes mit anwesend sein möchte. Bei der hierbei stattgefundenen gegenseitigen Aussprache erklärte der Herr Direktor, daß seine Gesellschaft gewillt sei, mit dem Deutschen Transportarbeiterverband ein Tarifabkommen treffen zu wollen und unterbreitete gleichzeitig dem Arbeiterausschuß eine diesbezügliche Vorlage. Nach eingehender Beratung, wobei noch einige Abänderungen und Verbesserungen erzielt wurden, wurde beschloßen, den Tarif der Arbeiterschaft zur Anerkennung vorzulegen, welche dann ebenfalls ihre Zustimmung zum Abschluß des Vertrages gab.

Durch diesen Vertrag erhalten die einzelnen Gruppen Lohnzulagen von 1,50 bis 2 Mk. pro Woche. Der Lohn für die Kutscher und Mitfahrer erreicht durch den Tarif jetzt dieselbe Höhe wie bei der Wirtschaftsgenossenschaft in Berlin.

Die Kutscher und Mitfahrer der Speisereise und Sachwagen (letztere enthalten Papiere und Lumpenabfälle) sind zum größten Teil jugendliche ledige Leute.

Ganz besonders bemerkenswert ist, daß die Firma auch noch zum größten Teil die Versicherungsbeiträge nicht vom Lohne in Abzug bringt und auch Sommerurlaub gewährt. Diese Vergünstigung wird bisher in anderen Betrieben dieses Gewerbes den Arbeitern noch nicht gewährt. Dem Vertrag entnehmen wir:

- Die Lohnsätze werden wie folgt festgelegt:
- Für die Bedienungsmannschaften der Mischeiwagen: Kutscher 39 Mk., Mitfahrer 36 Mk. pro Woche. Für die Bedienungsmannschaften der Sachwagen: Kutscher 25 Mk. pro Woche, (nach 1 Jahr ununterbrochener Tätigkeit 26 Mk. pro Woche), Mitfahrer 21 Mk. pro Woche, (nach 2 Monaten 22 Mk. pro Woche). Für die Bedienungsmannschaften der Speisereiseiwagen: Kutscher 25 Mk. pro Woche, (nach 1 Jahr ununterbrochener Tätigkeit 26 Mk. pro Woche), Mitfahrer 21 Mk. pro Woche (nach 2 Monaten 22 Mk. pro Woche). Für die zur Zeit beschäftigten nachgenannten Arbeitergruppen bleiben die jetzigen Lohnsätze beibehalten. Stalleute 27 bis 31 Mk., Reservefahrer 27 Mk. und Verladearbeiter 30 Mk. pro Woche.

Bei Neueinstellung von Sofarbeitern werden deren Löhne je nach Alter und Fähigkeit resp. der Verhältnisse seitens der Geschäftsleitung festgelegt; jedoch sollen die Lohnsätze keinesfalls geringer als zur Zeit des Vertragsabschlusses sein, nämlich 20 bis 21 Mk.

Jedem Kutscher, Mitfahrer und Verladearbeiter wird für einen Feiertag, welcher auf einen Wochentag entfällt, der volle Lohn bezahlt. Das Fernbleiben von der Arbeit nach einem Feiertag zieht den Verlust des Lohnes für den Feiertag nach sich.

Die Lohnzahlung findet am Mittwoch nach Erledigung des Tagespensums im Fuhrbetriebsbüro statt. Die Beiträge zur Krankenversicherung, Alters- und Invaliditätsversicherung werden in voller Höhe

seitens der Firma getragen, jedoch erst dann, wenn der Arbeiter 4 Wochen ununterbrochen bei der Firma tätig war. In den ersten 4 Wochen trägt jeder Arbeiter seine Beiträge nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen.

Jedem bei der Firma beschäftigten Arbeiter wird bei ununterbrochener dreijähriger Tätigkeit ein Urlaub von 3 Tagen, bei ununterbrochener fünfjähriger Tätigkeit ein Urlaub von 6 Tagen unter Fortzahlung des Lohnes bewilligt.

Damit hat abermals eine größere Anzahl von Berufskollegen eine wesentliche Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen erreicht. Mögen die Kollegen nie vergessen, daß der Verband es war, der ihnen dazu verholfen hat und ihm insoweit auch treu bleiben.

Aus unserem Beruf. Automobilfahrer.

„Strolchen“ zum ersten Male vor dem Reichsgericht. Unter dieser Stichmarke berichtet Weich, ein Dr. jur., im „Automobilbetrieb“. Ein Chauffeur war nach Erledigung eines Auftrages anstatt sofort zurückzufahren, in die benachbarte Stadt gefahren, weil er Sehnsucht nach seiner Mutter hatte. Es war Unrecht, daß der Kollege seiner kindesliebe Herrschaft gewinnen ließ über seine geschäftsmäßige Pflicht, aber Strolchen ist denn wohl doch etwas anderes. Die geschäftliche Pflichtverletzung, die jener Chauffeur beging, wird auch dadurch noch kein Strolchen, daß er auf der Rückfahrt ein Pferdefuhrwerk beschädigte. Es ist nirgends in dem Urteil die Rede, daß der Zusammenstoß auf ein größeres Maß von Fahrlässigkeit zurückzuführen ist, als die vielen Unfälle, die sich täglich in der Großstadt ereignen und die kein Mensch auf „Strolchen“ zurückzuführen wird — wenigstens kein vernünftiger Mensch.

Als charakteristisches Kennzeichen der „Automobilstrolcherei“ sind stets die vielen Unfälle hingestellt worden, die durch die Gewissenlosigkeit der „Strolche“ meistens im Alkoholaustausch verschuldet werden. Für eine gewisse Sorte Automobilpresse ist es sogar feststehende Tatsache geworden, daß sich die „meisten“ Unfälle beim Strolchen ereignen. Diese „feststehende Tatsache“ ist zwar durch nichts bewiesen, sie wird aber immer wieder als unangreifbar hingestellt — wobei freilich die Frage offen bleibt, ob die „Herrenstrolche“ oder die „Chauffeurstrolche“ die meisten Unglücksfälle verschuldeten. Im obigen Falle ist einfach ein Zusammenstoß konstatiert — der zufällig einem Chauffeur passierte, dem keine Gewissenlosigkeit, kein Alkoholaustausch vorzuerwerfen ist, der einfach für eine kurze Spanne Zeit den Zug des Herzens über die Geschäftsinteressen seines Auftraggebers stellte. Ohne diesen Akt der Kindesliebe wäre es dem erregtesten Strolchenjäger nicht eingefallen, den Zusammenstoß mit „Strolchen“ in Verbindung zu bringen. Wir widmen diesem, an sich wenig beachtenswerten Fall, so viel Raum und Zeit, weil er typisch dafür ist, wie die kapitalistische, also chauffeurfeindliche Autopresse, die Fabrikation von „Strolchereien“ betreibt.

Der Auftraggeber des Chauffeurs wurde in allen Instanzen zur Haftung des Schadens verurteilt, der durch den Zusammenstoß herbeigeführt wurde. Auch darüber entrüstet Weich sich — für einen Dr. jur. immerhin ein beträchtliches Stückchen Arbeit, die anerkannt werden soll. Weich sagt, der Unfall ereignete sich bei einer Fahrt, zu der der Bestzer des Wagens keinen Auftrag gegeben hatte — ergo

Weich verteidigt u. G. den Zweck des Haftpflichtgesetzes. Der Zweck ist doch, den Geschädigten den Schaden zu ersetzen. Wird der Mann verurteilt, der nichts hat, so bleibt der Geschädigte immer der Betrogene. Die Kosten für den angerichteten Schaden muß der Bestzer tragen. Und das ist — wenigstens heute noch — gut so. Der Wagenbesitzer ist verpflichtet, bei der Auswahl des Chauffeurs mit der nötigen Umsicht vorzugehen. Es ist aber unbestreitbare Tatsache, daß die Eigentümer sich weniger um die Qualität des einzustellenden kümmern, als um seine Gehaltsansprüche. Wer den niedrigersten Lohn verlangt, wird eingestellt. Wenn dann die Wagenbesitzer die „gesparten Löhne“ in der Form von Entschädigungsgeldern wieder los werden, so mögen sie das als Lehrgeld betrachten: daß die Niedrigkeit der Löhne durchweg im gleichen Verhältnis steht zur Intelligenz des Chauffeurs. Ein Chauffeur, der vom tiefen Pflichtgefühl durchdrungen ist, weiß, was er wert ist und wird niemals für einen Hundelohn arbeiten. Zwingt ihn die kalte Not, das bitre Glend dennoch, einen Posten mit solcher Entlohnung anzunehmen, dann ist es nur menschlich — und wer Mensch ist, wird das begreifen — daß der fällige Unternehmer keinen pflichtgetreuen, sondern einen verbitterten Arbeiter hat.

Solange der Unternehmer also die nötige Umsicht nicht walten lassen will, solange er nicht nach der moralischen und beruflichen Qualifikation des Bewerbers entscheidet, sondern seinem Geldbeutel den bestimmenden Einfluß bei der Wahl des Chauffeurs ausüben läßt — solange geschieht ihm Recht, wenn er „Lehrgeld“ zahlen muß.

Die hohe Gefängnisstrafe, die Weich für den Chauffeur verlangt, wird daran nichts ändern. Es ist nur die Illustration der alten Geschichte. Weil K. es für überflüssig hielt, den J. richtig zu erziehen, läßt K. den J. bestrafen. Für K. kann man auch sagen, oder „Automobilwelt“ oder den Namen sonst irgend einer chauffeurfeindlichen Zeitung — sie alle tragen die Haupt-

Auf die Schanzen

denkenden Proletarier, bei diesem Kampfe um hohe Ziele ihre ganze Kraft in die Waagschale werfen zu können, deshalb tragen sie unermüdetlich von Mund zu Mund die Aufklärung und Begeisterung für den kulturfördernden Krieg gegen alles, was reaktionär und volksfeindlich ist. Und in aller Munde ist die Parole: **Pflanzt die roten Fahnen auf!**

ruft die Reichstagswahl das deutsche Volk: Auf die Schanzen zum Kampfe für Wahrheit, Freiheit und Recht, gegen geistige und materielle Unterdrückung und Ausbeutung. Es ist der Stolz und die Genugtuung aller zielbewußten

Hört, hört! Die Allgemeine Automobil-Zeitung schreibt:

„An 13 Chauffeure, die je 5 Jahre bei dem gleichen Wagenbesitzer tätig waren, konnte der Frankfurter Automobil-Club in diesem Jahre je 50 Mk. Prämie aus dem dafür bestimmten Fonds, im ganzen also 650 Mk. auszahlen.“

„Blickt man die Chauffeure“ betitelt die Zeitung obige Notiz. Richtiger hätte die Überschrift gelautet: „Es gibt anscheinend auch vernünftige Automobilbesitzer“ — Wären die Wagenbesitzer von der Durchschnittsqualität, kein Mensch hätte es fünf Jahre bei ihnen ausgehalten.

Ein Nachspiel zur Herkometerfahrt 1907. (Urteil des Reichsgerichts vom 27. November 1911.) Die Herkometerfahrt, die bekanntlich keine Schnelligkeitskonkurrenz, sondern eine Zuverlässigkeitsfahrt für die einzelnen Wagenysteme sein sollte, hatte am 4. Juli 1907 in der Nähe von Erfurt einen Zusammenstoß zweier Automobile zur Folge gehabt. Bei diesem Zusammenstoß war der Dekorateur K. in Charlottenburg, der in dem einen Wagen mitfuhr, erheblich verletzt worden. Er behauptete, der Zusammenstoß sei auf die Schuld des später verstorbenen Leutnants F. zurückzuführen, und klagte deshalb gegen dessen Erben auf Schadenersatz. Landgericht und Kammergericht Berlin hatten auch der Klage stattgegeben. Sie hatten als erwiesen angesehen, daß der Beklagte an der Unfallstelle mit großer Geschwindigkeit — ein Zeuge hatte von Schnellzugsgeschwindigkeit gesprochen — den anderen Wagen habe überholen wollen. Hierbei habe das rechte Hinterrad des F.'schen Kraftwagens das linke Vorderrad des in gleicher Höhe befindlichen K.'schen Kraftwagens gefaßt. Dieser sei zur Seite geschleudert worden und der Lenker habe mit kurzem Ruck nach links steuern müssen, um nicht gegen die Chauffeebäume zu fahren. Bei dieser plötzlichen Wendung sei der Wagen umgeschlagen und der Kläger verletzt worden. Das Umstürzen des Wagens sei auf das Anfahren beim schnellen Überholen durch den F.'schen Wagen zurückzuführen. Den Lenker des angefahrenen Wagens könne keine Schuld deshalb treffen, weil er im Augenblick der dringenden Gefahr vielleicht nicht den richtigen Entschluß gefaßt habe. — Die Revision bekämpfte in der Hauptsache die tatsächlichen Feststellungen der Vorinstanzen und die daraus hergeleitete Beweislast. Der Zusammenstoß sei nicht durch das schnelle Überholen, sondern durch das Umstürzen des voranfahrenden Wagens herbeigeführt. Vor allem aber habe das Berufungsgericht nicht berücksichtigt, daß es sich um eine Wettfahrt gehandelt habe und daß jeder, der an einer solchen teilnehme, sich freiwillig der Gefahr aussetze und deshalb keinen Schadenersatz verlangen könne. — Das Reichsgericht wies aber die Revision zurück und führte dabei aus, gerade die Behauptung der Revision sei verfehlt, daß die Herkometerfahrt 1907 eine Schnelligkeitskonkurrenz gewesen sei, es habe sich dabei lediglich um eine Zuverlässigkeitsfahrt gehandelt.

Hamburg. Branche Kraftwagenführer. Mitgliederversammlung am 22. November. Kollege W. hielt ein vorzügliches Referat über die kommenden Reichstagswahlen. Redner streifte die drückende Steuerlast, die riesigen Ausgaben für Militarismus und Marine, die Kornzölle, die gestiegenen Fleischpreise zc., hob die Tabaksteuer und die dadurch unter den Tabakarbeitern hervorgerufene große Arbeitslosigkeit und Armut hervor und betonte zum Schluß, daß es nicht genüge, wenn man am Tage der Reichstagswahl seine Stimme in richtigem Sinne abgebe, sondern man müsse unter allen Umständen auch Mitglied der Partei und Wortführer der Parteipresse sein. Kollege W. schloß sich den Ausführungen an, und forderte die Kollegen auf, die Generalanzeigerpreise aus den Wohnungen verschwinden zu lassen. Die von der Sektionsleitung herausgegebenen Fragebogen betr. Strafverfügungen haben gezeigt, daß enorme Strafen verhängt sind. Besonders trifft dieses bei den Altonaer Kollegen zu, diese haben das zweifelhafte Vergnügen, in Hamburg und in Altona bestraft zu werden. Die Summen, welche einzelnen Chauffeuren auferlegt sind, übertreffen teilweise die Steuern, welche für ein Einkommen von 6—8000 Mk. zu zahlen sind, übersteigen diese doch bei Einigen die Höhe von 200 Mk., ja sogar 300 Mk. für das Jahr 1911. — In das Festkomitee werden die Kollegen Scheel, Bausin, Westphal, Appelles, Leitzow, Wehbe und Möller gewählt. — Der Antrag der Berliner Kollegen, welcher eine Konferenz der Automobilfahrer wünscht, wird als sehr zweckmäßig bezeichnet und allseitig unterstützt. Es wird Besichtigung beim Verbandsvorstand beschlossen. Kollege Jacobich beantragt nochmals den Ausschluß der Mitglieder G. und W. Der Antrag wird der Ortsverwaltung überwiesen. — Ein Antrag, den Posten beim „Belvedere“ nur von der „Insel“ um 10 Uhr abends zu befahren, wird infolgedessen angenommen, daß dieses ab 1. Dezember geschehen soll. — Die Zeitung wird beauftragt, eine Eingabe an die Gemeinden an der Elbchauffee zu richten, betreffs Freigabe der Chauffee an den Sonntagen während der Wintermonate. — Nach Erledigung einiger Internas erfolgte Schluß der sehr gut besuchten Versammlung.

Vierfahrer.

Berlin. Eine Teuerungszulage bewilligte der Verein der Brauereien Berlins u. Umgegend allen den Arbeitnehmern, welche in Betrieben beschäftigt werden, die Mitglied dieses Vereins sind. Ueber diese Angelegenheit wurde in einer Branchenversammlung unserer Kollegen aus den Brauereien Berlins, welche am 29. November stattfand, folgendes berichtet: Infolge der herrschenden außergewöhnlichen Teuerung und der dadurch ebenfalls ungünstig beeinflussten wirtschaftlichen Lage der Arbeiter in den Brauereien Berlins sei der Wunsch unter der Arbeiterschaft laut geworden, daß die Brauereien neben den tariflichen Lohnsätzen eine Teuerungszulage gewähren möchten. Das „Kartell“ der in den Brauereien Berlins vertretenen Transportarbeiter- und Hauswerker-Organisationen habe zu dieser Frage Stellung genommen und beschlossen, trotz des bestehenden Lohnsatzes an den Verein der Brauereien einen schriftlichen Antrag zwecks Gewährung einer den Verhältnissen entsprechenden Teuerungszulage zu stellen. Dem Beschlusse ist dann der Vorstand der Brauerei- und Mühlenarbeiter beigetreten. Der Verein der Brauereien habe den Wünschen der in seinen Betrieben beschäftigten Arbeiter Rechnung getragen und auf die Dauer von vier Monaten eine Teuerungszulage von 1 Mk. pro Woche für jeden Arbeiter bewilligt. Der diesbezügliche Bescheid an die Organisation hat folgenden Wortlaut: **Verein der Brauereien Berlins und Umgegend.**

Berlin, 24. 11. 1911.
Im Anschluß an unser Schreiben vom 6. November d. J. teilen wir Ihnen hierdurch mit, daß der Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend in seiner Sitzung vom 21. d. M. beschlossen hat, sämtlichen Kategorien der in den Vereinsbrauereien beschäftigten Arbeitnehmer auf die Dauer von vier Monaten eine außerordentliche Zulage von wöchentlich einer Mark als Teuerungszulage zu gewähren. Die Zulage gelangt zum ersten Male am Freitag, den 1. Dezember d. J., zur Auszahlung und wird zuletzt am Freitag, den 29. März 1912, gezahlt werden. Wir weisen bei dieser Gelegenheit ausdrücklich darauf hin, daß Änderungen an dem geltenden Tarifvertrag vom 12. Mai 1910 grundsätzlich nicht zugelassen werden können, und daß auch durch die in Aussicht genommene Teuerungszulage eine Abweichung von den Bestimmungen des Tarifvertrages in keiner Weise zum Ausdruck gebracht werden soll. Hochachtungsvoll

Der Syndikus
gez. Dr. Hermann Müller.“
Es wurde sodann noch weiter berichtet, daß alle in Frage kommenden Organisationen nunmehr gemeinsam einen gleichen Antrag auf Teuerungszulage allen den Brauereien, die dem genannten Verein nicht angehören, eingereicht haben, ferner, daß auch noch der Antrag an die Brauereien um Freigabe des 12. Januar (Reichstagswahl) eingereicht worden sei. Die Bescheide hierüber stehen zurzeit noch aus. Nachdem noch über die Erledigung einiger Differenzen und Streitfälle aus einigen Brauereien, die sich auf Entlassungen und sonstige Vorkommnisse bezogen berichtet, hielt der Schriftsteller Genosse Karl Schulz einen interessanten, von großer Sachkenntnis zeugenden Vortrag über „Bedeutung in gewerblicher, geistiger und sittlicher Beziehung in der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, dem die Anwesenden mit großer Aufmerksamkeit folgten, und dem Redner großen Beifall zollten.“

Goldner Segen. Während die ganze Menschheit — wobei wir bitten, das Wort Menschheit nur in des Wortes edelster Bedeutung zu nehmen, die Junfer und ähnliche Schmarotzer sind also ausgeschlossen — unter den Wirkungen und Folgen des heißen Sommers schwer leidet, reiben sich die Brauereigerwaltigen vergnügt die Hände. Sie haben wahrlich Ursache genug dazu: was die Regierung, rechte Schnapsblöde, begann, hat der heiße Sommer vollendet. Zur Finanzaufbesserung hat das „Brauereiwesen“ bekanntlich 100 Millionen Mark beizutragen müssen. Das Brauereiwesen betrachtete diesen 100 Millionen-Aufwand als eine günstige, reiche Zinsen tragende Kapitalanlage. Mit virtuoser Geschicklichkeit verstanden es die Brauereikapitalisten, durch Erhöhung des Bierpreises den Konsumenten in die Rolle des Geldgebers zu versetzen, während sie selbst die Zinsen einheimsteten. Als gewiegte Geschäftsleute wußten sie nämlich, daß der Konsument nicht gerne belästigt ist; sie rundeten deshalb den Preis des Bieres nach oben ab und befreiten so den Konsumenten von der Last der Pfennigrechnung. — So wuchsen aus den Mehrerträgen des Reiches aus der Biersteuer — die der Konsument zahlen muß — den Brauereien recht beträchtliche Zinsen — die ebenfalls der Konsument tragen muß. . . Der heiße Sommer 1911 hat dem Weizen der Brauereien sehr gut getan. Die Wirkung der Sonne wird allerdings erst in den nächstjährigen Geschäftsberichten klar hervortreten, aber auch in die diesjährigen Berichte fällt schon ein Strahl ihres goldenen Lichts.

Vor einigen Tagen brachte der Hamburgische Korrespondent reichhaltiges Zahlenmaterial über die Geschäftsergebnisse der Hamburger Bierbrauereien. Der Bericht umfaßt fünfzehn Brauereien, die in den Jahren 1907 bis 1911 folgende Einnahmen hatten:

Geschäftsjahr	Einnahmen
1907/1908	21 783 645 Mk.
1908/1909	21 459 050 "
1909/1910	23 787 964 "
1910/1911	25 050 645 "

Von den fünfzehn Brauereien haben zwölf ihre Dividenden erhöht, während drei die alte Dividende beibehielten.

	Gesamt- Aktienkapital	Gezahlte Durchschnitts-Dividende
1909/10	22 181 000 Mk.	1 830 169 Mk. 8,25 pCt.
1910/11	22 181 000 "	2 148 266 " 9,68 "

Es war also möglich, an Dividenden im letzten Jahr 318,097 Mk. = 17,3 pCt. mehr zu verteilen als im Vorjahre. Da der Umsatz aber nur um 5,31 pCt. gestiegen ist, so bringen die Zahlen den deutlichen Beweis, daß eine Steuerbelastung unter Umständen ein sehr rentables Geschäft sein kann — wobei wir allerdings die seit der „Steuerbelastung“ stark gestiegene Intensität der Arbeit, d. h. die stärkere Ausbeutung der Brauereiarbeiter aller Kategorien nicht außer Rechnung lassen dürfen. Im Bericht heißt es dann weiter:

„Der Umstand, daß diese Resultate erzielt wurden, ohne daß die Betriebe der Brauereien voll ausgenutzt wurden, eröffnet die Aussichten auf eine weitere günstige Rentabilität des Brauereiwesens, wenn der Absatz weiter steigt. Unter normalen Verhältnissen muß sich schon allein aus der Zunahme der Bevölkerung eine Absatzsteigerung ergeben. . . Nun sind allerdings die Aussichten für eine allgemeine Absatzsteigerung im nächsten Jahre nicht besonders günstig. Die Teuerung in den notwendigen Lebensmitteln zwingt zu einer Einschränkung des Biergenusses der Arbeiterklasse.“

Soffentlich vergessen die Herren nicht, daß auch die Brauereiarbeiter aller Kategorien unter dieser Teuerung schwer leiden. Bei der letzten Lohnbewegung in Hamburg war von einer solchen Einsicht wenig zu spüren. Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Brauereidividende in den letzten fünf Jahren. Es verteilen Dividende in Prozenten:

Jahr	Waldschlösschen-Brauerei	Adolf-Brauerei	Sollers-Brauerei	Berch's-Brauerei	Hammer-Brauerei	Paritätlicher Brauereiverein	Sanjo-Brauerei	Stille-Brauerei
1907	9	4	10	9	6	5 1/2	10	9
1908	9	4	11	9 1/2	5	3	10	9
1909	8	4	11	8 1/2	5	3	10	9
1910	9	5	12	8 1/2	6	4 1/2	10	9
1911	11	7	13	10	7 1/2	6 1/2	10	9

Jahr	Waldschlösschen-Brauerei	Adolf-Brauerei	Sollers-Brauerei	Berch's-Brauerei	Hammer-Brauerei	Paritätlicher Brauereiverein	Sanjo-Brauerei	Stille-Brauerei
1907	7	21	5	8	5	4	5	5
1908	7	21	6	8	5	0	0	0
1909	7	21	6	8	5	0	0	0
1910	8	21	6	8	6	4	6	6
1911	10	23	8	8	8	6	6	7

Bei solchen Entbehrungslöhnen läßt sich die Teuerung schon gottgegeben ertragen. Natürlich hätten die Brauereien noch höhere Dividenden ausschütten können, aber man will den Segen wohl nicht zu offensichtlich werden lassen. Deshalb werden außerordentlich reiche Abschreibungen vorgenommen. Im Bericht wird angegeben:

„Mehr oder weniger haben die Brauereien den günstigen Verlauf des vergangenen Jahres dazu benützt, die stillen und offenen Reserven zu verstärken.“

In welchem Maße Abschreibungen vorgenommen werden, dafür einige Beispiele. Die gesamten Maschinen und Geräte der Elbischlösschen-Brauerei stehen mit einer Mark zu Buch. Die Maschinen der Vereins-Brauerei, die gewiß hunderttausende wert sind, sind bis auf 10 000 Mk. abgeschrieben. Dieselbe Brauerei stellt ihren Bestand an Lagerfässern, Transportfässern, Mobiliten und Geräte, Wagen und Pferde und ihr ganzes Flaschenbiergeschäft mit je zwei Mark in Rechnung. Mit Ausnahme der Pferde und Wagen, die drei Mark gelten, hat die Warmbäder die genannten Sachen bis auf eine Mark abgeschrieben. Auch das Flaschenbiergeschäft der Hansa ist mit einer Mark bezahlt. Ebenso verfahren noch Bürgerliches Brauhaus, Aktien-Bierbrauerei, Hammonia und Winterhuder Brauerei, während die andern Brauereien für diese Sachen größere, aber auch an den wahren Wert nicht heranreichende Summen eingesetzt haben.

Alles in allem ist der heiße Sommer, der so mancher hungernden Familie auch noch das kargliche Nahrungsmittel, die Kartoffel, stark verteuerte oder ganz raubte, für die Brauereien ein „Segen des Himmels“ gewesen. Hoffentlich sorgen unsere Kollegen durch intensive Agitation unter den uns noch Fernstehenden dafür, daß die Organisation in Zukunft noch besser als bisher die Rechte der Brauereiarbeiter wahrnehmen kann. Nur eine starke Organisation kann eine kleine Ader des goldenen Segenstroms in unsere Tasche leiten — in die Tasche derer, aus deren Schweiß das Gold geprägt wurde.

Droschkenführer.

Berlin. Am Montag, den 20. November hatten sich die Kollegen Droschkenführer zu einer Versammlung recht zahlreich eingefunden. Der Bezirksleiter referierte über das Thema: „Unsere Entwicklung zum Gewerkschaftsverband“. Medner schilderte die Gewerkschaftsbewegung in den sechziger und siebziger Jahren und die Gründung der Lokalvereine im Jahre 1883, besonders der Handelsarbeiter und Droschkenführer, dann durch die wirtschaftliche Entwicklung notwendig gewordene Gründung unseres Zentralverbandes im Jahre 1897. Der Referent besprach auch die mit Erfolg durchgeführten Lohnkämpfe der Kohlenarbeiter und Kollkutscher im Jahre 1898 sowie der Straßenbahner im Jahre 1900 und den späteren Anschluß der Lokalvereine Handelsarbeiter und Droschkenführer und den siegreich durchgeführten Lohnkampf der Automobilisten im Jahre 1907.

Auf den Anschluß der Hafnarbeiter und Seeleute eingehend zeigt Medner, daß von ca. 600 000 Berufscollegen nahezu 200 000 in unserem Verband organisiert sind. Auch die uns noch fernstehenden Lokalvereine werden bald zu uns kommen müssen. Der Referent führt nun die für unsere Kollegen erzwungenen Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen an, auch die großen Summen, die bei Maßregelung und Streikunterstützung gezahlt werden konnten, wie aber auch die Polizei den Unternehmern bei unseren Kämpfen zur Seite steht und uns dadurch den Kampf erschwert. Auch die großen wirtschaftlichen Vorteile, die die Kollegen beim Anschluß an unseren Verband haben, werden erwähnt. Gewaltige Summen sind es, die bei Arbeitslosigkeit und Krankheit an unsere Kollegen bei verhältnismäßig niedrigen Beiträgen gezahlt werden könnten. Die Feuerungsverhältnisse und die verkehrte Zoll- und Wirtschaftspolitik schäbend fordert Medner die Kollegen auf, sich an den kommenden Reichstagswahlen zu beteiligen. Dann wünschte ein Kollege die Einführung der Sonntagsruhe im Droschkengewerbe, wie dieselbe schon früher gefordert wurde. Nach einigen Mitteilungen wurde die Versammlung geschlossen.

Königsberg i. Pr. Am Freitag, den 10. d. M. hielt die Sektion der Droschkentischer eine Mitglieder-versammlung ab, die stark besucht war. Genosse Donalies referierte über die Stadtverordnetenwahlen. In kurzen, scharfen Zügen beleuchtete er das Verhalten der liberalen Partei im Stadtparlament und ersuchte die Anwesenden, alle Kraft einzusetzen, um unseren Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Mit großem Beifall wurde das Referat angenommen. Hierauf berichtete Werner über die Eingaben der Droschkentischer an den Magistrat und die königliche Polizeibehörde. Die Petition an den Magistrat um Errichtung einer Fahr- und Fachschule für Kutscher und Chauffeure sei von ihm abgelehnt worden mit der Begründung, daß der Magistrat nicht zuständig sei. Maßgebende Vereine und Körperschaften hätten am heutigen Tage eine Sitzung einberufen, zu der auch die Arbeitgebervereine hinzugezogen worden wären, um über die Errichtung einer Fahr- und Fachschule zu debattieren. Es sei außerdem eine Kommission in den verschiedenen Städten gewesen, um die vorhandenen Fahr- und Fachschulen zu beschichtigen. Es heiße nun abwarten, was geschehen werde. Die Eingabe habe mithin den einen Erfolg gehabt, daß an die Errichtung einer Schule wenigstens gedacht werde. In den jetzt bestehenden Chauffeurschulen würden die Schüler geradezu ausgebeutet. In der Steilen Straße befindet sich solch ein Privatunternehmen, welches für schweres Geld den Leuten die Geschicklichkeit zum Fahren beibringe. Daneben vermiete der Unternehmer an die Leutenden für 1 Mk. pro Tag Schlafstellen, welche sich auf dem Boden befinden und aus einem einfachen Lager beständen. Dieses sei eine ganz nette Nebeneinnahme, wenn man durchschnittlich fünf Mann rechne. Die Kutscher hätten das größte Interesse an der Errichtung einer Fahr- und Fachschule, denn jeder Kutscher würde sich seines Wertes und seiner Arbeitskraft bewußt werden und sich nicht mehr für billiges Geld dem Unternehmer verkaufen. Gleich einem Notschrei der Kutscher wäre die Petition an den Polizeipräsidenten anzusehen. In dieser Petition sei verlangt worden, daß der Polizeipräsident die Schulpunkte anweisen sollte, die Droschkenordnung loyal zu handhaben. Desgleichen sollten die Schulpunkte die Kutscher bei Übertretung der Straßenordnung durch Zutritt auf die Übertretung aufmerksam machen, damit es ihnen möglich sei, eventuell Gegenbeweis zu führen. Ebenso sollte den Schulpunkten verboten werden, sich beim Feststellen von Namen den Kutschern gegenüber gewisser Worte zu bedienen. Wenn die Kutscher nun erwarteten, die Polizeibehörde würde ihrem Verlangen nachkommen, so hätten sie sich arg getäuscht. Während der Zeit, wo die Kutscher auf Antwort warteten, hätte es Strafmandate geregnet. Bis neun Strafmandate in einer Woche, in der Höhe von je 2 bis 15 Mk. für den einzelnen Kutscher wären keine Seltenheit gewesen. Um diese große Arbeit zu schaffen, habe die Polizeibehörde die Formulare gleich vervielfältigen lassen, denn Zeit zum Schreiben sei nicht mehr dagewesen. Die Kutscher sollten deshalb jedes Strafmandat, welches sie er-

hielten, der Verbandsleitung zustellen, damit die Öffentlichkeit auch einmal erfahre, welche große Summen die Parameterkutscher zahlen mußten. Die Antwort auf die Eingabe sei nun eingegangen. Der Polizeipräsident erklärt, daß die Eingabe völlig unbegründet wäre. Bei den Strafen würde nicht kleinlich vorgegangen (fünf Strafanzeigen bei einer Fahrt sei nicht kleinlich), sondern die Kutscher würden recht human behandelt. Dann ersuchte der Referent die Kutscher gegen die betreffenden Schulpunkte, die sich Uebergriffe zuschulden kommen lassen, Anzeige zu erstatten. Die Droschkenordnung stellt sich dem Berliner Unikum zur Seite. Es wäre an der Zeit, daß sich die Kollegen dagegen zur Wehr setzten. In der darauffolgenden Diskussion kamen verschiedene Anzeigen zur Sprache, die ein allgemeines Kopfschütteln verursachten. So wurde von mehreren Kollegen berichtet: Das Zurufen der Beamten bei Uebertretung der Straßenordnung wäre bis jetzt nicht geschehen, trotzdem der Herr Polizeipräsident es verfügt haben wolle. So habe ein Schuttmann 8,20 Uhr morgens eine Droschke auf dem Mittelstraßenmarkt notiert, weil der Kutscher nicht auf die rechte Straßenseite gefahren wäre. (Der Fahrgast wohnte auf der linken Straßenseite und die Mitte war gesperrt.) Trotzdem der Schuttmann unweit der Droschke stand, habe er es nicht für nötig gehalten, den Kutscher auf die Uebertretung aufmerksam zu machen. Dann seien die Kutscher bestraft worden, weil sie mitten in der Nacht, wo jeder Verkehr auf den Chausseen ruhe, am Wasserwerk in der Fuchsberger Allee, am Korintzenbaum, Matschhof usw. nicht die rechte Straßenseite gehalten hätten. Ein Kutscher sei sogar bestraft worden, weil er das Eigentum dem Fahrgast zurückergeben hätte. Sogar der Herr Stadtverordneter-Prohne hätte die unliebsame Wirkung der Polizeiverordnung bei einer Fahrt nach seiner Wohnung in der Lawitzer-Allee verspüren müssen. Er hätte den Kutscher eruchtet, auf der linken Straßenseite zu fahren und nicht zwischen den ausgefahrenen Gleisen der Straßenbahn, denn er könnte im Wagen nicht stillstehen. Der Kutscher hätte ihm aber sofort ein Strafmandat für denselben Weg gezeitigt. Herr Prohne hätte dem Kutscher versprochen, sich bei den zuständigen Instanzen zu beschweren. Laut Droschkenordnung seien die Schulpunkte verpflichtet, wenn sie einem Kutscher den Fahrschein fortnehmen, denselben innerhalb 24 Stunden dem Verkehrssekretariat einzufenden. Ein Kutscher, dem der Fahrschein entzogen war, wollte sich nach dem Grunde der Entziehung auf dem Verkehrssekretariat erkundigen; er erfuhr aber, daß der Beamte seiner Pflicht noch nicht nachgekommen war. Als er seiner Verwunderung darüber Ausdruck gab, erhielt er zur Antwort: „Ach, Sie sind auch schon so schlau!“ Auf der einen Seite verlange die Polizeibehörde von den Kutschern, daß sie die Fahrordnung auswendig kennen sollen, auf der andern Seite nehmen die Beamten das Übel. Aus diesen Einzelfällen ersehe man, daß die Polizeibehörde gegen die Parameterkutscher tatsächlich kleinlich vorgehe. Es wurde sodann eine Kommission gewählt, welche die weiteren Schritte beschließen soll.

Fensterputzer.

Darmstadt. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Fensterputzer und die Behandlung seitens der Unternehmer. Am Sonntag, den 25. November, tagte eine Versammlung für die Fensterputzer, welche gut besucht war. Der Geschäftsführer führte den Kollegen vor Augen, daß nur durch die Organisation heute noch etwas zu erreichen ist, zumal das Unternehmertum in dieser Branche daselbe ist wie in anderen Berufen. Immer mehr Profit aus den Arbeitern herauszuziehen und ihnen wenig Rechte zu geben ist das Stiefenpferd aller Unternehmer. Leider begreife mancher Arbeiter nicht, wozu das Ziel dieser Herren gehe, und könne man auch von den Fensterputzern behaupten, daß es immer noch Kollegen gäbe, die nur am Bierisch räsonnieren und wenn Versammlung ist, erklären sie einfach, sie haben keine Zeit. Am Schluß seiner Ausführungen kam der Redner auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei den Kollegen Fensterputzern zu sprechen, dabei betonend, daß zu gleicher Zeit die Behandlung auch zu wünschen übrig lasse. In der sich anschließenden Diskussion wurden die Ausführungen nicht nur bestätigt, sondern noch näher illustriert. So wurde festgestellt, daß der Lohn bei einer nahezu 11stündigen Arbeitszeit 19 bis 21 Mk. beträgt. Ein 42 Jahre alter Mann erhält den horrenden Lohn von 19 Mk. mit dem er Frau und 6 Kinder ernähren soll. Bei der Firma Gödel sowohl als auch bei Schäfer läßt die Behandlung sehr zu wünschen übrig. Die Kolonnen, die da manchmal nur so fliegen, werden wir uns merken. Für heute möchten wir den Herren Unternehmern aber den einen Rat geben, daß es jedenfalls im beiderseitigen Interesse liegt, wenn man dem Arbeiter etwas zu sagen hat, dies in konfliktloseren Formen geschieht. Besonders wenn die Unternehmer etwas tief ins Glas geguckt haben, lassen sie sich leicht gehen. Auch die Festslegung der Arbeit wurde kritisiert. Oft machen die Kollegen die Rechnung ohne den Meister, der einfach erklärt, „Sie haben nur das zu machen, was Ihnen befohlen wird“. Verfährt dann der Kollege so, dann beschwert sich die Kundschaft über unbotmäßiges Benehmen und der Meister schimpft dann, weil der Geselle nicht das getan, was die Kundschaft verlangt hat. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erörtert waren, und die nichtorganisierten Kollegen ihren Beitritt zum Verband erklärten, wurde die Versammlung geschlossen. Mögen die Kollegen Fensterputzer aus dem Verhalten der Unternehmer lernen, daß es besser ist, mit seinen Kollegen zu fühlen und mitzuarbeiten in der Organisation um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, was jedenfalls angebrachter ist, als beim Unternehmer lieb Kind und Demuziant zu spielen.

Hafnarbeiter.

Die Lohnerhöhung des Hafnetriebsvereins war am 26. November Gegenstand der Beratung einer außerordentlich stark besuchten Versammlung der Schauerleute und Kaitarbeiter. Der Sektionsleiter wies eingangs darauf hin, daß lebhft in allen Blättern gestanden habe, der Hafnetriebsverein habe den Lohn um 20 Pf. erhöht. Von der Organisation sei keine Forderung von 20 Pf. gestellt worden. Wenn schon von der Organisation Forderungen an den Hafnetriebsverein gestellt würden, dann würden Forderungen der Fenerung entsprechend gestellt werden, aber wegen 20 Pf. würden keine Machtmittel angewendet werden. Ganz eigentümlich erscheine es, daß der Hafnetriebsverein mit einem Male mit einer Lohnerhöhung komme. Im Jahre 1896 sagten die Arbeitgeber: Wir lassen uns nichts abzwängen. Als sich die Schauerleute dann 1898 zu einer Lohnforderung rüsteten, legten die Arbeitgeber 30 Pf. zu. Das erfolgte 1906 wieder, und zwar auch 30 Pf. Und jetzt hat man eine Lohnerhöhung von 20 Pf. angenommen. Alle diese Zulagen sind „freiwillig“ erfolgt. Das Eigentümliche dabei ist aber, daß gerade dann immer der Lohn erhöht wurde, wenn sich die Arbeiter zu einer Forderung rüsteten. Bisher sind die Arbeiter mit diesen Erhöhungen zufrieden gewesen, jetzt aber, da die Mieten und Lebensmittel so enorm gestiegen sind, steht diese Erhöhung zu der Sicherung in keinem Verhältnis. Der Ausschuß der Kaitarbeiter hat mehrere Male Anträge auf eine Lohnerhöhung gestellt, aber der Kaitdirektor Winter hat es nicht einmal für nötig gehalten, diese Anträge an seine Behörde einzureichen. Die Staatskaitarbeiter standen seit 1896 auf einem Lohn für feste Arbeiter von 3,60 Mk., gelbe Karten 3,30 Mk., grüne Karten 3 Mk. und Gelegenheitsarbeiter ebenfalls 3 Mk. Jetzt steht der Lohn dieser Arbeiter auf 4,20 Mk., 4 Mk., 3,80 Mk. und 3,60 Mk. Die Hamburg-Amerika-Linie bezahlte 1893 den festen Arbeitern 3,80 Mk., blaue Karten 3,60 Mk., 1894 erhielten die festen Arbeiter 3,40 Mk., Hilfsarbeiter 3,20 Mk. und Gelegenheitsarbeiter 2,80 Mk., der Lohn war also reduziert worden. 1895 wurde er wieder erhöht auf 3,50 Mk. für feste Arbeiter 3,20 Mk. und 3 Mk. Jetzt steht er auf 4,20, 4, und 3,60 Mk. Auch bei der Boermann- und Lebantelinie stand der Lohn wie bei der Hamburg-Amerika-Linie, nachdem jedoch der Hafnetriebsverein die Vermittlung übernahm, reduzierte man den Lohn auf 3,60, 3,40 Mk. und jetzt ist er wieder auf 3,80 Mk. und 3,60 Mk. erhöht worden. Wie sieht es aber mit der Annahme dieser Arbeiter aus? In vielen Fällen arbeiten die beiden letztgenannten Kategorien kaum einen vollen Tag, deshalb hat man auch den Tag in vier Teile eingeteilt, und dafür wird bezahlt: für ¼ Tag 85 Pf., ½ Tag 1,70 Mk., ¾ Tag 2,55 Mk. und einen ganzen Tag 3,40 Mk., jetzt 3,60 Mk. Und damit soll ein Familienbrot auskommen? Vom Verbande ist immer versucht, die Löhne dieser Leute auf die Höhe der Löhne der Staatskaitarbeiter zu bringen, da die Arbeit dieser Leute ebenso wertvoll ist wie die der anderen Kaitarbeiter, aber es ist nie gelungen, für diese Leute bessere Positionen zu schaffen. Der Hafnetriebsverein macht auch noch unter den als Schauerleute Arbeitenden eine Schiebung, denn sobald er glaubt, daß sie als Schauerleute nicht mehr arbeiten können, schiebt er sie nach dem Rat für den Lohn von 3,40 Mk. Als der Redner dann die Versammlung fragt, ob sie glaube, daß die Lohnerhöhung den Verhältnissen entspricht, schaltete ihm ein einstimmiges Nein entgegen. Der Hafnetriebsverein, so fuhr er dann fort, habe 1909 gesagt, die Arbeiter hätten jetzt eine derartige Lohnerhöhung bekommen, daß sie den Verhältnissen entspreche. Die Zeiten hätten sich nicht geändert, eine Verteuerung sei nicht erfolgt. Auch die Kontraktarbeiter seien mehrere Male um eine Lohnerhöhung eingekommen, aber immer abgewiesen worden. Glaubte man denn, daß durch die Einrichtung von Verkaufsstellen billiger Seife für die Arbeiter schon genug getan sei? In der Bürgerschaft haben die Stauer behauptet, die Löhne im Hamburger Hafen seien derartig hohe, daß dadurch die Waren verteuert würden. Die Behauptung, daß die Löhne im Hamburger Hafen die höchsten sind, sei eine grobe Unwahrheit. In Danzig, Königsberg, Lübeck und verschiedenen anderen Städten seien die Löhne höher. Daß die Stauer einen auskömmlichen Lohn zahlen könnten, dafür wolle er aus der Fülle der Beispiele folgendes herausgreifen: In einem Schiffe habe ein Stauer abzüglich aller Unkosten in fünf Tagen 1000 Mk. rein verdient. Der Beweis sei in den Händen der Organisation. Jetzt, nachdem in der Bürgerschaft die Ausführungen gemacht sind, sind die Redner und Stauer dabei, Beweise dafür zu sammeln, daß durch die Löhne der Hafnarbeiter die Waren verteuert werden. Wir wissen aber auch, was die Redner verdienen und wieviel Dividende sie verteilen, es sind dieses ganz gute Entbehrungslöhne. In Hamburg wachsen die Reichthümer förmlich aus der Erde, aber welchen Anteil haben die Arbeiter daran? In 20 bis 25 Jahren sind die Löhne um 80 Pf. erhöht worden. Die Arbeiter mußten zum größten Teil in entfernte Gegenden ziehen und viel Fahrgeld verbrauchen, um zur Arbeitsstelle zu kommen, dafür ist ihnen aber keine Entschädigung geworden. Dagegen sind aber die Lebensmittel und die Mieten verteuert worden. Der Stamm der festen Arbeiter hat sich bedeutend verringert, die Hilfsarbeiter haben sich vermehrt, und deshalb und aus den angeführten Gründen müssen diese Leute denselben Lohn verdienen, wie die nur wenig festen Leute. Das zu erreichen, muß unser Bestreben sein. Der Redner empfahl der Versammlung folgende Resolution:

„Die heute, am Sonntag, den 26. November, im Gewerkschaftshause tagende Versammlung der Schauerleute und Kaitarbeiter ist beifällig der Lohnerhöhung des Hafnetriebsvereins der Ansicht, daß

diese in Rücksicht auf die minimalen Erhöhungen der letzten 20 Jahre, welche inklusive der jetzigen Erhöhung nur 80 Pf. pro Tag betragen haben, nicht im geringsten den jetzigen veränderen und verteuerten Verhältnissen Hamburgs entsprechen.

Die Versammlung erkennt diese Lohnerhöhung zunächst als Abschlagszahlung an, hält es aber für erforderlich, daß jeder Kollege nach wie vor für die Ausbreitung resp. Stärkung der Organisation Sorge trägt.

In der hierauf einsetzenden Diskussion führte S. aus, er habe sich auch gewundert, daß nun mit einem Male der Hafenbetriebsverein komme und den Lohn erhöhe. Als die Schauerleute 1909 an ihn herantreten seien, hätten sie zur Antwort bekommen, daß der Lohn 1907 derartig erhöht sei, daß man ihn jetzt nicht erhöhen werde. Vielfach werde von den Stauern gegen den Arbeitstarif verstoßen, indem die Arbeitszeit verlängert werde. Es müsse unter den Schauerleuten im Hafen eine solche Einigkeit herrschen, daß keiner über die tarifmäßige Zeit arbeite. Einige Kollegen, die für ihr gutes Recht eintreten, sind gemäßigter worden. Auch ist vorgesehen, wenn bis abends 9 Uhr in einer Tour gearbeitet wird, daß eine halbe Stunde Abendzeit gewährt werden muß. Aber wo wird diese Pause innegehalten? Fast auf keiner Arbeitsstelle! Der Hafenbetriebsverein sage, die Arbeitszeit im Hafen lasse sich nicht schematisieren. Ja, aber wozu ist denn der Schichtwechsel eingeführt und alles im Tarif klar festgelegt? Er rufe den Schauerleuten zu: Halte den Tarif aufrecht!

H.: Wir wollen und können uns durch unsere Arbeitskraft keine Reichtümer erwerben, aber ein menschenwürdiges Dasein wollen wir führen. Die Suppenzettel, die einige gelehrte Herren für den Arbeiter für ausreichend halten, können wir nicht anerkennen, wir wissen an unserem eigenen Körper, was uns not tut. Die Lohnerhöhung hat sicher den Zweck, die Organisation aus ihrer Position herauszulocken, aber das wird den Herren nicht gelingen, wir treten in eine Lohnbewegung ein, wenn wir die Zeit für gekommen erachten.

S.: Es muß geprüft werden, ob überhaupt eine Lohnerhöhung erfolgt ist. Der Lohn für Kriearbeiter ist seinerzeit von 3,60 Mk. auf 3,40 Mk. herabgesetzt worden. Jetzt hat man die Sache einfach wieder weggemacht. Die 20 Pf., die früher genommen, hat man einfach wieder zugelegt. Auch bei verschiedenen anderen Arbeitern ist es so, man hat die Löhne bei schlechter Periode reduziert und jetzt wieder erhöht. Bei der Revidierung der Affordstraße bei der Hamburg-Amerika-Linie hat sich herausgestellt, daß diese Sätze nicht erhöht, sondern herabgesetzt sind. Die Hamburg-Amerika-Linie hat ihren festen Arbeitern schon vor Jahren einen Wochenlohn von 36 Mk. angeboten, doch nicht gegeben.

Von einem anderen Redner wurde ausgeführt: Der Hafenbetriebsverein hat sein altes Herz gereizt und den Lohn auf 20 Pf. erhöht. Er annouciert aber fortwährend in den bürgerlichen Blättern, daß er Arbeiter, angeblich für den Kriearbeiter, sucht, hier am Plage sind aber Arbeiter genügen, wenn er nur einen anständigen Lohn bezahlen will. Die Ware Arbeitskraft muß anständig bezahlt werden. Er stellt den Antrag:

Speziell die Schauerleute verpflichten sich, in Zukunft strikte nach dem Lohnsatz zu arbeiten und jedes Unsinne auf längere Arbeit, von wem es auch kommen mag, abzulehnen, wenn keine Menschenleben in Gefahr sind.

Der Antrag wird einer Schauerleuteversammlung überwiegen, da dieses eine kombinierte Versammlung der Schauerleute und Kriearbeiter ist. Im gleichen Sinne sprachen noch mehrere Redner. In seinem Schlusswort empfiehlt der Vorsitzende die Resolution zur Annahme, die dann auch einstimmig erfolgte. — Damit fand die imposante Versammlung ihr Ende.

Berlin. Versammlung der Vertreter der Hafenarbeiter am 19. November. Von den Delegierten zur örtlichen Generalversammlung war kein einer anwesend, so daß ein Bericht nicht entgegengenommen werden konnte. Als Kandidaten zur Ortskrankenkassenwahl wurden aufgestellt die Kollegen: M., W., S., B., G., R. Den Kollegen Schmidt und Seefeld wurde wegen unfairer Handlungsweise eine Klage erteilt. Ein Antrag des Kollegen H., den Arbeitsnachweis für Vertreter der von der jetzigen Stelle nach einer andern zu verlegen, wurde nach ausgiebiger Debatte gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt. Wegen der Wahlbewegung fällt die Dezemberversammlung aus. Nachdem dem Wunsch Ausdruck gegeben worden war, daß sich recht viele Kollegen unserer Partei zur Verfügung stellen möchten, erfolgte Schluß.

Sparbarkeit erhält das Haus, denken die Redner. Deshalb ist die Kaminleiter in Raum 2 des Dampfers „Louise“, der im Hamburger Hafen liegt, auch nur mit Striden befestigt. Alles was passieren kann ist, daß ein Schaueremann — allerdings leicht auch mehrere — abfällt und Leben oder bestenfalls die gefunden Knochen einbüßt. Und so etwas zählt für richtiggehende Profitmacher nicht. — Vielleicht erfüllt die Hafeninspektion ihre Pflicht.

Sparbarkeit erhält das Haus, dachte auch die „Kosmos“-Linie. Auf dem der Gesellschaft geborenen Dampfer „Serapis“ war im Raum 1 die Kaminleiter defekt. Eine Sprosse fehlte ganz, während eine andere stark verbogen war. Da die Benutzung der Leiter mit Lebensgefahr verbunden war, wurde der Hafeninspektion Mitteilung gemacht. Es erschien auch wirklich nachmittags um 4 Uhr ein Beamter der Hafeninspektion an Bord, der nach Besichtigung der Kaminleiter anordnete, daß eine Fallreppleiter darüber befestigt würde. Als nach knapp anderthalb Stunden Feierabend gemacht werden sollte, entdeckten die Schauerleute, daß die Schiffsleitung weiter sparte.

Die Fallreppleiter war nicht beleuchtet worden. Diese Sparbarkeit forderte gleich ein Opfer. Als der Schaueremann G. K. aus dem Raum an der provisorischen Kaminleiter hochklettern wollte, griff er in der Dunkelheit und schlug rücklings in den Raum zurück. Der Unglückliche hat Verletzungen an den Schuttern und im Gesicht erlitten.

Aber die „Kosmos“-Linie hat für 5 Pf. Petroleum gespart — — und verteilt 14 pCt. Dividende.

Todessturz. Die Schutz- und Verforschungskommission der Hamburger Hafenarbeiter schreibt uns: Auf dem englischen Dampfer „Albonema“ der Reederei Elder, Dempster u. Co. waren die Schauerleute der Luke 1 abends um 5 Uhr mit der Arbeit fertig und erhielten auch an Bord bis auf einen Mann ausgezahlt. Der Bize, der die Auszahlung vorgenommen hatte, nahm an, daß der fehlende Mann aus Land gegangen sei, bestimmte sich aber nicht weiter um ihn. Am Donnerstag gegen Mittag, als die Schiffsleute auf dem Schiffe im Zwischendeck die Luken abdeckten, fanden sie den Schaueremann Ernst Schwend tot im Raum liegend auf. Man nimmt an, daß er nach Schluß der Arbeit im Zwischendeck seine Sachen suchte und in der Dunkelheit in den Unterraum gestürzt ist.

Auf jeden Fall ist es von dem Bizen unabweislich, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, daß er, als er den Lohn für den einen Mann nachbehielt, nicht nachforschte, wo der Mann abgeblieben ist. Der Bize hätte das Schiff, zum mindesten aber den Raum überholen lassen müssen, in dem der Mann gearbeitet hat. Der Mann ist vielleicht nach dem Absturz gar nicht gleich tot gewesen und erst während der Nacht, als er hilflos dalag, gestorben. Möglicherweise hätte er noch am Leben erhalten bleiben können.

Ein unsoziales Gewerbegerichtsurteil aus Hamburg. Fünf auf dem Dampfer „Alster“ beschäftigte Schauerleute weigerten sich, der Order des Stauerbürgers zu entsprechen und von nachmittags 2 Uhr ab auf dem Dampfer „Sais“ Salpeter und Kies zu entlösen. Sie erhielten deshalb ihren Lohn für den Vormittag ausbezahlt und wurden entlassen. Die Schauerleute glaubten, mit Recht die Arbeit verweigern zu haben, weil sie sich eine Verletzung von einem Dampfer auf einen anderen nicht gefallen lassen brauchten und verlangten auch für den Nachmittag ihren Lohn mit 2,40 Mk. pro Mann. — Das Gewerbegericht, Vorsitzender Amtsrichter Dr. Lüders, wies die Klage ab. Gemäß § 6 der Bestimmungen für die Arbeiter“ seien die Schauerleute verpflichtet, jede ihnen zugewiesene Arbeit im Hafen zu verrichten. Daran ändere es nichts, wenn den Klägern bei der Annahme gesagt sein sollte, daß sie nur auf dem Dampfer „Alster“ arbeiten sollten. Durch diese Mitteilung würde der Stauer nicht die Verpflichtung übernommen haben, die Kläger nicht auf einem andern Dampfer zu beschäftigen. Es sei den Klägern auch wohl nicht auf den Namen des Dampfers angekommen, sondern auf die zu entlösende Ware. Daß aber mit ihnen vereinbart worden sei, sie würden nicht mit der Entlöschung von Salpeter oder Kies beschäftigt werden, hätten die Kläger selbst nicht behauptet. Ausschlaggebend für das Verhalten der Kläger werde wohl gewesen sein, daß sie den ihnen nach dem Tarif für die Entlöschung von Salpeter und Kies an sich zulegenden erhöhten Lohn in diesem Falle nicht beanspruchen könnten, weil sie nicht einen vollen halben Tag, sondern erst von 2 Uhr ab mit der Entlöschung beschäftigt werden sollten.

Dies Urteil ist Laus für das Herz der Unternehmer. Sie haben es nach diesem Urteil in der Hand, die zuschlagpflichtigen Waren ebenso billig gelöst und verladen zu bekommen wie alle gewöhnlichen Güter. Sie brauchen nur zur rechten Zeit die Leute wieder von Bord zu holen und durch andere ersetzen lassen. Um die Heiligkeit des § 6 der Bestimmungen für die Arbeiter“ hochzuhalten, spricht der Amtsrichter Dr. Lüders ein Urteil, das den Unternehmern den Weg zeigt, die Bestimmungen zu ungunsten der Arbeiter zu umgehen. — Wenn die Leute für den Dampfer „Alster“ angenommen worden sind, dann ist der Stauer nicht verpflichtet, sie auf diesem Dampfer arbeiten zu lassen! In das Gehirn eines vorantsetzungslos denkenden Menschen spiegelt sich in diesem Falle die Verpflichtung des Stauers wohl denn doch etwas anders als im Urteil. Wenn der Amtsrichter Lüders einen Kunstmaler engagiert, der ihm seine Frau malen soll und er stellte diesem dann das Anstehen, die Wände zu streichen, dann beneiden wir Dr. Lüders nicht um die Reize, die er dann machen würde. Mit der Praxis des Hafenbetriebsvereins deckt sich der Gerichtsbescheid allerdings famos. — An Weltfremdheit kann sich das Urteil mit jedem andern messen. Die letzten drei Sätze aus der Begründung des Urteils (siehe oben) hätten nicht zur Abweisung der Klage angeführt werden dürfen. Sie sind im Gegenteil der vollgültige Beweis für die Verletzung der Ansprüche. — Aber wer soll das einem Hamburger Gewerberichter klarmachen? Und spräche er mit Engelszungen . . .

Hamburg I. Branche Kriearbeiter. Versammlung am 12. November. W. gibt den Bericht der Leitung. Auf die Arbeiterausführung am Staatskai eingehend, hebt der Redner hervor, daß der Kaidirektor Winter den im Juli gestellten Antrag, den Mindestlohn für Hilfsarbeiter auf 4 Mk. pro Tag zu erhöhen, der Deputation für Handel und Schifffahrt nicht vorgelegt hat. Die Senatskommission für Staatsarbeiterangelegenheiten hat schon am 7. Juli d. J. beschlossen, der Lohn für ungelernete Arbeiter im Stadtgebiet soll 4 Mk. betragen. In der letzten Sitzung hat sich der Kaidirektor Winter allerdings auf die Bitte der Ar-

beiterschaft bereit erklärt, die Eingabe an die Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe weiterzugeben. An der Diskussion beteiligten sich recht viele Staatsarbeiter und übten eine recht scharfe Kritik an dem Verhalten des Kaidirektors. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Hilfsarbeiter bei schwerer Arbeit einen Lohn von 3,60 bis 3,80 Mk. für zehnjährige Arbeit erzielen. Bei dieser Leistung sei mit diesem Lohn nicht anzukommen. Kollege M. führt aus: Die Einheitsorganisation hat uns das gebracht, was wir alle erwartet haben. Am 1. Juli 1911 zählte dieselbe 186 000 Mitglieder. In Verkürzung der Arbeitszeit erzielte die Organisation für 12 606 Mitglieder 56 410 Stunden pro Woche oder 2 933 346 Stunden pro Jahr und eine Erhöhung der Löhne für 50 773 Veteiligte um 95 722 Mk. pro Woche oder 4 977 655 Mk. pro Jahr. Der Redner empfahl den Kollegen, die Zahlen in der Mitteilung zu verwenden und unermüdetlich die Verbearbeit zu betreiben; denn auch für die Staatsarbeiter aller Betriebe naht die Zeit, daß man nicht mehr Worte hören, sondern auch Taten sehen will. Unsere Organisation, der Deutsche Transportarbeiterverband, hat bewiesen, daß nur durch den gewerkschaftlichen Kampf die tieftraurigen Verhältnisse in den Staatsbetrieben beseitigt werden können, deshalb muß der Kampf laut sein: „Sinein in den Deutschen Transportarbeiterverband!“ Kollege N. streifte das unkollegialische Verhalten einiger festangestellter Kriearbeiter den Hilfs- und Gelegenheitsarbeitern gegenüber. Man solle die Arbeiter als Menschen behandeln, dann werden dieselben auch für die Organisation zu gewinnen sein. W. ersucht die Oblente, die Kollegen über das Krankenscheinssystem am Staatskai aufzuklären, damit unliebsame Vorfälle vermieden werden. Alsdann gibt Redner den Kartellbericht und wünscht, daß ein jeder Kollege auch die Frauen und Mädchen der gewerkschaftlichen und politischen Organisation, sowie den Konsumgenossenschaften zuführen möge. — Weiter sollen die Kollegen sich auch an der Kleinarbeit bei den Reichstagswahlen beteiligen und den Genossen stets hilfreich zur Seite stehen. Als Mitglied der Fahnenkommission wurden die Kollegen W. und S. gewählt. Auf Antrag von W. wurde beschlossen, die Versammlung präzis zu eröffnen. W. ersucht die Mitglieder, den Beschluß auch einzuhalten und pünktlich zu erscheinen. Alsdann hielt Sch. einen Vortrag über: „Die Gewerkschaften und die bevorstehende Reichstagswahl“. In kurzen Zügen gab der Redner ein Bild von der Tätigkeit des jetzt zu Ende gehenden Reichstages, dem wir, als Gewerkschaftler, keine Träne nachweinen werden. Unsere Aufgabe muß es sein, in Stadt und Land für unsere Kandidaten Propaganda zu machen, damit der 12. Januar 1912 ein Siegestag der deutschen Sozialdemokratie werde.

Duisburg. Der herannahende Winter wirkt hierorts insofern bereits seine Schatten voraus, als die Duisburger Hafenbetriebsgewaltigen und deren Söldlinge glauben, unseren Kollegen alles bieten zu können. Lohnabzüge sind entweder an der Tagesordnung oder aber sie werden tagtäglich angedroht. Einige Beispiele, wie die Unternehmer mit unseren Kollegen umspringen, seien hier wiedergegeben. Da ist im Hochfelder Hafen die Firma Graber. Den dort beschäftigten Kollegen gelang es in diesem Sommer, eine kleine Lohnerhöhung zu erzielen. Ein tariflicher Abschluß konnte jedoch nicht erreicht werden. Die Firma versicherte auf „Grenwor“, daß die zugesagten Löhne gezahlt würden. Trotz dieser „Grenwor“-Zusage versuchte die Firma kürzlich Lohnabzüge vorzunehmen. Nur der Widerstand der Kollegen, die sich dies nicht gefallen ließen und die Firma an ihr Ehrenwort erinnerten, hielt die Firma von ihrem Vorhaben ab. Aber demnach droht der Meister Graf fortwährend den Kollegen mit Lohnabzügen. Und allem Anschein nach dürfte es nicht allein bei der Drohung bleiben. Die Kollegen müssen daher auf der Hut sein, sie dürfen sich keinen Lohnabzug gefallen lassen. Auch sonst ist eine Reihe von Mißständen in dem Faberischen Betriebe vorhanden. Jetzt, wo die Dunkelheit früh beginnt, stellt sich heraus, daß alle Lampen in der größten Unordnung sind. Auch fehlt es stets an dem notwendigen Petroleum. Kürzlich wäre hierdurch bald ein Unglück passiert. Beim Austragen von Holz hatte ein Kollege in der herrschenden Dunkelheit eine Kette falsch eingehangen; da die Kette bei dem Anziehen hinführte, wurde der Kran gestoppt, wodurch es gelang, ein Unglück zu verhüten. Der Meister Graf hat auf die Beschwerden über diesen Vorfall die Antwort gegeben: „Hr lebt ja noch, was wollt ihr denn.“ Fürwahr, eine eigenartige Logik, der der Meister Graf huldigt. . . . In den Krähen werden mühter Ketten verwandt, die der Stärke des Krähnes gar nicht entsprechen. Die Kette von Kran 4, die für 50 Zentner gerade ausreicht, wird am Kran 6 benutzt und mit ihr werden fortwährend 80 bis 100 Zentner in die Höhe gezogen. Die Lasten werden dann über die Köpfe der Kollegen hinweg geschwenkt. Wohl ruft der Maschinist: Achtung! Aber die Kollegen haben gar nicht Zeit genug wegzulaufen, so schnell werden die Schwentungen vorgenommen. Hier müßte die Gewerbeinspektion unbedingt eingreifen, denn der Hafen liefert in der Tat schon Krüppel genug, so daß „Sparbarkeit“ hier am wenigsten am Plage ist. Neben Herrn Graf sind es die Kranführer, die unsere Kollegen ebenfalls in der erbärmlichsten Art behandeln. „Salts Maul!“ „Salt den Rand!“ „Dreißiger Pollack!“ sind die Ausdrücke, die sich diese Nachkollegen ihren Mitarbeitern gegenüber bedienen. Meister Graf und die Herren Maschinisten mögen bedenken, daß unsere Kollegen ebensolche Menschen von Fleisch und Blut sind, wie sie, und daß auch sie deshalb Anspruch auf eine anständige Behandlung haben. Mancher, der als Vorgesetzter seine Untergebenen schlecht behandelte, wie Meister Graf und die Maschinisten, hat schon erfahren müssen, daß er eben auch nur Arbeiter ist und

Tief bei der Eröffnung des Hauses Alexanderplatz sind zwecklos, weil sie von der Firma nicht bezogen werden.

Die Organisation wird natürlich im Hause nicht gebildet. Charakteristisch für diesen Standpunkt der Firma ist folgendes Schreiben, das ein Kollege erhielt, der entlassen wurde, weil er für die Organisation tätig war:

„Beifolgend empfangen Sie den, am Sonntagabend unserm Portier zur Weiterbeförderung übergebenen Zettel zurück.“

Gleichzeitig müssen wir uns unbedingt verbitten, daß Sie mit unsern Angestellten in den Räumen unseres Hauses weder mündlich unterhandeln, noch ihnen irgend etwas Schriftliches zustellen und wäre es uns deshalb erwünscht, wenn Sie für die Folge auch als Käufer unser Haus nicht mehr betreten würden.“

Wenn die Firma allen organisierten Arbeitern das Betreten ihrer Geschäfte verbieten würde, würden nicht allzuviel Käufer übrig bleiben. Die Angestellten sollten aber erkennen, daß nur durch eine straffe Organisation die Verhältnisse gebessert werden können. In anderen Städten ist es auch möglich gewesen, mit der Firma Tauschverträge abzuschließen, eben weil hier die Angestellten gut organisiert waren.

Mit einigen anderen Firmen beschäftigte sich Kollege Fröhlich. Er teilte mit, daß auch die Firma H. u. O. L. H. er z. o. g. jetzt anscheinend versucht, den lästigen Transportarbeiterverband aus ihrem Betriebe zu entfernen. Sie hat nach scharfmacherischer Art mit der Maßregelung eines Kollegen begonnen, der für den Verband tätig war. Auch über das lange Ausfragen von Paketen wurde in letzter Zeit viel geklagt. Von allen Firmen dürfte aber wohl die Firma H. a. h. u. am Alexanderplatz in der Ausnutzung der Arbeitskraft ihres Personals an der Spitze stehen. Bei einer ausgedehnten, langen Arbeitszeit zahlt die Firma nach Abzug der Kranken- und Invalidenbeiträge den fürstlichen Lohn von 21,16 Mk. wöchentlich. Ein Inspektor, unterstützt durch ein gut eingerichtetes Spitzelsystem, wacht mit Argusaugen, daß keiner der Angestellten sich der Berufsorganisation anschließt. Der bei der Firma Grünfeld, Leipzigerstraße, neu eingestellte Inspektor, unter dessen Schneidigkeit die im Hause tätigen Diener sehr zu leiden hatten, wird seine Lebensstellung in diesem Hause aufgeben.

Nun kam zunächst ein Vertreter der Syndikalisti, Herr Gahn zum Wort. Unter Verwendung möglichst vieler Gesten und Phrasen, wie „direkte Aktion“, „vertreterloses Eingreifen der Arbeiter“, „sozialrevolutionäre“, „Generalstreik“, „Antimilitarismus“ und ähnlichen Schlagwörtern suchte er Propaganda für seine Ideen zu machen.

Kollege Wieseler wandte sich gegen einzelne der Behauptungen dieses Herrn. Sodann schilderte er die Verhältnisse bei der Firma W. B. er t h e i m. Die Löhne sind auch hier ziemlich niedrig. Sie schwanken zwischen 90 bis 115 Mk. bei Unverheirateten und 120 bis 125 Mk. monatlich bei Verheirateten. Zulagen werden nur an Einzelne nach Wunsch gewährt. Ueberstunden werden bis 8.40 Uhr nicht bezahlt, wird länger gearbeitet, so werden von 1/9 Uhr, an Tagen, wo länger geöffnet ist, von 9 Uhr an Ueberstunden bezahlt. Schaffner erhalten auch hier keine Ueberstunden bezahlt, trotzdem sie täglich länger arbeiten müssen, oft bis in die sinkende Nacht. Der Urlaub ist durchschnittlich um 3 Tage gekürzt worden.

Den Chauffeuren ist es im vorigen Winter gelungen, ihre Verhältnisse zu verbessern. Auch die Handwerker haben keine Vorteile erreicht. Die Firma hat aber doch eingesehen, daß zur Zeit eine Teuerung herrscht. Sie gibt nun aber den Angestellten nicht etwa mehr Lohn, sondern verteuert die Lebensmittel für ihre Angestellten, um so noch einen Extraprofit für sich heraus zu schlagen. Trotzdem keine Vierpreiserhöhung eingetreten ist, verteuert die Firma das Bier dadurch, daß sie kleinere Gläser anschafft. Ebenso wurde die Milch verteuert. Ein Teller Suppe kostete früher 10 Pf., jetzt 15 Pf. Das Mittagessen kostet mit Bier 75 Pf. Außerdem büssen diejenigen, die im Hause essen, 1/2 Stunde ihrer Tischzeit ein, sodas in Wirklichkeit das Essen mindestens 1 Mk. kostet. Trotzdem ist das Essen ziemlich miserabel. Im Sommer gab es für dieses Geld z. B. einmal Pellkartoffeln, 1 Hering und 1/8 Pf. Butter. Die sanitären Verhältnisse lassen viel zu wünschen übrig. Vor allen Dingen gibt die Diener-Toilette im Keller Anlaß zu Klagen. Diese Toilette wird ziemlich stark benutzt, da auch die gesamten Lieferanten und Kutsher sie frequentieren müssen. Trotzdem existiert hier keine Spur von Ventilation. Ein Fenster, das nach dem Hof geht, ist oben mit einem Gitter abgedeckt. Dieses Gitter ist fast ständig mit allen möglichen Sachen vollgestellt. Im Sommer ist sehr oft Obst auf diesem Gitter längere Zeit gelagert worden. Die schönen Obststücke lagern sich dann im Obst ab. Neben der Toilette befindet sich die Hebebrücke, auf der die gesamten Lebensmittel nach den Kühlräumen transportiert werden. Es kommt dabei oft vor, daß neben dem Ausgang aus der Toilette Lebensmittel längere Zeit lagern. Auch die Arbeitsräume im Keller, in denen sich die Stadterpedition und die Packerei der Sammelstelle befindet, sind polzeitwidrig. Bei Revisionen werden diese Räume denn auch immer für Lagerräume ausgegeben und müssen die dort beschäftigten Angestellten während der Revision die Arbeitsräume verlassen.

Beim Abschluß von Geschäften verfährt die Firma streppellos. Bei dem Streit in der Eisenkonstruktion lieferte die Firma für die Streifrecher der Firma Havene Lebensmittel. Allerdings wurde hierzu ein Wagen mit fremder Firma benutzt, damit es nicht so auffalle. Andererseits vermehrt aber die Firma auch Geschäfte mit organisierten Arbeitern nicht. Bei

der Wohnungsauflösung im Werkschaftshaus hat sie dorthin bereitwilligst Gegenstände geliefert und Metalle für sich machen lassen. Die Arbeitskraft des Einzelnen wird so intensiv wie irgend möglich ausgenutzt. Um durch diese Ausnutzung die Betriebsrentenkasse nicht allzu sehr zu belasten, muß sich jeder bei der Einstellung einer erniedrigenden ärztlichen Untersuchung unterziehen. Sobald der Arzt irgend welche Bedenken hat, wird der Betreffende nicht eingestellt. Die Antreiber bei der Arbeit ist bis ins Feinste ausgebildet. Einem Kollegen wurde von dem Oberdiener Poligkeit zugemutet, daß er während seiner Ausgehzeit bei einer Krankheit ins Geschäft kommen solle zum Markenanhängen. Aus dem sich ergebenden Streit wurde der Betreffende entlassen. Ein anderer wurde entlassen, weil er einige Male zum Arzt der Invalidenversicherung gehen mußte, um künstliche Zähne zu erhalten. Um den Profit noch zu erhöhen, werden jetzt junge Burschen als Schaffner mit einem Wochenlohn von 16,50 bis 17 Mark eingestellt. Die Organisation wird selbstverständlich in diesem modernen Fachhause nicht gebildet. Ein gut funktionierendes Spitzelsystem sorgt dafür, daß die Geschäftsleitung rechtzeitig unterrichtet wird, die dann mit Maßnahmen sofort vorgeht, sobald jemand für die Organisation tätig ist. Die Angestellten sollten aber erkennen, daß nur eine straffe Organisation eine Besserung der elenden Verhältnisse herbeiführen kann. Die Organisation ist heute doch schon so stark im Hause, daß die Firma sie trotz aller Verfolgungen nicht mehr aus ihren Betrieben entfernen kann.

Ein Schlußantrag wurde jetzt angenommen. Kollege Werner ging in seinem Schlußwort kurz auf die gemachten Ausführungen ein. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 23. November 1911 in den Armin-Hallen verammelten Hausdiener, Packer zc. aus dem Kauf-Warenhäusern Berlins erklären in dem Deutschen Transportarbeiterverband diejenige Organisation, welche mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die wirtschaftliche sowie geistige Hebung der in den Kauf- und Warenhäusern beschäftigten Kollegen anstrebt.“

Die Versammelten geloben, alles daran zu setzen, um dem Deutschen Transportarbeiterverband nach jeder Richtung hin Geltung zu verschaffen und den Organisationsgedanken mehr und mehr zu verbreiten.“

Es wurde nun noch darauf hingewiesen, daß die Unternehmer versuchen, für den Weihnachtsechtigabend die Verkaufszeit zu verlängern. Die Versammlung protestiert hiergegen. Ferner wurde bekannt gegeben, daß die Firma W. B. er t h e i m für ihre Angestellten ein Vergnügen veranstaltet, welches am 10. Februar in den Kammersälen, Zeltowstraße, stattfinden soll. Diese Säle sind für die Arbeiterschaft gesperrt. Deswegen müssen alle Karten zu diesem Vergnügen zurückgegeben werden und auch die Mitarbeiter darauf aufmerksam gemacht werden.

Berlin. Viktoria-Einnehmer. Den Angestellten der „Viktoria“ ist großes Heil widerfahren. Um bei der herrschenden Teuerung den kurrenden Wagen wenigstens einigermaßen zu beruhigen, hat die Direktion sich somit herabgelassen, für ihre Angestellten Kartoffeln einzulassen und dieselben sollen für „4,15 Mark“ pro Zentner an die Angestellten abgegeben werden.

Nachstehend das diesbezügliche Dokument des Herrn Gerstenberg:

„Wie im Vorjahre, so können auch in diesem Jahre Kartoffeln durch unsere Konsumvereinigungen bezogen werden. Der Preis stellt sich auf 4,15 Mk. für den Zentner frei Haus. Bestellungen, die nicht unter 1 1/2 Zentner betragen dürfen, sind auf den bekannten gelben Bestellzetteln durch die Listensührer einzuzureichen.“

Aus besonderem Entgegenkommen wollen wir für diejenigen verheirateten Beamten, welche ein Gehalt bis zu 2000 Mk. beziehen, einen Teil der Kosten selbst übernehmen; über den Umfang, in welchem wir das in jedem einzelnen Falle tun wollen, behalten wir uns, nach Eingang der Bestellungen, die Entscheidung vor.

Wir erwarten aber als ganz selbstverständlich, daß mit der von uns gebotenen Vergünstigung keinerlei Mißbrauch getrieben wird; insbesondere warnen wir dringend vor dem Weiterverkauf dieser wie jeder anderen durch uns bezogenen Ware; denn wir müssen im allgemeinen Geschäftsinteresse gerade als Versicherungsgesellschaft unbedingt dafür sorgen, daß durch unsere Beamten den Kleinhändlern nicht Konkurrenz gemacht wird. Wir würden in jedem uns zur Kenntnis kommenden Falle unbedingt die Entlassung des Schuldigen ausprechen müssen.“

Der zweite Absatz dieser Verfügung spricht wieder Bände. Bereitwilligst will die Direktion einen Teil der Kosten übernehmen, natürlich aber nur bei denjenigen, welche in einem guten Lichte bei ihr stehen und immer recht artig und direktionsfromm sind. Die „Schmaroger“ und „Spitzelkeller“ werden die Auserwählten sein, die sich nun auf Kosten der Direktion einmal an „Kartoffeln zu Vorzugspreisen“ satt essen können.

Die große Masse der „Viktoria-Angestellten“ will aber nichts von derartigen ageblichen Wohlthatigkeiten wissen. Die Bestellungen gingen nur sehr spärlich ein. Für 4,15 Mk. kaufte man die Kartoffeln bei jedem Händler, sogar noch etwas billiger, so daß noch ein paar Pfennige für einen Salzhering übrig blieben. Denn auf trockene Kartoffeln ist auch der Magen eines Viktoria-Angestellten nicht trainiert.

Nun holte die Direktion zu einem neuen Schläge aus, um den „unabhängigen Nichtbestellern“ ein Schnippchen zu schlagen.

Es folgte eine zweite Verfügung:

„Hiermit geben wir bekannt, daß wir denjenigen verheirateten Beamten, die einschließlich Wohnungsgeldzuschuß ein Gehalt bis zu 2000 Mk. beziehen und sich nicht im Vermögensverhältnis befinden, die von ihnen bestellten Kartoffeln unentgeltlich liefern werden. Daselbe gilt für die unverheirateten Beamten, welche mit Eltern und Geschwistern einen gemeinsamen Haushalt führen und zu dessen Unterhalt in der Hauptsache durch ihr Gehalt beitragen.“

So, da habt Ihr Eure gerechte Strafe. Die Verkäufer der 4,15 Mk.-Kartoffeln können nun beide beide Packer vollnehmen und voller Reid werdet Ihr Händler und Anzuehenden auf den anschwellenden Kartoffelband der lieben Direktionskinder herabbliden.

Aber die Direktion ging noch weiter. Sie war wohl darauf aufmerksam gemacht worden, daß der Mensch nicht allein von trockenen Kartoffeln leben könne.

Es erschien eine dritte Verfügung, in welcher die notwendige Flüssigkeit zum Herunterspülen der trockenen Kartoffeln verordnet wurde.

Sie lautet:

„Jedem nicht geflüchtigtem, verheirateten Beamten, der einschließlich Wohnungsgeldzuschuß ein Gehalt bis zu 2000 Mk. bezieht, liefern wir auf Wunsch im Monat Oktober er. 1 Pfund Kaffee und 2 Pfund Zucker, und in den Monaten November und Dezember er. je 2 Pfund Kaffee und 4 Pfund Zucker unentgeltlich, jedoch nur für den eigenen Bedarf.“

Viktoria zu Berlin. gez. D. Gerstenberg.

Urine Direktion. Auch mit derartigen „Verlegenheitsverfügungen“ lassen sich die Viktoria-Angestellten nicht ködern. Mit einem Bericht trockener Kartoffeln und einer Tasse süßen Kaffee vertieft man den gesunden Kern der Organisation nicht. Dieses sollte auch die Direktion der „Viktoria“ endlich einsehen.

Menschenwürdige Behandlung, Abschaffung des Besatzzwanges, Anerkennung der Organisation, diese Forderungen der Angestellten werden nicht eher verhallen, bis die Direktion dieselben bewilligt.

An unsere Kollegen, die Einnehmer, richten wir das dringende Ersuchen, genau so fest zusammenzusetzen, wie die Handlungsgeschäften im Betriebe, dann kann am grünen Tisch ausgebrütet werden, was will, es muß zerkommen.

Siehe in die Berufsorganisation, den „Deutschen Transportarbeiter-Verband“, das muß die Parole für jeden Versicherungs-Einnehmer sein.

Berlin. Einklassierer und Massenboten. Am 15. 11. 1911 fand im Lokale von M. Haberland, Linienstr. 73, eine bis auf den letzten Platz besetzte Versammlung der Angestellten der Singer-Co. statt. Ein Kollege sprach über: „Die herrschende Teuerung und die elenden Löhne bei der Singer-Co.“. Zur eingehender Weise schilderte derselbe die Notlage des deutschen Volkes und wies nach, daß die Regierung durch ihre Politik hauptsächlich die Schuld an der jetzigen Teuerung trage. So sind fast alle Lebensmittel, die Wohnungsmieten zc. rapid in die Höhe gegangen, ohne daß eine nennenswerte Erhöhung der Löhne stattgefunden habe. Wo dieses geschehen sei, da habe die Arbeiterschaft jeden Pfennig, jeden Groschen erst erkämpfen müssen. Die Höhe des vergangenen Sommers hat nun dazu beigetragen, daß die wichtigsten und notwendigsten Lebensmittel wiederum ganz erheblich im Preise gestiegen sind. Von der Arbeiterschaft, von öffentlichen Versammlungen, auch von den verschiedensten Stadtverwaltungen ist an die Regierung appelliert und die Herabsetzung der Zölle und die Öffnung der Grenzen verlangt worden, damit die Not gelindert werde. Aber leider vergebens. Die herrschenden Klassen erkennen die Notlage des Volkes nicht an und der erste Beamte des deutschen Reiches, der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg erklärte im Reichstage unter dem Vorwand der Junker und Großgrundbesitzer, es gibt keine Teuerung, es bleibt alles beim Alten. Da nun von dieser Seite nichts zu erhoffen ist, müssen wir selbst unsere Lage zu verbessern suchen. Eine Erhöhung der Löhne muß überall gefordert werden. So auch bei der Singer-Co., wo ganz erbärmliche Löhne gezahlt werden. Diese Millionenfirma stellt Hausdiener mit 18 Mk. pro Woche ein, die Einklassierer erhalten im Probentonat 12 Mk., nachdem 15 Mk. pro Woche und 3 Pct. vom Zinssatz, die Verkaufsagenten erhalten überhaupt keine festen Bezüge, sondern nur Verkaufsprovisionen. Von den Verkaufspreisen bleibt stets ein 1/5-1/2 stehen bis die verkauften Maschinen bezahlt sind. Es darf aus diesem Grunde nicht Wunder nehmen, wenn so ein Singer-Einklassierer am Sonntagabend mit 18-20 Mark Wochenverdienst nach Hause geht. Von diesem Gelde soll er Frau und Kinder ernähren, anständig gekleidet gehen, Steuern zahlen zc. Außerdem muß er bei seinem Eintritt eine Kaution von 300 Mk. stellen, die, wenn er nichts hat, ratenweise vom Lohn abgezogen wird. Tritt er aus der Firma aus, so darf er innerhalb eines Jahres, bei keiner Konkurrenzfirma ein-treten oder er hat eine Konventionalstrafe von 500 Mark zu zahlen. Wie würde wohl den schwerverdienenden Aktionären der Singer-Co. zu Mute sein, wenn dieselben auch nur einmal 1/2 Jahr unter diesen Verhältnissen arbeiten sollten? Die Singer-Co. wurde 1864 in Amerika mit einem Kapital von 500 000 Dollars gegründet, welches 1878 auf 1 000 000 Doll. erhöht wurde. Es ist den Aktionären gelungen, auf Grund raffinierterster Ausbeutung der Angestellten, dieses Aktienkapital bis heute auf ca. 60 000 000 Doll. zu erhöhen, ohne daß die Aktionäre seit 1878 auch nur einen Pfennig zahlen brauchten. Im Gegenteil, Tausende und Abertausende von Mark Kosten als Geschenk in ihre Taschen. Rund 52 000 Angestellte in aller Herren Länder müßten gegen einen Schuldlohr

den Herren Aktionären der Singer-Co. zu einem derartigen glänzenden Resultat verhelfen. Rund 4 000 000 Dollar betragen die Kontitionen und das $\frac{1}{10}$ — $\frac{1}{12}$ der ftehen gebliebenen Provisionen nur in Deutschland allein. Diese Summe bildet für die Firma ein billiges Betriebskapital und füllt den Dividendenfädel der Aktionäre nebenbei noch. Wenn nun gelüftet, sich auf gerichtlichen Wege mit der Firma auseinanderzusetzen, der muß sich nach Hamburg wenden. Laut Vertrag sind die Kollegen gezwungen, bei allen Rechtsstreitigkeiten das Landgericht Hamburg II anzurufen, hier ist der Sitz der Firma für Deutschland. Der hohen Kosten wegen verzichten die Kollegen meistens darauf. Um mit diesen Zuständen aufzuräumen, ist es notwendig, daß die Kollegen sich einmütig der Organisation anschließen, dann wird es auch möglich sein, bei der Singer-Co. bessere Verhältnisse zu schaffen. Sinein in den Transportarbeiter-Verband, ihr Singer-Angebot, auf zum Kampfe gegen unseren Unterbrüder, der Sieg muß unser sein, wenn wir einig sind.

Un unsere Kolleginnen und Kollegen aller Branchen richten wir das dringende Ersuchen, beim Kauf von Nähmaschinen, Möbel aller Art, beim Abschluß von Versicherungen etc. sich nur von organisierten Kollegen bedienen zu lassen. Man verlange stets die Kontrollkarte, welche monatlich abgestempelt sein muß.

Breslau. Am 21. November er. fand eine Versammlung der Kolporteurs der Volkswacht statt. Während als erster Punkt der Tagesordnung ein Vortrag über: „Die Frau in alter und neuer Zeit“ vorgelesen war, bildete als zweiter Punkt der Tagesordnung „Die Antwort der Preßkommission auf die Forderungen der Kolporteurs“ den Gegenstand der Beratungen. Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe so gut es unter den gegebenen Verhältnissen und infolge der durch das eigenartige Verhalten der Preßkommission erzeugten, äußerst gereizten Stimmung unter den Kolporteurs eben möglich war und wies nach Befragung der Antwort darauf hin, daß am 13. und 14. November eine Konferenz aller Geschäftsführer von Barteidruckereien und Verlagsgesellschaften mit Vertretern unseres Verbandsverbandes stattgefunden habe, in welcher u. a. beschlossen wurde, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für unsere Berufsangehörigen durch Schaffung eines Reichstarifes generell zu regeln, sodaß wir vorläufig von einer weiteren Verfolgung der eingereichten Forderungen absehen können, da der zu schaffende Reichstarif ohne Zweifel erhebliche Verbesserungen für die Kolporteurs in Folge haben dürfte. Einige Kolleginnen, welche über das Verhalten der Preßkommission äußerst ungeduldet waren, verließen daraufhin demonstrativ die Versammlung. Diese Handlung der Kolleginnen wurde von einer Kollegin mit scharfen Worten gerügt, indem zum Ausdruck gebracht wurde, daß durch deren Vorgehen unsere gewerkschaftliche Pflicht verkannt wird. Es darf nicht angehen, daß Uneinigkeit in die Versammlung hinein getragen wird. Diesen Ausführungen schloß sich ein großer Teil der Kolleginnen an. In der weiteren Aussprache wurde besonders die immer noch unregelmäßige Beschäftigungszeit moniert, sodaß die Trägerinnen durch diese überlange Wartezeit, häufig 1 bis 2 Stunden, außerordentlich geschädigt sind und eine Bezahlung für diese Zeit von der Preßkommission leider abgelehnt wurde. Auf Antrag einer Kollegin wurde deshalb beschlossen, in Anbetracht dessen, sowie der eingetretenen ungeheueren Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel die Verwaltung zu beauftragen, unverzüglich wegen Bewilligung einer einmaligen Steuerzulage für die Kolporteurs an den Verlag heranzutreten.

Gera. Unserer Verwaltung ist es gelungen, mit der Firma Warenhaus Hermann Tich, den mit dieser Firma bestehenden Tarif zu verlängern und dabei für die beteiligten Mitglieder ganz bedeutende Vorteile zu erreichen. Der Vertrag bringt außer Lohnerhöhungen die Einführung von Ferien in folgender Form: Jeder Hausdiener erhält nach ½ jähriger Tätigkeit im Geschäft 3 Tage, nach einjähriger 6 Tage, nach zweijähriger 9 Tage und nach dreijähriger 12 Arbeitstage unter Fortzahlung des Lohnes. Die Ferien müssen in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September genommen werden. Die Kollegen werden es hoffentlich nicht vergessen, daß der Verband es war, der sich um die Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse bemüht hat.

Leipzig. Die im Buchhandel beschäftigten Arbeiter nahmen am Sonntag, den 25. November Stellung zur Tarifrevision. Aus dem Bericht der Verbandsleitung war zu entnehmen, daß der Beschluß der letzten Versammlung ausgeführt und eine Eingabe an das Gewerbegericht erging. Auf Grund dieser Eingabe kam nach 4 Wochen der Beschluß, daß am 2. November Verhandlungen stattfinden sollten. Am gleichen Morgen wurden, jedenfalls auf Einspruch der Unternehmer, die Verhandlungen wieder abgesetzt mit dem Bemerkten, daß das vorliegende Material unzureichend sei und für Ergänzung gesorgt werden müsse. Nachdem wiederum einige Wochen verstrichen waren, ist das Gewerbegericht zu dem Resultat gelangt, daß die Lebenshaltung einer Arbeiterfamilie um 6,55 pCt. gestiegen sei und mithin kein Grund vorläge, die Wochenlöhne des Tarifs zu revidieren. Aus den beigefügten Tabellen verdienen einige Zahlen veröffentlicht zu werden. So soll Kochfleisch $\frac{1}{2}$ Kilo von 73,37 Pf. auf 80,25 Pf., also um 9,38 pCt. gestiegen sein. Landbutter ist das Pfund von 1,30 Mk. auf 1,48 Mk. gestiegen. Hier beträgt die Steigerung 13,85 pCt. Kartoffeln sind um 40, Milch um 10 pCt., Einzimmerwohnungen mit Küche um 19,56 pCt. gestiegen. Hingegen soll Roggenbrot um 15,17 und Weizen um 14,12 pCt. billiger geworden sein. Die Steigerung der Ausgaben für Kleidung soll

10 pCt. betragen. Nun sind ja von mehreren Seiten Erhebungen über die gesteigerten Lebensverhältnisse veranstaltet worden, die ein ganz anderes Ergebnis zeitigen als wie das des Leipziger Gewerbegerichts. Wir erinnern nur an die Untersuchungen des „Sozialen Museums“ in Frankfurt a. M. Dieses hat festgestellt, daß Antler um 14,4, Käse um 15,5, Eier um 16, Milch um 16,1, Diverse Verbrauchsartikel um 20, Kaffee um 21,5, Obst um 40, Gemüse um 59, und Kartoffeln um 78 pCt. gestiegen sind. Hier sind also wesentlich höhere Zahlen als beim Leipziger Gewerbegericht ermittelt worden. Nimmehr wurde die Frage aufgeworfen, was ist zu tun? Hierbei wurde der Standpunkt vertreten, daß in allen Betrieben, wo es mit der Einhaltung des Vertrages nicht so genau genommen wird, für die Kollegen absolut kein Grund vorliegt, bessere Verhältnisse zu erkämpfen. In der anschließenden Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß nach den Debatten im Stadtverordneten-saal über die Steuerungsverhältnisse, kein anderes Resultat zu erwarten war, dabei wurde das Schrecken-tempo des Leipziger Gewerbegerichts, welches sich 7 Wochen lang mit unserer Eingabe abgequält hat, auf das schärfste kritisiert und von mehreren Seiten verlangt, den Kampf mit den Unternehmern sofort aufzunehmen. Dem trat die Sektionsleitung entgegen durch Verlesung einer Resolution, in welcher ihr der Auftrag erteilt wurde, sofort an sämtliche Unternehmer das Ersuchen zu richten, eine 10prozentige Lohnzulage zu gewähren. Die Resolution wurde einstimmig angenommen und die Sektionsleitung ersucht, kommende Woche eine weitere Versammlung einzuberufen, wo dann endgültige Beschlußfassung zu erfolgen hat. Unter Gewerkschaftliches wurde noch kurz über die Lohnbewegung der in Buchbindereien beschäftigten Berufscollegen berichtet und dabei mitgeteilt, daß trotz zweimaligen Verhandlungen die Bewegung noch nicht zum Abschluß gebracht werden konnte. Mit einem Hoch auf die Organisation erfolgte Schluß der imposanten Versammlung.

München. Wie in Nr. 43 des „Courier“ bemerkt, ist mit der Firma stauhaus Oberpollinger ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen worden, der am 1. Dezember d. J. in Kraft trat. Der in der ersten Verhandlung als unannehmbar angesehene Passus, daß die Dienstjahre der Angestellten in Anrechnung gebracht werden sollen, schien der Direktion etwas zu weitgehend, da eine große Anzahl von Hausdienern pro Woche 2, 3 und 5 Mk. mehr erhalten sollen. Auch wurde seitens der Direktion der Wunsch geäußert, den Tarifvertrag auf drei Jahre abzuschließen. Drei Verhandlungen waren noch nötig, bis der Vertrag unterzeichnet werden konnte. Dem abgeschlossenen Tarifvertrag entnehmen wir die folgenden wichtigsten Punkte:

Regelung der Arbeitszeit.
Die Arbeitszeit beginnt für das ganze in Betracht kommende Personal früh 5 Uhr 30 Minuten und endet abends 8 Uhr.

Die im Ortsstatut der Stadt München festgelegten Ausnahmen gelten als Arbeitszeit, ebenso die Tage und Zeiten der Inventur usw., gleichviel ob dieselben auf Sonn- oder Festtage fallen.

Die Mittagspausen werden auf zwei Stunden, die Frühstück- und Vesperpausen auf je 15 Minuten festgelegt.

Dauert die Ueberarbeit länger als bis 9 Uhr abends, so ist den Beteiligten eine Pause von 30 Minuten zu gewähren.

Regelung des Lohnes.

a) Es erhält männliches Personal:	
Bei Eintritt mit 14—15 Jahren	10—12 Mk.
„ „ „ 15—16 „	13—14 „
„ „ „ 16—17 „	15—16 „
„ „ „ 17—18 „	17 „
„ „ „ 18—21 „	23 „
„ „ „ über 21 „	25 „

Die Löhne sind Wochenlöhne und steigen jährlich um 1 Mk. pro Woche bis zum Höchstlohn von 30 Mk. Die Dienstjahre kommen in Anrechnung.

b) Chauffeurs erhalten einen Anfangswochenlohn von 28 Mk. und steigen jährlich um 1 Mk. pro Woche bis zum Höchstlohn von 32 Mk.

c) Den Chauffeurs und Schaffnern wird bei Ueberlaubtoren, wenn sie auswärtig Mittag machen müssen, 1. Mk. Zulage gewährt.

d) Putz- und Abortfrauen erhalten einen Anfangslohn von 13 Mk. und steigen jährlich um 50 Pf. bis zum Höchstlohn von 15 Mk.

- Ueberstunden.**
- a) Ueberstunden, d. h. sobald solche nach dem Ermessen der Direktion bzw. Geschäftsleitung notwendig sind, werden mit 60 Pf. pro Ueberstunde bezahlt; hierbei zählt jedoch die erste Viertelstunde nur, wenn sie überschritten wird.
 - b) Das Abreiben und Reinigen der Fußböden etc. wird mit 70 Pf. pro Ueberstunde bezahlt.
 - c) Falls ein Diener, Packer, Schaffner etc. über Mittag durcharbeiten muß, so ist demselben hierfür eine Vergütung von 2 Mk. (Zuschlag eingeschlossen) und eine ½ stündige Essenspause zu gewähren.
 - d) Für die gesamte Sonntagswache werden 6 Mk. bezahlt.

Urlaub.
Sämtlichen Angestellten, für die dieser Tarif Geltung hat, wird ein Sommerurlaub gewährt. Derselbe beträgt nach halbjährlicher Tätigkeit 3 Arbeitstage, nach einjähriger Tätigkeit 6 Arbeitstage, nach zweijähriger Tätigkeit 9 Arbeitstage, nach dreijähriger Tätigkeit 12 Arbeitstage.
Dieser Tarifabschluß bringt den Kollegen wieder wesentliche Verbesserungen, die um so notwendiger, als gerade hier in München in den letzten Jahren die Lebensmittelpreise ganz enorm gestiegen sind. Nun gilt es für unsere Kollegen in den anderen handels-

betrieben Umschau zu halten, um auch in diesen bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Eine Reihe von Handelshäusern sind noch vorhanden, in denen unsere Kollegen unter den miserabelsten Verhältnissen fronden müssen. Wenn es dort bis jetzt noch nicht gelungen ist, uns Eingang zu verschaffen, so deshalb, weil es der Sektionsleitung an den nötigen Hilfskräften mangelt. Daß es unbedingt notwendig ist, dort Breche zu legen, zeigen uns die letzten Verhandlungen. Wiederholt wurden uns die Löhne der Angestellten anderer Warenhäuser vorgehalten. Auch mußte schon mancher Kollege, der aus irgend einem Grunde gezwungen war, sein Arbeitsverhältnis zu ändern, am eigenen Leibe erfahren, wie ungemein traurig es noch in anderen Betrieben aussieht. Es ist deshalb notwendig, daß unsere Kollegen aus den Warenhäusern aus ihrer Herberde herausstreuen und sich in den Dienst der Organisation stellen. Geschieht dies, dann können wir sicher sein, daß es auch bei den Handelshilfsarbeitern vorwärts geht.

Transportarbeiter.

Krystadt. „Nur die allergrößten Räuber wählen ihren Meßger selber!“ In diesen bekannten Ausspruch wird man unwillkürlich erinnert, wenn man das Treiben gewisser „Macharbeiter“ bei der hiesigen Expeditionsfirma C a s a r M ä m p e l beobachtet. Nicht nur, daß diese Leute so stupide sind, daß sie den Wert einer gewerkschaftlichen Organisation nicht begreifen können, trotzdem ihnen tagtäglich die besten Beispiele davon gegeben werden, nein, sie gehen sogar soweit, ihre eigenen Kollegen, welche etwas fortschrittlicher denken als sie, mit allen Schikanen zu verfolgen! Es ist dies ja eigentlich kein Wunder, denn Leute, die allgemein als Schnapsbrüder bezeichnet werden, lassen sich leicht von allen möglichen Personen beeinflussen. Wir nehmen es daher diesen Leuten auch nicht übel, wenn sie über ihre organisierten Mitarbeiter schimpfen und Spettakel machen, damit der Unternehmer immer schön sehen kann, was doch seine unorganisierten Leute für „brave“ Kerle sind. Aber wir raten diesen „Machkollegen“ die Sache nicht zu bunt zu treiben, sonst könnte doch schließlich einmal der Geduldsfaden bei unseren Mitgliedern reißen und dann dürfte wohl so mancher sein loses M—und gestopft erhalten. In manchen Bierwirtschaften und Schnapsläden macht man sich heute ohnehin schon so bestimmte Gedanken. Daß aber auch Leute, welche als wirkliche oder eingebildete Vorgesetzte betrachtet werden sollen, sich dazu hergeben, mit solchen „Macharbeitern“ besonders zu liebäugeln und an diesen herumzubeugen, daß die Uneinigkeit im Betriebe und unter den Berufskollegen noch größer wird, kennzeichnet solche „Herren“ von selbst! Dies sollte sich insbesondere der Vorarbeiter St. merken, wenn in Gastwirtschaften über die Organisationsfrage gesprochen wird. Wenn der Herr davon nichts versteht oder glaubt, daß mit dem Eindringen der Organisation im Betriebe auch seine glorreiche Herrlichkeit vorbei sein könnte, so sollte er vernünftigerweise lieber schweigen. Jedemfalls wissen unsere Kollegen ganz genau, daß gerade ihm die Organisation ein Dorn im Auge ist und er deshalb dazu übergehen muß, seine Schimpfepistel über all loszulassen. Aber auch er kann daran denken, daß der Krug nur so lange zum Wasser geht, bis er bricht; die Klinte des Hauses Mämpel wird er nicht mitnehmen.

Wie notwendig gerade die Organisation in dieser Firma für unsere Kollegen ist, beweist wohl am besten folgender Arbeitsvertrag:

- Arbeitsbedingungen**
des Arbeitgebers Firma: Casar Mämpel-Krystadt.
1. Arbeitsantritt.
Der Arbeitsantritt erfolgt am
 2. Arbeitszeit.
Die Arbeitszeit ist je nach der Jahreszeit den geschäftlichen Erfordernissen entsprechend, mit Pausen vormittags $\frac{1}{2}$ Stunde, mittags 1 Stunde, nachmittags $\frac{1}{2}$ Stunde.
 3. Lohn.
Der Lohn beträgt pro Woche 20 Mk. Er wird alle acht Tage am Freitag nachmittags $\frac{1}{6}$ bis 7 Uhr bezahlt. Wird das Arbeitsverhältnis aus irgend einem Grunde schon vor dem Zahltag aufgelöst, so ist der rückständige Lohn am nächsten Lohnzahlungstage zu zahlen.
Sonntags- und Festtagsarbeit ist im Wochenlohn mit einbegriffen!
Für der Firma zugefügte Schäden, oder für solche, wofür die Firma haften muß, hafte ich, sofern mich die Schuld trifft, mit meinem Lohnes insoweit, als diese Schäden nicht durch Versicherung gedeckt sind.
 4. Kündigung.
Es findet gegenseitige Kündigung von zwei Wochen statt. Die Kündigung kann nur am Zahltag erfolgen. Während der ersten acht Tage kann jeder Teil sofort ohne Kündigung vom Vertrag zurücktreten.
 5. Gründe sofortiger Auflösung des Arbeitsverhältnisses.
Die Gründe, aus denen das Arbeitsverhältnis bei bestehender Kündigungsfrist sofort gelöst werden kann, sind die gesetzlichen. (§§ 123, 124 G.-D.)
 6. Außer den gesetzlichen Gründen kann das Arbeitsverhältnis aus folgenden Gründen aufgelöst werden:
Wegen Trunkenheit im Dienste, Mißhandlung der anvertrauten Zugtiere, Schlägerei mit den Mitarbeitern, Nichtbefolgung der seitens des Kontorpersonals oder der Kundenschaft gegebene Aufträge.
 7. Besondere Bestimmungen.
Als Rutscher habe ich Sonntags die mir anvertrauten Pferde nach Erfordernis abzuwarten.

Als Ablader habe ich an den auf mich fallenden Sonntagen die Güterabfuhr mit zu besorgen. Das mir obige Bedingungen vor Eintritt der Arbeit mitgeteilt worden sind und ich mich mit ihnen einverstanden erklärt habe, bescheinige ich hiermit.

Krumbach, den

In diesem Vertrag spiegeln sich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma Mämpel so recht wieder. Ein Sklavenvertrag, soweit die Arbeitszeit in Frage kommt. Der Kutscher oder Arbeiter hat eben so lange zu arbeiten, wie es verlangt wird. Bestimmt die Firma, es wird von morgens 3 Uhr bis nachts 12 Uhr gearbeitet, so wird es sicherlich den „geschäftlichen Erfordernissen“ entsprechen. Dem Arbeiter steht ja keinerlei Recht zu, darüber zu entscheiden oder mitzubestimmen, was den „geschäftlichen Erfordernissen“ entspricht. Wer Knecht ist, soll auch Knecht bleiben! Dieser Anspruch des Regensburger Hofschloßes ist scheinbar auch Grundfalsch bei der Firma Mämpel. Dafür zahlt die Firma auch den „fürstlichen“ Lohn von 20 Mk! Nein, es sollte wirklich jeder „Knecht“ zufrieden sein, daß er bei dieser Hoflieferantenfirma noch zu solch „horrenden“ Löhnen arbeiten kann und es ist wirklich gewissenlos von diesen gewerbmäßigen Hebern, wenn diese es versuchen, die Arbeiter über den Inhalt der vollen — Fleischhölzer bei dieser Firma aufzuklären!! Wie „nobel“ die Firma weiter ist, ergibt sich auch daraus, daß sie es den Arbeitern und Kutschern noch gnädigst gestattet, Sonn- und Festtage unentgeltlich zu arbeiten. Wirklich echt christlich. Wie heißt es doch in der Bibel? Daß die Kollegen auch noch für jeden Schaden, der durch „ihre Schuld“ entsteht, mit dem „fürstlichen“ Lohne haften müssen, ist zwar eine Bestimmung, welche gesetzlich ungültig ist, zeigt aber auch wieder die „nobel“ Seite der Firma. Wenn doch auch die Firma den Punkt: „Behandlung“ noch in den Vertrag hineingeseht hätte. Dann könnte man auch schließlich erfahren, ob die Firma mit der Handlungsweise ihrer sogenannten Aufsichtspersonen einverstanden ist. Dem Vertrag nach zu urteilen, muß man dies allerdings annehmen.

Nun, unsere hiesigen Kollegen werden hoffentlich in der Agitation nicht erlahmen und mit aller Macht daran arbeiten, daß auch in diesem Colorado einmal der Organisationsgedanke wachgerufen wird. Den bei der Firma beschäftigten Kollegen aber rufen wir zu: Fürchtet Euch nicht vor den Drohungen aller Art, sondern schließt Euch zusammen mit uns! Ihr habt nichts zu verlieren, aber bessere Zeiten zu gewinnen! Deshalb hinein in die Organisation, wer es ehrlich mit den Seinen meint.

Berlin. Neue Polizeiverordnung. Nach der Polizeiverordnung vom 31. August 1911, welche am 1. Januar 1912 in Kraft tritt, sind bei Pferdegeschirren von Last-, Arbeits- und Geschäftswagen die Sattelgeschirre mit einer Halskoppel zu versehen, welche auf beiden Seiten des Halses der Pferde je durch einen Riemen mit der Mitte des Stranges (wo der Krummetbeutel mit dem Strange in Verbindung kommt) und außerdem auf dem Rücken des Pferdes mit dem Halsriemen verbunden wird; Krummetgeschirre sind mit einem einfachen Riemen, welcher das Krummet mit dem Sprenggurt oder Krummetbeutel verbindet, zu versehen.

Berlin. Expeditionsbranche. Am Sonntag, den 5. November 1911 tagte eine gut besuchte Versammlung der Kutschler und Expeditionsarbeiter. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Branchenleiter bekannt, daß im 3. Quartal 47 Kollegen verstorben sind, welche in der üblichen Weise geehrt wurden. Darauf geisterte ein Verbandssekretär in scharfer Weise das Verhalten der modernen Raubritter im 20. Jahrhundert, welche gegen die mittelalterlichen Raubritter in nichts zurückstehen. Er forderte die Anwesenden auf, am 12. Januar 1912 mit denselben Abrechnung zu halten und ihnen die gebührende Danksagung für ihr Verhalten zu geben. Die vorstehenden Ausführungen wurden mit großem Beifall entgegen genommen. Dann gab ein Kollege einen kurz gefaßten Geschäftsbericht über die örtliche Generalversammlung. Eine lebhafte Debatte setzte ein, als bekannt gegeben wurde, daß 14 Kollegen Delegierte unentschuldig bei der Generalversammlung gefehlt haben. Nachdem sich einige Delegierte zu entschuldigen versucht hatten, wurde wegen der vorgeschrittenen Zeit die Versammlung mit der Motivierung geschlossen, daß in nächster Zeit wieder eine Versammlung stattfinden solle, welche sich nur mit Geschäftlichem befassen wird.

Dresden. Vertreterwahlen zur Fuhrherren- und Fuhrerkrankenkasse. Am Dienstag, den 21. November, abends 9 1/2 Uhr, fanden im Volkshaus die Vertreterwahlen zur Fuhrherren- und Fuhrerkrankenkasse statt. Die Beteiligung war eine überaus starke. Auf die Liste des Transportarbeiterverbandes entfielen 631, auf die Quersliste 48 Stimmen. — Am gleichen Tage, abends 9 Uhr, wurde im Reglerheim der Gehilfenausschuß ergänzt bzw. neu gewählt. Die Liste des Transportarbeiterverbandes ging glatt durch, da eine Gegenliste nicht aufgestellt war. Solange die Fuhrherren-Zinnung besteht, ist eine derartige starke Beteiligung an keiner der Wahlen zu verzeichnen gewesen. Jedenfalls ein erfreuliches Zeichen, daß auch die Schwertschmied beizugewinnen, ihr Interesse den Vertretungen in den für sie in Betracht kommenden Körperschaften zuzuwenden. Zweifellos hat auch der Ablauf des Tarifvertrages, der demnächst bevorsteht, dazu beigetragen. Und in der Tat: die Kutscher haben alle Ursache, sich mehr als bisher zu regen. Die Arbeitszeit beträgt immer noch 12 bis 13 Stunden pro Tag, ausschließlich der Pausen. Der Lohn 23 bis 24 Mk. pro Woche. Gewähr für die hiesigen Verhältnisse unerträglich. Zustände. Möge dieses lebendige Interesse und die helle

Begeisterung, wie sie bei den Wahlen zutage trat, anhalten, dann werden auch für die Kutscher bessere Verhältnisse geschaffen werden können.

Elberfeld. Eine erfolgreiche Lohnbewegung haben die Kutscher und Ablader in den Startoffelhandlungen in Elberfeld durchgeführt. Die dort beschäftigten Kollegen beauftragten die Verbandsleitung, bei den in Betracht kommenden Firmen einen Tarifvertrag einzuzureichen. Nach längerer Verhandlung kam ein Tarifabschluß zustande, dem wir folgende wichtige Positionen entnehmen:

Die tägliche Arbeitszeit für Fuhrleute beginnt in den Monaten April bis September um 6 Uhr morgens und endet um 7 1/2 Uhr abends; in den Monaten Oktober bis März um 7 Uhr morgens und endet um 8 Uhr abends. In diese Arbeitszeit fallen Pausen in einer Gesamtdauer von 2 Stunden.

Der Wochenlohn für Fuhrleute beträgt 32 Mk. Die Startoffelarbeiter erhalten für das Entleeren und Sacken eines Waggons Startoffeln (200 Ztr.) 12 Mk. Werden die Fuhrleute zu Arbeiten in der Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens herangezogen, dann wird ihnen dafür die Stunde mit 60 Pf. vergütet. Auch nicht volle Stunden sind zu vergüten.

Für Ueberlandtouren werden Speisen wie bisher vergütet. Für die volle Tagesstour darf nicht unter 2 Mk. vergütet werden.

Die Lohnzahlung erfolgt Freitag. Durch Abschluß dieses Tarifvertrages ist für 50 Kollegen eine Lohnzulage von 2 Mk. pro Woche errungen. Die Verkürzung der Arbeitszeit beträgt täglich 1 1/2 Stunden. Ueberarbeit wurde früher nicht bezahlt, während jetzt die Stunde mit 60 Pf. vergütet wird. Mögen die übrigen Kollegen des Startoffelgewerkschafts sich hieran ein Beispiel nehmen und es nachahmen. Bestehen doch in einigen Orten noch ganz traurige Verhältnisse.

Hierlohn. Die gewaltigen Fortschritte, welche der Deutsche Transportarbeiterverband hier selbst macht, bringt den alten Fuhrmannsverein ganz aus dem Häuschen; immer mehr sieht er sein Häuflein kleiner werden, haben doch jetzt endlich die hiesigen Fuhrleute erkannt, daß man mit Kaisergeburtstagsfeiern und Festessen seine Lage nicht verbessern kann. So hatte sich der Verein auch zu der letzten Versammlung eines Nebner aus Elberfeld kommen lassen, welcher das sinkende Schiff noch einmal retten sollte; ein Vertreter des Transportarbeiterverbandes wurde allerdings nicht zugelassen. Folgedessen setzten wir am Mittwoch (Buchttag) ebenfalls mit einer Versammlung ein, welche auch zahlreich besucht war. Zunächst hielt ein Kollege einen Vortrag, welcher einen guten Eindruck auf die Erscheinenden machte. Unser Gauleiter, welcher auch noch eingetroffen war, erklärte zunächst den Anwesenden, nachdem er den Namen des Nebners vom Sonntag erfahren hatte, welcher Geisteskind derselbe ist, er war früher seinen Kollegen in Elberfeld in den Rücken gefallen und hatte Streikbrecherarbeit geleistet. Solche Leute können sich auch nur die Vorstände der Fuhrmannsvereine hier selbst verschreiben, denn schöne Seelen finden sich zu Wasser und zu Lande. Allerdings hatte es der Vorsitzende des Vereins vorgezogen, die Versammlung zu schwänzen. Stephan Schmidt ist sein Name, trotzdem er von uns brieflich eingeladen war. Unbarmherzig ging unser Gauleiter mit den Fuhrmannsvereinen ins Gericht und erklärte, daß wir dieselben mit aller Schärfe bekämpfen müssen. Die Versammlung sollte dem Nebner bei allen seinen Ausführungen lauten Beifall. Die Versammlung hat uns wieder ein gutes Bild vorwärts gebracht, kommen doch jetzt ganze Betriebe und schließen sich dem Verbände an. Auf die Expeditionsfirma Wagny möchten wir noch aufmerksam machen, dort sind die Mißstände noch viel größer wie bei Schröder und Wob; auch die Löhne sind noch niedriger. Es wird an der Zeit, daß die Fuhrleute von Wagny sich endlich einmal bestimmen, daß sie in den Transportarbeiterverband gehören.

Lübben. Endlich, nach langen Jahren, haben sich unsere hiesigen Berufskollegen ermannt, jedwede Furcht abgestreift und sind den Weg gegangen, den sie gehen müssen. Sie haben sich unserer Organisation angeschlossen. Bereits im Jahre 1905 wurde eine Verwaltungsstelle unseres Verbandes am Orte gegründet, leider konnte sich diese nicht halten. Im Jahre 1907 gründeten dann die Kollegen einen sogenannten Kutscher- und Arbeiterverein und glaubten mit diesem ihre wirtschaftliche Lage verbessern zu können. Aber allmählig mußten sie doch einsehen, daß mit einer derartigen Vereinigung nur den Arbeitgebern, aber niemals dem Arbeiter gedient ist. Die Kollegen sahen ein, daß sie sich der modernen Arbeiterbewegung, d. h. dem Deutschen Transportarbeiterverband anschließen müssen. Am 15. November d. J. schloß sich der nationale Kutscher- und Arbeiterverein dem Verbände an. Die Erfolge des Transportarbeiterverbandes haben aufklärend gewirkt. Dann haben aber auch die Zustände am Orte auch ihr möglichstes dazu getan. Die Arbeitszeit ist hier eine lange, 12 bis 14 Stunden pro Tag, der Lohn schwankt zwischen 11 bis 16,75 Mk. pro Woche. Die Behandlung ist eine miserable und sind diese Dinge dazu angetan, daß auch der Indifferenteste ansfangen muß, zu denken. Daß die Herren Unternehmer mit Interesse die Entwicklung verfolgen und dem Verbände Beachtung schenken, geht daraus hervor, daß die Firma Bernstein und Sachow alles daran setzten, ihre Kutscher und Arbeiter einzuschüchtern. Diese Firma hat erklärt, wer dem Deutschen Transportarbeiterverband beitrifft, wird entlassen. Als der Verein sich gründete, hat man derartige Verbote nicht erlassen, denn einen solchen Verein brauchte man nicht zu fürchten. Der Verband läßt sich nicht einschüchtern und nimmt nur die Interessen der Arbeiter wahr, er tritt dafür ein, daß die Kutscher und Arbeiter als Menschen leben können. Zu den Menschen gehören

aber auch die Kutscher und Arbeiter der Firma Bernstein u. Sachow. Also stollegen in Lübben und Umgebung, ruhig den beschrittenen Weg weiter gegangen, die Organisation ausgebaut, dann wird auch für uns eine bessere Zeit anbrechen.

Neutlingen. Kaum war es hier nach jahrelangen Bemühen gelungen, eine Verwaltungsstelle ins Leben zu rufen, als auch schon der Mitinhaber der Expeditionsfirma J. Hasenauer Nachf. mit Maßregelungen gegen die organisierten Kollegen vorant. Herr Weith, ein früherer Architekt, verriet jedenfalls von der Expedition so viel, als wie vom Kaiser, sein Hauptverdienst ist es, daß sein Vater einen gut gefüllten Geldbeutel hinterließ. Als dieser Mann nun durch ganz gewissenlose hinterlistige Spitzel in Erfahrung brachte, daß sich ein Teil der Fuhrleute und Ladearbeiter dem Verband angeschlossen habe, da besann er sich darauf, daß die von ihm bezahlten Löhne doch wahre Hungerlöhne seien und er fürchtete, wenn die Leute im Verband sind, könnte es ihm an den über alles geheiligten Geldsack gehen. Deshalb kündigte er zunächst den Verbandsmitgliedern und jedem anderen Verbandsmitglied wurde die Entlassung angedroht, wenn nicht der Austritt aus dem gefährlichen Verband erfolgt. Wir haben schon mit manchen Unternehmern zu tun gehabt, aber eine solche schlotternde Angst zeigte noch keiner vor unserer Organisation. Als richtiger Held erließ er in einer ganzen Reihe württembergischer Zeitungen Inserate dahingehend, daß er tüchtige Fuhrleute und Tagelöhner suche, zu gleicher Zeit suchte er den bei ihm beschäftigten Arbeitern pflaustibel zu machen, daß er ihnen wegen Arbeitsmangel kündigen müsse. Sein Plan bestand darin, im Laufe des Winters alle ihm untreu erscheinenden Arbeiter auf's Pfahler zu werfen und mit ungeübten Schwarzwaldbauern weiter zu wurseln. Sein Mißbrauch: „Bis zum nächsten Frühjahr will ich in meinem Betriebe andere Gesichter sehen!“ besagte für jeden deutlich genug, wohin die Fahrt gehen sollte und was die Agitatoren des Verbandes in 100 Versammlungen nicht zustande gebracht hätten, das erreichte dieser Herr Weith innerhalb 14 Tagen: die Ladearbeiter ließen eines Montags die Arbeit ruhen, um das ihnen gesetzlich zustehende Koalitionsrecht zu erkämpfen. Nur einzelne Wohldiener, welche ziemlich viel Dreck am Stecken haben, blieben stehen und weiter sorgte die Güterverwaltung für die nötigen Mannreihen, indem die Bahnarbeiter als Streikbrecher kommandiert wurden. Freilich ein recht trauriges Handwerk, welches die aus den Groschen der Steuerzahler entlohten Arbeiter ihren Arbeitskollegen gegenüber aufsitzen mußten. Die Arbeiter- und Bürgerschaft von Neutlingen hatte am Sonntag vorher in einer öffentlichen Versammlung das ungesetzliche Verhalten dieses Arbeitgeberes geblühend gebrandmarkt, doch ging dies alles an dem dicken Schädel des Herrn W. spurlos vorüber. So gar den Oberbürgermeister der Stadt Neutlingen lehnte dieser Herr als Vermittlungsperson ab. Im Laufe des einen Streiktages machte aber den neugeborenen Expediteuren doch die Erkenntnis gekommen sein, daß es besser ist, sich zu verständigigen, denn einer Kommission der Ladearbeiter am Güterbahnhof gegenüber machten sie das Zugeständnis, daß sie nichts dagegen hätten, wenn sich die Arbeiter organisieren wollten. Den Fuhrleuten wurden schon im Laufe des Sonntag Verprechungen gemacht, um sie als Verräter an ihren Arbeitsgenossen zu gewinnen. Nachdem nun einmal der prinzipielle Widerstand des Herrn Weith gebrochen war, andererseits aber ein Streik der Güterbodenarbeiter bei der Stellung der Güterverwaltung keinen Erfolg versprach, hielten es die noch im Kampfe stehenden Güterbodenarbeiter für das Beste, jedem die Aufnahme der Arbeit freizustellen, trotzdem für diese Kategorie nicht ausdrücklich Koalitionsfreiheit zugesichert war. Einige Kollegen blieben mißsam jenen, welchen schon vorher gemündigt war, aus dem Betriebe, die Firma dürfte aber die Lehre aus dieser Bewegung gezogen haben, daß es heutzutage nicht mehr angeht, dem Arbeiter darüber Vorschriften zu machen, wo und wie er sich organisiert. Daß die Herren Weith u. Deffner mit den von ihnen bezahlten Hungerlöhnen auf die Dauer die Arbeiter nicht erhalten werden, das dürften sie in den letzten Tagen zur Genüge erfahren haben. Der Verband kommt und er wird solange kommen, bis sich auch diese Herren, gleichwie die Expediteure anderer württembergischer Städte dazu hersehen, in ihrem Betrieb tariflich geregelte Verhältnisse zu schaffen. Zwar meint Herr Weith, daß er in einem solchen Falle lieber in das Landarmenhaus ziehen wolle, wir sind jedoch der Ansicht, daß man den Tag nicht vor dem Abend loben soll, denn es ist schon manch größeres Vermögen ver — braucht worden. An unsere Neutlinger Kollegen richten wir den Appell, unbedingt an ihrem Verband festzuhalten, denn sie werden denselben noch oft nötig haben.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Baden-Baden. Am Sonntag, den 26. November, hielten wir unsere ordentliche Mitgliederversammlung ab, die leider einen nur mäßigen Besuch aufwies. Man sollte meinen, die hiesigen Kollegen bedürftigen dringend einer Organisation schon in Folge ihrer schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Ein Kollege aus Karlsruhe beleuchtete in kurzen, markanten Worten die Mäßigkeit des Verbandes an der Hand reichen Materials und richtete an die anwesenden Kollegen den Appell, in der Agitation nicht zu erlahmen. Daraufhin wurden mehrere Resolutionsentwürfe erzielte. Zwecks reger Winteragitation wurde beschlossen, die nächste Versammlung in Baden-Baden im Gasthaus zum Deutschen Kaiser am 10. Dezember ab-

zubehalten. Wir glauben dadurch den Wünschen aller Kollegen gerecht zu werden. Ueber die Verbreitung zweckmäßiger Agitation kam man sich dahin überein, daß eine Hausagitation veranstaltet werden soll, mittelst der uns von Seiten des Hauses zur Verfügung stehenden Flugblätter. Dann erstattete ein Kollege den Kartellbericht, der in mancher Hinsicht sehr belehrendes für die Kollegen bot. Mit einem Hinweis auf die Parteipresse wurde dann die imposant verlaufene Versammlung geschlossen.

Berlin. Bau- und Arbeitskutschler. Eine gut besuchte Bezirksversammlung der Bau- und Arbeitskutschler für die Stadtteile Wedding und Moabit fand am 19. November statt. Ein Kollege referierte über: „Die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen.“ Derselbe schilderte zunächst das Erwachen der Völker, indem er auf die Umwälzungen in der Türkei, Portugal, Rußland, Persien und China hinwies. Auch die deutsche Arbeiterklasse müsse sich freimachen vom Joch der Unterdrückung und Knechtung. Um dieses Ziel zu erreichen, sei es notwendig, daß die Arbeiter aller Berufe zunächst geschlossen den für sie geschaffenen Organisationen beitreten, um sich zu diesem Kampfe zu rüsten. Die Bau- und Arbeitskutschler haben in dieser Beziehung gesündigt, alle Versuche des Deutschen Transportarbeiterverbandes, dieselben dem Verbande zuzuführen, scheiterten an der Gleichgültigkeit der betreffenden Kollegen. Erst im Frühjahr dieses Jahres, nachdem die Bau- und Arbeitskutschler in Lichtenberg-Mummelsburg in eine Lohnbewegung eingetreten, welche nach dreitägigem Streik gewonnen wurde, regten sich auch in den anderen Gegenden Berlins die Kollegen und erwachten aus ihrem langjährigen Winterschlaf. In Nirxorf, Tempelhof, Weißensee, Schöneberg, Pantow, Charlottenburg sowohl wie auch im Osten und Norden Berlins erkannten die Kollegen, daß sie nur mit Hilfe des „Deutschen Transportarbeiterverbandes“ ihre überaus traurige Lage verbessern können. Es sei nun unbedingt notwendig, die Organisation auszubauen, wenn wir weitere Erfolge erzielen wollen. Alsdann behandelte Redner die herrschende Teuerung und führte den Anwesenden klar die Ursachen derselben vor Augen. Die Regierung im Bunde mit den Junkern und Pfaffen erkennen eine Kollage des Volkes nicht an und lehnen es ab, für Abhilfe durch die Deffnung der Grenzen zu sorgen. Darum müssen wir als Arbeiter selbst dafür sorgen, daß unser Loos verbessert wird. Die bevorstehenden Reichstagswahlen bieten die Gelegenheit abzurechnen mit den Volksverrätern und darum dürfen wir am 12. Januar 1912 unsere Stimme nur einem Sozialdemokraten geben, denn nur die Sozialdemokratie nimmt sich der Unterdrückten und Ausgebeuteten an und vertritt deren Interessen. Mit einem Appell an die Versammelten, der Gewerkschaft sowohl auch der Partei gegenüber ihre volle Pflicht zu tun, schloß Redner seine Ausführungen.

In der Diskussion nahm ein Kollege aus Lichtenberg das Wort und schilderte recht ausführlich die Bewegung der Arbeitskutschler bei der Firma Gebr. Richter. Er forderte die Kollegen auf, die Agitation nicht erlahmen zu lassen, damit der Verband auch überall für die Kollegen eintreten könne, trotz Polizei, trotz Staatsanwalt. Ein anderer Kollege verwies auf den Schnapsboykott und auf die Schädlichkeit des Alkohols; er verlangte von den Kutschern, daß auch sie mit der Unsitte des übermäßigen Schnaps-trinkens brechen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 19. November tagende Versammlung der Bau- und Arbeitskutschler von Moabit und Wedding nimmt Kenntnis von den Klaußigen der Junker und Großgrundbesitzer auf die Taschen des arbeitenden Volkes, die Versammelten versprechen, alle Mittel anzuwenden, um weitere Pläne dieser Volksausbeuter zu durchkreuzen. Sie werden am 12. Januar 1912 die Quittung dafür leisten, indem sie einmütig für die sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme abgeben werden. Sie erklären weiter, sich Mann für Mann dem Deutschen Transportarbeiter-Verband anzuschließen, um mit dessen Hilfe bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.“

Nachdem der Leiter der Versammlung noch auf den Kampf der Tabakarbeiter hingewiesen und zur Unterstützung derselben aufgefordert hatte, wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Bewegung der Bau- und Arbeitskutschler geschlossen.

Glauchau im Harz. Am Mittwoch, den 22. November fand eine den hiesigen Verhältnissen entsprechend gut besuchte Transportarbeiterversammlung statt. Die Abrechnung vom dritten Quartal ergab, daß bei einer Einnahme von 171,45 Mk. und einer Ausgabe von 108,70 Mk. ein Kassenbestand von 62,75 Mk. verbleibt. Dem Kassierer wurde hierauf einstimmig Entlassung erteilt. Dann kam es zu einer lebhaften Debatte, alle Redner sprachen sich im Sinne der eingegangenen Resolution aus und wurde einstimmig beschlossen, diese dem Gauvorstand einzufenden. Nachdem noch verschiedene interne Angelegenheiten besprochen, wurde die Versammlung geschlossen.

Karlsruhe. In der letzten Versammlung sprach ein Kollege über Gewerkschaften und Reichstagswahlen und fand mit seinen trefflichen Ausführungen den Beifall der Anwesenden. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Nach Erledigung einiger Verbandsangelegenheiten trat Schluß der Versammlung ein.

Regnitz. Am 7. November fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in der ein Breslauer Kollege über Teuerung und Löhne sprach. Die Ausführungen des Redners fanden den lebhaften Beifall der Anwesenden und wurden in der Diskussion von einigen Kollegen noch ergänzt. Eine Kassenabrechnung ergab die Summe von 9,41 Mk. Dann trat Schluß ein.

Stuttgart. Am 5. November fand eine sehr stark besuchte Versammlung statt, in welcher Vorstandsmitglied Herr Bösch vom Spar- und Konsumverein Cannstatt einen Vortrag über die gegenwärtige Teuerung und die Konsumvereine hielt. Der Referent schilderte die Entwicklung der modernen Warenhäuser und den Zusammenschluß der großen Kapitalisten zu sogenannten Syndikaten, deren Bestreben dahin zielt, in hohen Preisnotierungen überall tonangebend zu sein. So haben die Holzsyndikate die Preise des Heizmaterials in den letzten zehn Jahren annähernd auf das Doppelte gesteigert, während auf der anderen Seite deutsche Kohlen im Ausland billiger zu kaufen sind als bei uns. Durch die famose Finanzreform wurden die Lebens- und Bedarfsartikel weiter verteuert. Daß es Mittel und Wege gibt, die Verteuerung der Lebenshaltung etwas auszugleichen und zu mildern, das schilderte der Referent in seinen weiteren Ausführungen über die Pioniere der Genossenschaftsbewegung, die englischen Konsumvereine, welche dank ihrer großartigen Einrichtungen und riesigen Eigenproduktion jährlich Umsätze von 2 bis 3 Milliarden zu verzeichnen haben, wodurch dann wieder viele Millionen als Dividende zurückgeführt an die Mitglieder gelangen. Auch bei uns in Deutschland erkennt die Bevölkerung immer mehr an, daß durch einen Zusammenschluß der Kaufkraft in den Konsumvereinen ganz bedeutende Ersparnisse gemacht werden. Durch den Anschluß der Vereine an die Großverkaufsgenossenschaft Hamura, welche schon ganz ansehnliche Eigenbetriebe besitzt und weitere in nächster Zeit zu etablieren gedenkt, sind die Genossenschaften in der Lage, preisbegünstigend zum Vorteil ihrer Mitglieder zu wirken. Der Referent streifte den größeren Feind der Konsumvereinsbewegung, das Borgsystem, die Rabattvereine, von welchen sich noch viele Frauen ködern lassen, ohne zu berechnen, daß der gewährte Rabatt zwar auf alle Waren aufgeschlagen ist, aber nicht für alle Waren gewährt wird.

Des Weiteren verwies Referent auf die zwischen Gewerkschaften und Konsumvereinen abgeschlossenen Tarifverträge hin, durch welche Tausende von Arbeitern in den Konsumvereinsbetrieben anständige und auskömmliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewährt werden. Um dem immer mehr um sich greifenden Versicherungswesen, durch das schon mancher Arbeiter um sein teuer erworbenes Geld kam, vorzubeugen, ist seitens der zusammengeschlossenen Vereine geplant, eine Volksversicherung ins Leben zu rufen. Referent gibt sich der Hoffnung hin, daß es auch bei uns stets vorwärts gehe und die Zeit nicht zu fern sein werde, in welcher die Konsumvereine als mächtiger Faktor gegen die Preisstreiber der Kartelle und Syndikate energisch Front machen können.

Der lehrreiche Vortrag wurde mit großem Beifall entgegengenommen. In der kurzen Diskussion wurden die Mitglieder ermahnt, das Gehörte zu befestigen, ihren Frauen den Rat zu geben, nur in den Konsumläden zu kaufen und mit allen Kräften die Bewegung zu stärken und zu fördern. Nach einem anfeuernden Schlußwort konnte die imposant verlaufene Versammlung geschlossen werden.

Weizenfels. In unserer Versammlung am 12. November hielt der Gauleiter einen Vortrag. Seine interessanten Ausführungen gipfelten darin, daß die Gewerkschaftsbewegung allein wohl fortgesetzt für die Erhöhung der Löhne und eine sonst auch erträgliche Gestaltung des Arbeitsverhältnisses sorgen könne und auch Sorge, daß aber unter den zurzeitigen politischen Verhältnissen in gewissem Sinne die Gewerkschaften eine stets gehemmte Arbeit verrichten. Denn erst dann, wenn auf dem Wege der Gesetzgebung die Erfolge des gewerkschaftlichen Kampfes für die Arbeiter festgelegt und sichergestellt seien, könnten diese sich dauernd dieser Erfolge freuen. So lange aber werden die Arbeitgeber jede Gelegenheit, wie schlechte Geschäftsstrukturen zc. benutzen, den Arbeitern die erkämpfte Position wieder streitig zu machen. Die Erfahrung beweise, daß in einzelnen Fällen, wo die Arbeiter nicht immer und stets auf der Wacht seien, diese Absicht der Unternehmer auch leider oft genug gelingt. In der Diskussion wurde lebhaft Klage geführt, daß so viele Kollegen Strafmandate wegen Tierquälerei bekommen. Der Vorsitz Schied tut sich auf dem Gebiete des Anzeigerstatens besonders hervor, und das, trotzdem die Kollegen vom Gerichte fast jedesmal mit der gleichen Präzision freigesprochen werden, wie Sch. die Anzeige erstattet. Dieser Mann scheint eine ganz besondere „Vorliebe“ für unsere Kollegen zu besitzen; es bleibt sonst unerklärlich, daß er wegen jedweder Anmündung der Jugiter, die nun mal in unserm Weizenfels, das keine so ebenen und asphaltierten Straßen hat wie vielleicht Berlin oder andere Großstädte, nicht zu umgehen ist, den betreffenden Geschirrführer wegen Tierquälerei zur Anzeige bringt. Bei der Verhandlung gegen den Kollegen S., der als bisher letztes Opfer dieser ganz eigentümlichen Gewissenhaftigkeit dieses Beamten 25 Mk. Strafe zahlen sollte, wurde sogar durch Zeugen festgestellt, daß der Beamte den Vorgang von ganz anderer Stelle der Strafe aus gesehen hatte, wie dies nach seiner gerichtlichen Aussage der Fall war. Auch dieser Fall endete mit der Freisprechung des Beschuldigten. Wir ersuchen deshalb alle Kollegen, die wegen Tierquälerei Strafmandate bekommen, sie nicht ohne weiteres zu bezahlen, der Verwaltung davon Mitteilung zu machen, damit diese das Notwendige veranlassen kann. Wer die ihm anvertrauten Pferde peinigt, mit denen gemeinsam er seine Arbeit verrichten muß, ist gewiß keine edle Natur, und kein verständiger Mensch wird etwas dagegen haben, wenn gegen solches Tun eingeschritten wird. Nicht aber können und wollen wir uns gefallen lassen, daß einzelne Beamten ohne jeden ersichtlichen Grund uns in der Ausübung unseres Berufes Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten machen

von der Art, wie sie jetzt bei uns in Form von fortgesetzten Anzeigen wegen angeblicher Tierquälerei an der Tagesordnung sind.

Briefkasten.

Achtung Schriftführer! Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Berichte an die Redaktion, die nicht mit Stempel der Ortsverwaltung versehen sind, ohne weiteres in den Papierkorb wandern.

Darmstadt. Wir bitten, Manuskripte mit Tinte zu schreiben.

Schweidnitz. Berichte über Festlichkeiten können laut Verbandsstagsbeschuß im „Courier“ nicht Aufnahme finden.

Mitteilungen des Vorstandes.

Eine neue Verwaltungsstelle wurde gegründet am 26. November 1911 in Stadthagen. Bevollmächtigter: Karl Urban, Pötkers Mühle; Kassierer: Heinrich Droste, Habichtshorsterweg 27.

Das Mitglied Karl Lehmann, Spt.-Nr. 153 071, eingetreten in Höchst a. M., ist von dort abgereist, ohne seinen Verpflichtungen als organisierter Arbeiter nachzukommen. Falls sich derselbe irgendwo meldet, ersuchen wir um Angabe seiner jeweiligen Adresse.

Verloren gegangen sind nachstehend aufgeführte Mitgliedsbücher:

In Berlin: Karl Sichter, Spt.-Nr. 10 344, eingetr. 21. 10. 05; Richard Pösch, Spt.-Nr. 78 178, eingetr. 5. 7. 11; Karl Schumbert, Spt.-Nr. 58 697, eingetr. 27. 6. 03.

In Stendal: Albin Carlstedt, Spt.-Nr. 338 760, eingetr. 20. 3. 11 in Goslar.

In Straßburg i. El.: Joseph Klug, Spt.-Nr. 112 074, eingetr. 31. 7. 11.

In Worms: Joh. Dürr, Spt.-Nr. 320 070, eingetr. 1. 11. 10; David Krämer, Spt.-Nr. 320 337, eingetr. 10. 8. 10.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie anzuhalten und an die Adresse des Unterzeichneten einzufenden.

Aus dem Verbands ausgeschlossen wurden auf Grund des § 3 Abs. 7 des Statuts nachstehend genannte Mitglieder:

In Berlin: Paul Beher, Spt.-Nr. 32 905, Anton Rainowski, Spt.-Nr. 62 137.

In Darmstadt: Philipp Sthardt, Spt.-Nr. 237 005; Ferdinand Haun, Spt.-Nr. 237 357; Karl Häberle, Spt.-Nr. 237 222; Bernhard Landzettel, Spt.-Nr. 237 128; Arno Musterer, Spt.-Nr. 237 235; Ernst Sonnwald, Spt.-Nr. 237 010; Karl Sturm, Spt.-Nr. 237 244; Johannes Hietmann, Spt.-Nr. 237 199; Peter Weber, Spt.-Nr. 237 428.

In Jena: Otto Gehring, Spt.-Nr. 264 003.

In Spandau: Wilhelm Spieweck, Spt.-Nr. 301 057.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl Kähler, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzufenden.

Bekanntmachung.

Für unsere Verwaltungsstelle Frankfurt a. M. suchen wir einen zweiten Angestellten, der sich hauptsächlich den Büroarbeiten widmen soll. Bewerber müssen selbstverständlich auch zur Verbreitung der Agitation und eventuellen Leitung von Lohnbewegungen befähigt sein. Verlangt wird außerdem die Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift und dreijährige Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation.

Handschriftliche Offerten sind unter Schilderung der bisherigen Tätigkeit und Befähigung einer Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten bis 24. Dezember d. J. an den unterzeichneten Vorstand zu richten.

Der Verbandsvorstand.
J. A.: D. Schumann.

Bekanntmachung.

Den Bewerbern um die in Nr. 42 des „Courier“ vom 15. Oktober d. J. ausgeschriebenen Beitragskassiererstellen für unsere Berliner Verwaltung zur Kenntnis, daß diese Stellen besetzt sind.

Außerdem ist auch die Besetzung der in Nr. 45 des „Courier“ vom 5. November d. J. ausgeschriebenen Beitragskassiererstellen für unsere Hamburger Verwaltung erledigt. Der Vorstand.

Darmstadt.

Das Bureau der Verwaltung befindet sich Bleichstr. 25, Hinterhaus, part. I.
Die Ortsverwaltung.

Verantwortl. Redakteur: Karl Millhahn, Lichtenberg. Verlagsanstalt „Courier“, G. m. b. H. Druck: Maurer u. Dimnick, Berlin, Adalbertstr. 37.

Verbandsfunktionäre, Branchenleiter, Betriebsvertrauensleute, Distriktsagitationskommissionen.

In Rücksicht auf die bevorstehende Reichstagswahl empfehlen wir die Agitation vom 10. Dezember d. Js. ab bis auf die allernotwendigsten resp. dringendsten Fälle einzuschränken, um denjenigen Mitgliedern und Funktionären, welche als Mitarbeiter bei den Wahlen tätig sein wollen, dazu Zeit und Gelegenheit zu geben. Wir setzen voraus, daß dieser Hinweis überall Beachtung findet.

Achtung! Bibliothek. Wegen Verlegung der Bibliothek von Engel-Ufer 15, 3 Tr. nach **Michaelkirch-Platz 2, vorn part.**, bleibt die Bibliothek vom 1.—16. Dezember geschlossen. — Am Montag, den 18. Dezember 1911, wird die Bibliothek in den neuen Räumen **Michaelkirch-Platz 2, vorn parterre**, eröffnet. — Die Bibliothek ist wie bisher täglich von 8—6 Uhr geöffnet; außerdem an jedem Montag von 8—9 Uhr abends und an jedem Freitag von 8—10 Uhr abends.

Achtung!

Der Verbands-Vorstand hat auch in diesem Jahr dem Wunsch einer großen Anzahl Verbandsmitglieder Rechnung getragen und für das Jahr 1912 einen **Transportarbeiter-Motizkalender** herausgegeben.

Dieser Kalender ist handlich in Taschenformat gehalten und der Inhalt desselben den Wünschen und Bedürfnissen unserer Mitglieder aller Branchen angepaßt. Derselbe ist ein kleines Nachschlagewerk für die bedeutendsten und interessantesten Fragen auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiete und ist somit für die Agitations- und Organisationsarbeit von größtem Nutzen.

Der Kalender dürfte auch denjenigen Mitgliedern, welche sich weniger der Agitationsarbeit widmen können, als Ratgeber für alle wichtigen Fragen im Erwerbsleben eines Transportarbeiters dienen und ist infolgedessen jedem Mitgliede dringend zu empfehlen, sich einen solchen recht bald zu beschaffen.

Der Preis beträgt 50 Pfg. für Mitglieder und 60 Pfg. für Nichtmitglieder pro Exemplar.

Erhältlich ist derselbe in allen Verbandsbüros und Arbeitsnachweisen Berlins, Köpenicks und Charlottenburgs, sowie bei den angestellten Kollegen Eintasslerern.

Achtung!

Mitglieder aus allen Branchen! Die Bezirksverwaltung hält sich für verpflichtet, von dieser Stelle aus ganz besonders darauf aufmerksam zu machen, daß in letzterer Zeit eine ganze Anzahl Mitglieder aus den verschiedensten Branchen, welche um Gewährung von Kranken- oder Arbeitslosen-Unterstützung eingekommen sind, deshalb abgewiesen werden mußten, weil die Betreffenden mit ihren Beiträgen über die laut Statut vorgeschriebene Frist im Rückstande waren. Wir richten deshalb an alle Mitglieder das dringende Ersuchen, darauf achten zu wollen, daß ihre Beiträge stets pünktlich entrichtet werden, damit sie ihre erworbenen Rechte am Verbandsverbande nicht verlieren.

Alle Mitglieder, welche krank oder arbeitslos werden, haben das Recht, sich ihre Beiträge während dieser Zeit abkempeln zu lassen, vorausgesetzt, daß dieselben in Krankheitsfällen die hierzu erforderliche Bescheinigung von der Krankenkasse oder vom Arzt beibringen resp. bei Arbeitslosigkeit sich der laut Verbandsstatut (siehe Arbeitslosen-Reglement) vorgeschriebenen Kontrolle unterziehen.

Diese Vorschrift wird vielfach von den Mitgliedern nicht befolgt. Sehr oft kommt es vor, daß in solchen Fällen die Frist von 8 Wochen überschritten wird, so daß die Betreffenden vielfach erst nach 13, 15, ja selbst nach 20 Wochen Beitragsrückstand an ihre Pflichten denken, wo es dann selbstverständlich zu spät ist. Der Wert und die Notwendigkeit der Organisation wird leider dann erst wieder richtig erkannt, wenn die Betreffenden vereinzelt und verlassen dastehen.

Es liegt nach alledem im ureigensten Interesse aller Mitglieder, ihre Pflichten dem Verbandsverbande gegenüber pünktlich zu erfüllen.

Aber auch im Interesse einer ordentlichen Buch- und Kassenführung ist die pünktliche Beitragsentrichtung eine unbedingte Notwendigkeit. Zum übrigen befinden wir uns am Ende des Jahres, wo wegen des Jahres- und Kassenabschlusses jeder mit seinen Beiträgen in Ordnung sein muß.

Bemerkt sei noch, daß unsere Kollegen Eintasslerer sowohl, als auch die Zahlstelleninhaber von uns angewiesen worden sind, von jetzt ab restierende Beiträge über 13 Wochen hinaus nicht mehr anzunehmen. In solchen Fällen sind die betreffenden Mitglieder verpflichtet, sich an die Verwaltung zu wenden, welche über die Ausnahme der restierenden Beiträge und den event. sonst erforderlichen Anweisungen resp. Vorschriften einen Beschluß herbeizuführen hat.

Desgleichen machen wir darauf aufmerksam, daß jedes Mitglied verpflichtet ist, die Baufondsmarken zu kleben, damit die „Beschaffung des eigenen Heims“ gefördert wird.

Ferner ersuchen wir jedes Mitglied, in seinem Mitgliedsbuch auf der ersten Seite (d. h. der Titelseite) unter der Rubrik „Eigenhändige Unterschrift“ in allen Mitgliedsbüchern, wo dies bisher noch nicht geschehen ist, den Namen eigenhändig einzutragen.

Registrierung. Hierdurch ersuchen wir die Mitglieder sämtlicher Sektionen, bei Wohnungsveränderungen, welche den Eintasslerern, oder schriftlich dem Büro mitgeteilt werden, die **alte** sowie **neue** Wohnung möglichst mit genauer Angabe **vorn, Hof, Quergeb., Stfl., Trp., rechts, links**, zu machen. Auch ist dringend erforderlich, die Mitglieds-Nummer (**Haupt-Nr.**) sowie das Eintrittsdatum anzugeben, damit das Meldewesen in der Registratur schnell und ordnungsgemäß seine Erledigung finden kann.

Die Bezirksleitung Groß-Berlin.

J. A.: August Werner, Engelufer 14-15, Zimmer 34. — Telefon: Amt 4, 2382 und 4747.

Jungesfreunde! Verbandskollegen!

Der Männerchor der Handels- und Transportarbeiter hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Gesang nach jeder Richtung zu pflegen und die Geselligkeit unter den Mitgliedern zu fördern. Um Gutes und wirklich Schönes leisten zu können, laden wir alle stimmbegabten Verbandskollegen ein, sich uns anzuschließen. Verbandskollegen, welche anderen Gesangvereinen angehören, müßten es sich zur Pflicht machen, unserem Männerchor beizutreten.

Unsere Übungsfunden finden jeden Freitag abends von 9 bis 11 Uhr im Lokal von Borgmann, Andreasstraße 21 (kl. Saal) statt. Zur Teilnahme ladet freundlichst ein
Männerchor der Handels- und Transportarbeiter. J. A.: Der Vorstand.

Sektion I. Handelsarbeiter.

Packer, Markthelfer, Radfahrer, Boten und jugendliche Arbeiter aus den Buchhandlungen, Verlagsanstalten, Kolportagen und Lesezirkeln!

Am Mittwoch, den 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

Bezirks-Versammlung

im Lokal **Wiemers, Bülowstr. 58.**

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Berufsangelegenheiten. 3. Verschiedenes

Die Agitationskommission.

Markthelfer, Boten aus den Buchhandlungen und Journal-Lesezirkeln, Hausdiener, Packer, Kutscher aus den Papier- und Pappen-Engros-Firmen, Buchdruckerolen, Buchbindereien und der Papierverarbeitungs-Industrie.

Am Montag den 15. Januar 1912, abends 8 Uhr, in den „Mittersälen“, Mitterstr. 75,

Jahres-Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht über Lohnbewegung und Agitation. 2. Neuwahl der Branchenleitung und Agitationskommissionsmitglieder. 3. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Branchenleitung.

Mitglieder der Branchenleitung!

Vertrauensleute und Delegierte der Glas-, Porzellan-Beleuchtungsbranche etc.

Am Donnerstag, den 14. Dezember 1911, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 14-15, 2 Tr., Zimmer 27,

Außerordentl. Funktionärsitzung

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung der Billets vom Lichtbilder-Vortrag. 2. Stellungnahme zum Branchenberater. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Kollegen! In Anbetracht der äußerst wichtigen Tages-Ordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen.

J. A.: P. R o h l s c h m i d t.

Holzindustrie!

Kollegen Packer, Hausdiener, Kutscher usw. aus Tischlereien, Vergoldereien und Möbelgeschäften Berlins und Umgegend.

Den Kollegen zur gefl. Kenntnis, daß die Branchenversammlung für den Monat Dezember wegen der bevorstehenden Reichstagswahlen ausfällt. Ein jeder Kollege hat die Pflicht, sich in den Dienst der Partei zu stellen und sich kräftig an der Wahlarbeit zu beteiligen.

Durch Kampf zum Sieg!
Die Branchenleitung.

Hausdiener und Kutscher

aus den Wäsche-Verleih-Geschäften Berlins.

Am Montag, den 8. Januar 1912, abds. 7 1/2 Uhr, Abstempelung der Kontrollkarten im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 11. Spätere Abstempelung findet nicht statt. Mitgliedsbücher müssen vorgelegt werden. Wer ohne Buch erscheint, erhält keinen Stempel.

In Branchenangelegenheiten bitte sich schriftlich an Waldemar Miede, Grüner Weg 115, v. 1, in Schlichtungskommissionsfachen an Karl Kunert, Christianiastraße 10, v. IV, zu wenden.
Die Branchenleitung.

Sektion II. Transportarbeiter.

Branchenberater,
Branchenleiter, Betriebs-Vertrauensleute!

Die bevorstehende Reichstagswahl erfordert von jedem denkenden Arbeiter, daß er seine ganze Kraft und Aufmerksamkeit der hierzu nötigen Agitation widmet. Aus diesem Grunde werden alle oben genannten Funktionäre dringend ersucht, von jetzt ab bis nach der Erledigung der Wahl keine Branchenversammlungen noch sonstige Veranstaltungen abzuhalten, Betriebsbesprechungen sind nur bei dringenden Vorkommnissen in den Betrieben abzuhalten, andernfalls müssen dieselben ebenfalls während dieser Zeit unterbleiben.

Die Sektion II. A. Uthoff.

Kellerarbeiter, Arbeiterinnen und Kutscher aus den Groesdestillationen, Wein- u. Bierversandgeschäften, wie den Mineralwasser- u. Essigfabriken Berlins u. Umg.
Unsere Dezember-Versammlung fällt aus.
Die Branchenleitung.

Arbeitskutscher!

Nach der Lohnbewegung in diesem Sommer sind von den Fuhrherren in Nichtenberg, Kummelsburg, Rixdorf und Offen von Berlin ein Mindestlohn für Kutscher von 82 bis 83,50 pro Woche zugebilligt worden. Bei der Annahme von Arbeit ist darauf zu achten, daß dieser Lohn hochgehalten wird.
Die Branchenleitung.

Fensterputzer!

Nach dem bestehenden Tarif beträgt der Anfangslohn für Buzer 28 Mk., für Anfänger 19 Mk. pro Woche, bekanntlich erhöhen sich die Sätze bei längerer Beschäftigung. Auf die Tariflöhne ist bei Annahme von Beschäftigung strengstens zu achten.
Die Branchenleitung.

Kohlenarbeiter und Kutscher!

Die Löhne betragen zur Zeit für Arbeiter 45 Pf. pro Stunde, für Kutscher 80-82 Mk. pro Woche. Bei Annahme von Beschäftigung auf Kohlenplätzen haben die Kollegen darauf zu achten, daß nicht unter diesen Löhnen gearbeitet wird.
Die Branchenleitung.

Müllkutscher und Schaffner!

Der Lohn in dieser Branche beträgt in Berlin und Charlottenburg nach den vereinbarten Tarifen, für Kutscher 89 Mk., für Schaffner 88 Mk. pro Woche.
In Rixdorf beträgt der Lohn nach dem Tarif 84 Mk. für Kutscher, 81 Mk. für Schaffner und 5,50 Mk. pro Tag für Aushilfsarbeiter. Unter diesen Lohnsätzen darf kein Kollege in dieser Branche arbeiten.
Die Branchenleitung.

Rollkutscher, Mitfahrer, Bodenarbeiter!

Der Lohn für diese Branche beträgt nach dem Tarif zur Zeit für Kutscher 80,50 Mk., erwachsene bahnamtliche Begleiter 80,50 Mk., für Bodenarbeiter Anfangslohn 28,50 Mk. und für jugendliche Mitfahrer im Alter bis 17 Jahren 18 Mk. pro Woche. Bei der Annahme von Arbeit ist auf diese Lohnsätze acht zu geben.
Die Branchenleitung.

Fräsekutscher und Hilfsarbeiter!

Der Tariflohn beträgt, für Kutscher 80 Mk. für Arbeiter 28 Mk., für jugendliche Arbeiter bis 19 Jahre alt, 17 18 und 19 Mk. pro Woche. Auch diese Lohnsätze sind bei Annahme der Arbeit zu beachten.
Die Branchenleitung.

Getreideträger, Speicherarbeiter!

Nach dem neu vereinbarten Lohnstarif beträgt der Mindestlohn 55 Pf. pro Stunde. Kollegen! achtet darauf, daß unter diesem Lohnsatz keine Arbeiter auf den Speichern Beschäftigung annehmen.
Die Branchenleitung.

Möbeltransportarbeiter.

Der Möbeltransportkalender für das Jahr 1912 ist erschienen. Derselbe ist durch den Verlag des „Fuhrhalter“, Melchiorstraße 11, zu beziehen. Der Preis des Kalenders beträgt 2 Mark.
Die Branchenleitung.

Leitergerüstbauer.

Der bestehende Lohnstarif schreibt vor, daß ab 15. Mai 1911 bis 31. März 1912 folgende Stundenlöhne zu zahlen sind: Für Kollere 82 Pf., für Kollstarbeiter 67 Pf., für Plagarbeiter 50 Pf., für Anfänger beim Gerüstbau 50 Pf.

Vom 1. April 1912 ab betragen die Löhne: Für Kollere 85 Pf., für Kollstarbeiter 70 Pf., für Plagarbeiter 58 Pf. und für Anfänger im Gerüstbau nicht unter 55 Pf.

Wir bitten darauf zu achten, daß kein Kollege unter diesen vorgezeichneten Löhnen im Gerüstbaugewerbe arbeitet.
Die Branchenleitung.

Bibliotheks-Verwaltung.

Im nachstehenden Namen-Verzeichnis geben wir wieder einige Leser der Berliner Bibliothek bekannt, die trotz wiederholter Mahnung und Aufforderung zur Ergreifung für verlorene Bücher ihren Pflichten der Bibliothek gegenüber nicht nachgekommen sind.

Name des Entleihers	Wohnung	Beruf	Mitgl.-Nummer
Fritz Sasse	Berlinerstr. 85, Bankow	Jugendlicher	424799
Herm. Marcus	Liebigstr. 28	Fensterputzer	429806
Willy Geißler	Melchiorstr. 81	"	320528
Alb. Lenzian	Schinkstr. 10	"	129689
Georg Thamm	Kommandantenstraße 26, v. 4 Tr.	"	68208
Mag. Brunow	Alte Jakobstr. 13	Arbeiter	?
Adolf Gostlinski	Logenstr. 79, 3 Tr.	"	47486
Joh. Böse	Sellerstr. 13	"	26022
Herm. Frey	Ballsbudenstr. 40	"	?
Mag. Waldow	Hochmeisterstr. 18	Schilberanm.	6878
Willy Weuls	unbekannt verzog.	Fensterputzer	428942
Willy Müller	unbekannt verzog.	"	?

Mitteilungen, die dazu beitragen, daß wir in den Besitz (Erfah) unserer Bibliotheksbücher gelangen, bitten wir an die Adresse: Bibliothek des deutschen Transportarbeiterverbandes, Engelufer 15, Zimmer 48, 3 Tr., zu richten.
Die Bezirksleitung.

Die Bibliothek ist täglich von 10-6 Uhr geöffnet. An jedem Montag ist außerdem die Bibliothek bis abends 9 Uhr und am Freitag bis 10 Uhr abends geöffnet.

Sektion IV. Kraftdroshkenführer.

Die Kollegen, welche im Osten, Nichtenberg und Süd-Osten beschäftigt sind, werden ersucht, am Montag, den 18. Dezember 1911, abends 7 Uhr, im Lokale von August Sieg, Warschauerstr. 61, zu einer Besprechung zu erscheinen.

Es gilt dort einen Bezirk einzurichten und werden die Kollegen ersucht, vollzählig zu erscheinen.
Die Branchenleitung.

Bezirk Schönhauser Vorstadt. Am Montag, den 18. Dezember 1911, abends 7 Uhr, findet im Lokale „Genossenschafts-Wirtshaus“, Stargardterstr. 3, eine

Bezirks-Versammlung statt. — Um rege Beteiligung wird ersucht
Der Bezirksleiter.

Bezirk Rixdorf. Am Dienstag, den 19. Dezember 1911, abends 7 Uhr, findet im Lokale von Schönemann, Weichsel- Ecke Donaustraße, eine

Bezirks-Versammlung statt.
Tages-Ordnung: Vortrag, Geschäftliches und Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Bezirksführer.

Pferdedroschkemührer.

Für den Bezirk Moabit und Charlottenburg findet am Freitag, den 15. Dezember, abends 9 Uhr, im Lokale von Sausch, Wicelstraße Ecke Dredowstraße, eine

Bezirks-Versammlung statt. — Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
Die Branchenleitung.

Berliner Lokales.

Für die reichliche Unterstützung, welche mir infolge meines Unfalls zuteil wurde, sage ich allen Freunden und Kollegen meinen herzlichsten Dank.
Willy Schmiede.

In der Nacht vom 11. zum 12. Mai d. J. verunglückte ein Wachtmeister der Potsdamer Garnison in der Zufahrtsstraße des Potsdamer Fernbahnhofes dadurch, daß er aus einer haltenden Automobildroschke nach dem Fahrdamm zu ausstieg, in dem Augenblick, als eine andere Kraftdroshke vorüberfuhr und von dieser umgerissen wurde. Da in dieser Sache ein Strafverfahren eingeleitet ist, wird der Kraftdroshkenführer, welcher den Wachtmeister zu genannter Zeit gefahren hat, gebeten, seine Adresse an Franz Schalski, Rathbachstr. 4, bei Demke, oder nach Engel-Ufer 15, Zimmer 31, Transportarbeiter-Verband, einzusenden.

Ein großer schwarzer Pelzmuff ist am Sonnabend, den 2. Dezember, abends gegen 1/2 9 Uhr, auf dem Droschkenhalteplatz vor dem Lehrter Bahnhof aus einer Autodroschke abhanden gekommen. Da der betreffende Kollege für die Muffe aufkommen muß, so werden alle Chauffeure, welche von dieser Sache etwas bemerkt haben, ersucht, hierüber Bescheid oder den Muff selbst, in unserem Büro, Engelufer 15, 2 Tr., Zimmer 43, abzugeben.

Voranzeige!

An die Mitglieder in Rixdorf, Britz, Treptow und Umgegend.

Dienstag, den 26. Dezember 1911, abends 5 Uhr (2. Weihnachtsfeiertag):

Großer Volkslieder-Abend

in „Goppes Festsaal“, Inhaber Adolf Wartsch, Rixdorf, Hermannstr. 48-49.

Entree nur 30 Pf. inkl. Programm.
Nach den Vorträgen:

Geselliges Beisammensein mit Tanz.
Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.

Es wird dringend gebeten, während des Konzerts und der künstlerischen Vorträge nicht zu rauchen. Während der Aufführungen bleiben die Saaltüren geschlossen. Da ganz besondere Arrangements getroffen worden sind, wird Massenbesuch erwartet.

Billets sind bei den Einkassierern, Vertrauensleuten, Zahlstellen und in dem Büro: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 14-15, Zimmer 38, zu haben.

Die Bezirksleitung. J. A.: Franz Mohr.

Hierdurch zur Nachricht, daß die Zahlstelle Baumert, Rosenstraße 7, aufgehoben worden ist. Die Mitglieder, welche dort ihre Verbandsbücher zu liegen haben, werden ersucht, sich dieselben abzuholen.

Die neue Zahlstelle befindet sich bei Sasse, Neue Friedrichstraße 43.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Rettig, Berlin.
Verlagsanstalt „Courier“, G. m. b. H.
Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Alabasterstr. 27.